



Die extreme Rechte im Osten - Gegenstrategien



Die extreme Rechte im Osten – Gegenstrategien

Die extreme Rechte im Osten – Gegenstrategien

Hrsg. von Klaus Kinner

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Kommunalpolitisches Forum Sachsen
2005

ISBN

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2005

Harkortstraße 10

04107 Leipzig

Telefon: (0341) 9 60 85 31

Telefax: (0341) 2 12 58 77

www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Redaktion: Klaus Kinner / Lutz Höll

Satz: Lutz Höll

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort **7**

I. Rechte im Parlament.
Probleme der politischen Auseinandersetzung **9**

Peter Porsch:
Rechte im Parlament. Probleme der politischen Auseinandersetzung **11**

Christina Kaindl:
Rechtsextremismus am Standort Deutschland.
Die »soziale Demagogie« der extremen Rechten **16**

Petra Drauschke
Ursachen für Fremdenfeindlichkeit und
Rechtsextremismus rechter Jugendlicher in Ostdeutschland **29**

Norbert Madloch
Rechtsextremismus und DDR-Sozialisation **41**

Horst Helas
Der Platz des Antisemitismus im Rechtsextremismus der Gegenwart **49**

II. Rechte Alltagskultur – Phänomen des Ostens? **61**

Werner Bramke

Rechte Alltagskultur in Sachsen –
Historische Wurzeln, aktuelle Erscheinungen **63**

Ruth Geier

Die Sprache der NPD im Landtag **75**

Oliver Decker / Elmar Brähler

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland **104**

III. Der Umgang mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen **125**

Friedemann Affolderbach

Rechtsextreme Kräfte in Kommunen
am Beispiel Wurzeln und Ressourcen demokratischer Kultur **127**

Katrin Framke

Auseinandersetzung mit den extremen Rechten in den Kommunen **138**

Adelaide Grützner

Stadtentwicklung und Rechtsextremismus.
Überlegungen am Beispiel Leipzig **146**

Dieter Chitralla

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Leipzig **154**

Gerd Wiegel

Mobile Beratung in Thüringen **161**

Autorenverzeichnis **167**

Vorwort

Mit der vorliegenden Publikation dokumentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen die Ergebnisse ihrer Konferenz vom 9. und 10. September 2005, die sie gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen und mit Unterstützung der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag durchgeführt hat. Mit dieser Analyse der Wähler der extremen Rechten im Osten und Überlegungen zu Gegenstrategien greift sie auf eine nunmehr fast fünfzehnjährige Tradition der Forschung und politischen Bildungsarbeit zurück.

Bereits im Jahr ihrer Gründung 1991, widmete sie eine ihrer ersten Publikationen dem Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern.¹ 1994, 2000 und 2002 folgten weitere Analysen zum Rechtsextremismus und zur Jugendgewalt im Osten.²

Es erwies sich, dass dieses Thema sich nicht von selbst erledigte und dem Rechtsextremismus nicht mit einem kampagneartigen »Aufstand der Anständigen« beizukommen ist. Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag 2004 war uns Anlass, uns erneut mit dieser Problematik zu befassen.

Nur die anhaltende Analyse und die Entwicklung von Gegenstrategien bietet Chancen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Der Herausgeber

1 Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig: Mitteilungen. Heft 4. Leipzig 1991 (Enthält u. a.: Frank Schumann: Der Wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3–10; Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11–19; Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20–31.)

2 Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig 1994. [= Texte zur politischen Bildung 9]; Klaus Kinner / Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000; Walter Friedrich: Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2002.

I.

**Rechte im Parlament.
Probleme der politischen Auseinandersetzung**

Peter Porsch

Rechte im Parlament. Probleme der politischen Auseinandersetzung

Es war noch vergleichsweise leicht, vor der Wahl in Erklärungen und Zeitungsanzeigen zu begründen, warum die NPD nicht in den Landtag gehört. Nachdem die vielen guten Gründe, die ich alle wieder unterschreiben würde, aber 9,2 Prozent der Wähler nicht davon abgehalten haben, der NPD ihre Stimme zu geben, war schlagartig guter Rat teuer.

Bevor ich aber zu konkreten Formen und Methoden der Auseinandersetzung komme, möchte ich in einem kurzen Exkurs begründen, warum die NPD keine demokratische Partei ist und den parlamentarischen Diskurs nur dazu missbraucht, um das Ziel der Zerstörung von Demokratie zu verfolgen.

Mehrfach bereits, wenn auch immer nur in »Nebensätzen«, haben führende Vertreter der NPD im Landtag verkündet, sie wollten keine »Bevölkerungsherrschaft«, wie sie jetzt praktiziert würde, sondern eine »wahre Volksherrschaft«. Dies ist beileibe nicht nur ein Wortspiel. Was die NPD »Bevölkerungsherrschaft« nennt, meint die Grundannahme von Parlamentarismus, dass in der Bevölkerung unterschiedliche Interessen existieren, die sich in der politischen Willensbildung artikulieren und durchzusetzen versuchen. Das führt dazu, dass sich die Trägerinnen und Träger dieser Interessen organisieren, um so möglichst wirkungsvoll an der politischen Willensbildung teilnehmen zu können. Wesentlich dafür sind Parteien. Mit ihrer Hilfe kann bei Wahlen – sozusagen im Verfahren der Befragung – die Verteilung von Interessen und ihre Quantifizierung eruiert und in Stärkeverhältnissen zwischen den Parteien im Parlament abgebildet werden. Das Parlament kann dann stellvertretend für die Gesamtbevölkerung die Interessenkonflikte austragen und nach dem Mehrheitsprinzip, das den Mehrheiten in der Bevölkerung folgt, entscheiden.

»Wahre Volksherrschaft« stellt sich in eine deutlich andere Tradition. Hier geht man vom »Volk« als einer für den einzelnen Angehörigen prägenden

und unentrinnbaren Gemeinschaft aus.¹ »Volk« ist das eigentliche Subjekt kollektiven Denkens, Fühlens und Handelns. Diese Kollektivität als reale Entität wird häufig mit dem Begriff der »Volksseele« erfasst.² Jeder und jede einzelne Angehörige des Volkes hat Anteil an der Volksseele und drückt sie in seinem Verhalten aus, vollständig repräsentiert ist die Volksseele jedoch in keinem Teil des Volkes, sondern nur im Ganzen. Wie soll nun unter solchen Umständen die Volksseele politisch zum Ausdruck gebracht werden? Nichts anderes kann ja das Wesen »wahrer Volksherrschaft« sein. Dies geht, bleibt man im Rahmen der Theorie und konsequent, wohl nur über charismatische Führer, die, vom Schicksal auserkoren, das, was das Volk ausmacht (die Volksseele), vollständig und ideal auszudrücken und umzusetzen imstande sind. Nur mit »Führern« ist also »wahre Volksherrschaft« möglich. Demokratie kommt dabei natürlich nicht vor. »Willensbildung« erschöpft sich in »Gefolgschaft«.

So weit zu den großen Zusammenhängen – und jetzt weder zum Konkreten, in Sachsen Alltäglichen:

Denen darf man nicht einmal »Guten Tag« sagen, Rednern von ganz rechts außen ist der Rücken zuzuwenden – zahllose derartige individuelle Reaktionsmuster auf die NPD wurden teils empfohlen, teils einfach praktiziert, in Einzelfällen bis zum heutigen Tag. Ich gestehe, dass ich von solchen Ritualen wenig halte, mögen sie noch so ehrlich und ernst gemeint sein. Allerdings habe selbst ich presseöffentlich und ernst gesagt: NPD-Redner werden mir nicht einmal einen Zwischenruf wert sein.

Wer meine Freude an der Kultur des Zwischenrufes kennt, weiß, welche Entsagung das für mich bedeutet. Zugegeben, lange habe ich meinen Vorsatz nicht durchgehalten – vorgeworfen hat mir das bisher niemand. Denn die Unsicherheit beim Umgang mit der NPD einte die Fraktionen von CDU bis PDS, und vielleicht erleichterte uns die gemeinsame Ratlosigkeit jene gemeinhin als historisch bewertete Vereinbarung von CDU, PDS, SPD, FDP und Grünen vom Januar. Noch nie zuvor habe ich Seit' an Seit' mit dem Amtskollegen Hähle von der CDU eine Erklärung von weit reichender Bedeutung für das parlamentarische Leben unterschrieben.

Darin bekennen sich die fünf Fraktionen zur gemeinsamen »Weiterentwicklung der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen« und »wenden sich gegen jede Form der politisch motivierten Gewalt und der Fremdenfeindlichkeit«. Dass dies keine hohlen Phrasen sind, haben selbst kritische

1 Siehe z. B. den Volksbegriff bei Wilhelm Wundt: Völkerpsychologie. Leipzig 1904.

2 Siehe z. B. ebenda.

Journalisten anerkannt. Der Ministerpräsident, der vielfach gegen diese Vereinbarung wegen der Einbeziehung der Linksfraktion polemisiert hat, nannte sie in einem Interview mit der »Neuen Zürcher Zeitung« als eines der landespolitischen Instrumente zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die NPD-Fraktion spielt seit einem halben Jahr in der sächsischen Öffentlichkeit keine nennenswerte Rolle mehr, und daher hat schon mancher verdrängt, dass dies in den ersten Monaten der Legislaturperiode gänzlich anders war. In der medialen Berichterstattung drehte sich fast alles um die NPD. Das hing natürlich auch damit zusammen, dass wiederholt Abgeordnete anderer Fraktionen bei geheimen Wahlen für NPD-Kandidaten stimmten, angefangen bei der Wahl des Ministerpräsidenten. Es hatte selbstverständlich auch mit einer Mischung aus Neuigkeitswert und Skandalisierungspotenzial zu tun, die der NPD zu einer medialen Bedeutung verhalf, die sie nun wirklich nicht verdient hatte.

Selbstkritisch müssen wir aber anmerken, dass der Streit zwischen den anderen Fraktionen über den richtigen Umgang mit der NPD und der Wettlauf um den besten, seriösesten oder wie auch immer Antifaschismus zur anfänglichen Überhöhung des braunen Neuzugangs im Parlament beigetragen hat. Wir haben dazu auch innerhalb der PDS-Fraktion manchen Streit ausgefochten, nicht zuletzt weil der Fraktionsvorsitzende stets darauf beharrt hat, dass uns die Pose der konsequentesten Antifaschisten schlecht zu Gesicht steht, will man die Auseinandersetzung mit dem nunmehr parlamentarisch repräsentierten Neo-Nationalsozialismus genau dort führen, wo man sie gewinnen kann: in der Mitte der Gesellschaft. Denn auch die Wurzeln dieser unappetitlichen politischen Bewegung liegen zumindest in Sachsen in der Mitte der Gesellschaft, nur so ist das Wahlergebnis vom Herbst 2004 erklärbar.

Auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen den demokratischen Fraktionen findet vor jeder Landtagssitzung eine Verständigung statt, die zwei Ziele verfolgt: Parlamentarische Aktivitäten der NPD, ob dies nun Anträge, Gesetzesentwürfe oder Themen von Aktuellen Debatten sind, dürfen nicht zur Plattform des Konflikts zwischen den anderen Fraktionen werden, weil die demokratischen Fraktionen von den menschenverachtenden Intentionen dieser NPD-Initiativen in jedem Fall mehr trennt als uns unter einander unterscheidet. Zugleich darf die Abgrenzung von der NPD nicht dazu führen, dass der Unterschied zwischen Regierung und Opposition verwischt wird. In der gemeinsamen Erklärung wird zu »unserer dringlichsten Aufgabe«, der Zurückgewinnung der von der Demokratie enttäuschten Bürgerinnen und Bürger für die demokratische Wertegemeinschaft, richtigerweise festgestellt: »Zur Erreichung dieses Zieles ist eine sachorientierte und er-

folgreiche Regierungsarbeit ebenso wichtig wie das kritische und zugleich konstruktive Wirken der demokratischen Opposition.«

Ob bei den von der NPD beantragten Tagesordnungspunkten nur je ein Redner von Koalitionsmehrheit und Opposition oder gar nur ein Abgeordneter im Namen aller fünf Fraktionen oder nach Vorabstimmung Vertreter aller Fraktionen sprechen, ist dann zweitrangig. All diese Varianten haben wir schon erlebt. Entscheidend ist, dass nicht die NPD die Lufthoheit über den Landtag gewinnt und mit ihrer barbarischen Sprache, die wir übrigens erst unlängst von einer Sprachwissenschaftlerin haben analysieren lassen,³ den parlamentarischen Diskurs bestimmt. Diese Gefahr bekommt man nicht durch Geschäftsordnungstricks in den Griff, die nur die Demokratie beschädigen würden, sondern durch einvernehmliches Entgegenreten der Demokraten, das zugleich der Vielfalt der Meinungen im demokratischen Spektrum gerecht wird.

Ich könnte hier viele unschöne, ja teilweise geschmacklose Beispiele aufzählen, wie die Vereinbarung verletzt wurde, wie Abgeordnete dem Feindbild PDS den Vorzug vor einem unmissverständlichen gemeinsamen Kurs gegenüber der NPD gegeben haben. Ich will zudem nicht verhehlen, dass es auch innerhalb der eigenen Fraktion bisweilen an der Vereinbarung Kritik gegeben hat, deren Tonfall mir zu schaffen gemacht hat. So konnte ich unfreiwillig in alle Richtungen bei diesem Thema meine persönlichen Schmerzgrenzen erheblich ausweiten bzw. bisweilen auch mal eine Weile weit jenseits der Schmerzgrenze ausharren. Ich tue dies nicht aus Masochismus, sondern weil ich mir sicher bin, dass eine Außer-Kraft-Setzung der Vereinbarung nur einem nützen würde: der NPD.

Weder die Präsenz der NPD im Landtag, noch die Vereinbarung haben nämlich nicht verhindert, dass vor allem die CDU, aber tendenziell und in Teilen auch die SPD, Bündnisgrüne und FDP nach wie vor das Ziel verfolgen die PDS bzw. Linkspartei in die Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit zu drängen. Ja man kann sogar sagen, dass man sich durchaus nicht scheut die NPD zu instrumentalisieren, um uns los zu werden. Davon zeugt z. B. der gemeinsame Versuch, mich aus dem Landtag zu drängen.

Gerade deshalb möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Auseinandersetzung mit der NPD im Landtag auf Dauer (und vielleicht sogar noch im »günstigsten« Fall) zu einem hohlen Ritual erstarren würde, wenn sie nicht auf die intellektuelle Unterstützung von Persönlichkeiten bauen könnte, die unabhängig von der Tagespolitik in besonderer Weise das Ganze unserer Zivilgesellschaft im Blick haben und uns unterstützen. Beispielhaft darf ich hier Herrn Prof. Gerhard Besier vom Hannah-Arendt-Insti-

3 Siehe den Beitrag von Ruth Geier in diesem Band.

tut für Totalitarismusforschung nennen, dessen Ansatz einer modernen Freiheitsforschung nicht zuletzt der offensiven Auseinandersetzung mit den Gefahren von Rechts wertvolle Impulse gegeben hat. Dafür möchte ich bei dieser Gelegenheit auch einmal öffentlich Dank sagen.

Und gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit die freundliche Bitte an jene Kollegen Wissenschaftler, die sich bei der Beurteilung des Hannah-Arend-Instituts von längst überholten Entwicklungsphasen dieses Instituts leiten lassen, doch dem zeitgenössischen Wirken unter Verantwortung von Prof. Besier die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Diskussion eine offene Atmosphäre, vielleicht auch den Abschied von manchem überholten Klischee.

Denn anders als die unbedarft-hilflosen Parlamentsmarionetten der DVU, die schon seit langem in anderen Bundesländern aufgetreten sind, haben wir es bei der NPD mit einer neuen Qualität von Demokratie- und Kulturfeindlichkeit zu tun. Das sozialpolitische Tarnmäntelchen haben die NPD-Vertreter bereits unmittelbar nach der Landtagswahl ausgezogen und seither klar gemacht, worum es ihnen geht: Die Umschreibung der deutschen Geschichte zum Zwecke der historischen Rechtfertigung des massenmörderischen »Tausendjährigen Reiches« und die Pflege einer deutschen Volksgemeinschaft, in der individuelle Menschenrechte und die sozialkulturellen Grundlagen einer offenen Gesellschaft dem Kampf gegen so genannte »ethnische Zersetzung« geopfert werden sollen.

Sie kennen alle die schrecklichen Höhepunkte dieser Strategie, siehe die Rede vom »Bombenholocaust« und andere propagandistische Exzesse. Deshalb meine ich auch, dass es Gegenstände und Themen gibt, die wir nicht im Sinne einer falsch verstandenen linken »political correctness« den Nazis überlassen dürfen. Dazu gehören ohne Zweifel auch »Nation«, »Vaterland«, »Patriotismus«, »Heimat«, »Kultur«, »Volk« und andere.

Die ungewöhnliche Vereinbarung zwischen fünf sächsischen Landtagsfraktionen ist für mich eine Grundlage, diese Herausforderung zu bestehen. Für die Vereinbarung gilt das Gleiche wie fürs Grundgesetz: Es reicht nicht, dass wir darauf stehen, wir müssen uns mit ihr bewegen. Innerhalb und außerhalb des Parlaments. Unsere Wirksamkeit dürfen wir nicht nur daran messen, ob die sächsischen Wählerinnen und Wähler die NPD 2009 wieder aus dem Landtag hinaus befördern – obwohl das gewiss ein guter Beitrag für Sachsens Zukunft wäre.

Es geht vielmehr jeden Tag im Alltag und überall um ein Ziel, das die PDS vor vielen Jahren plakativ in die Welt setzte, das aber längst Parteien übergreifend demokratisches Allgemeingut ist: Nazis raus aus den Köpfen!

Christina Kaindl

Rechtsextremismus am Standort Deutschland. Die »soziale Demagogie« der extremen Rechten

Der Begriff des Rechtsextremismus stammt ursprünglich aus den theoretischen Flachgewässern der Extremismustheorie. Diese quasi innenpolitische Adaption der Totalismustheorie stellt Rechts- und Linksextremismus gleichermaßen der Demokratie gegenüber und fasst sie als »feindliche Zwillinge«. Dies halte ich unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten für unangemessen, da so die je unterschiedlichen Positionen zu Demokratie, der soziale und politische Gehalt der jeweiligen Programme, Aktionen etc. negiert wird. Praktisch schlägt sich dieses Verständnis in anhaltenden Problematisierungen von »Links- und Rechtsextremismus« nieder, was vielerorts – vor allem im Einflussbereich von CDU-Regierungen, aber auch in image-bedachten Kleinstädten zu einem unentschlossenen oder ausbleibenden Eingreifen gegen Rechtsextremismus führt und damit letztlich dem Vormarsch rechtsextremer Hegemoniebestrebungen nur nützen kann. Tatsächlich stehen sich Rechte und Linke was den Inhalt ihrer Politik angeht als Gegner gegenüber, die sich keinesfalls gleichen.

Das schließt allerdings nicht aus, dass sich die Extreme Rechte um sogenannte Querfrontstrategien bemüht, in denen sie versucht, an das extremismustheoretische – durchaus auch im Alltagsverstand vorhandene – Denken anzuschließen und vermeintliche Gemeinsamkeiten von Rechten und Linken herauszustellen: etwa Erfahrungen mit staatlichen Ermittlungsbehörden oder ein positiver Bezug auf die DDR-Vergangenheit u. ä. Dagegen werden die fließenden Übergänge zwischen gesellschaftlich akzeptierter oder durch den Verfassungsschutz nicht thematisierter Rechten und der extremen Rechten in der Extremismustheorie gerade ausgeblendet.

Im Folgenden nutze ich den Begriff »Rechtsextremismus« pragmatisch, weil er sich auch über die Extremismustheorie hinweg durchgesetzt hat.

Wichtiger scheint mir, den Begriff der »sozialen Demagogie«, wie er von den Veranstaltern formuliert und von mir übernommen worden ist, in Anfüh-

rungszeichen zu setzen. Die Formulierung deutet für gewöhnlich an, dass der Bezug der Rechten auf soziale Themen nur ein vorgeschobenes Interesse, eine Heuchelei ist und dass rechtsextremistische Parteien und Bewegungen eher mit den gesellschaftlich Herrschenden, dem Kapital, im Bündnis sind, wie ihre historischen Vorbilder im deutschen – und italienischen, spanischen, chilenischen etc. – Faschismus auch. Ich möchte im Folgenden erläutern, warum ich diese Sichtweise in der gegenwärtigen historischen Konstellation für mindestens verkürzt, wenn nicht für falsch halte. Dabei möchte ich zeigen, dass es mit der gesellschaftlichen Durchsetzung von Globalisierung und Neoliberalismus zunächst sehr wohl den Versuch von europäischen rechtsextremen Parteien gab, sich zum Vorreiter dieser Politik zu machen. Allerdings hat sich diese Politik in den letzten etwa zehn Jahren, v. a. mit dem Einschwenken der europäischen Sozialdemokratie auf neoliberale Politik, verändert. Damit stellt sich auch die Frage nach der gesellschaftlichen und herrschaftlichen Funktionalität der Rechtsextremen anders. Abschließend möchte ich darauf zu sprechen kommen, welche Gegenstrategien, welche Herausforderungen an die Linke sich aus meinen Darlegungen ergeben.

Entwicklungen von Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa

An anderer Stelle ist gezeigt worden – vor allem von Herbert Schui und Stephanie Blankenburg¹ –, dass es Konvergenzen zwischen den Theoretikern des Neoliberalismus, also etwa Hayek und Friedman und den Konzepten der extremen Rechten gibt. Diese betreffen etwa den Anti-Etatismus – der tatsächlich vor allem eine Feindschaft gegenüber dem Sozialstaat ist –, Vorstellungen von Sozialdarwinismus und der grundlegenden Untergleichheit und darin impliziert der Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Nähe von faschistischen und neoliberalen Bestrebungen zeigt sich etwa als in Chile 1973 der Putsch das Ende der gewählten sozialdemokratisch-sozialistischen Regierung und den Anfang des faschistischen Terrorregimes einläuteten: hier knallten in den Organisationen der neoliberalen Thinktanks die Korken, der Putsch wurde als »erste neoliberale Revolution« gefeiert.

Schui u. a. beziehen die Übereinstimmung von Neoliberalismus und Rechtsextremismus stark auf die Wirtschaftskonzepte der europäischen Rechtsparteien v. a. in Frankreich, Österreich und Italien, in denen diese als

1 Herbert Schui / Stephanie Blankenburg: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg 2002.

Vorreiter oder zumindest gute Weggefährten des Rechtspopulismus² erscheinen. Das halte ich für richtig, aber für inzwischen nicht mehr die dominante Form erfolgreicher rechtsextremer Politik. In den 1980er bis in die frühen 1990er Jahre hinein – Stuart Hall analysierte das bereits in den 1980ern für die britische neoliberale Gegenrevolution gegen den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat³ – hatten die Parteien der extremen Rechten und die politische Form des Populismus tatsächlich die Funktion, eine politische Bewegung zu schaffen, die den Wohlfahrtsstaat zurückdrängen könnten⁴. Ihr Populismus und Rassismus diente dazu, auch kapitalferne Bevölkerungsschichten in ein Politikprojekt einzubinden, das vor allem an der Erweiterung von Spielräumen fürs Kapital und der Schaffung und Optimierung eines globalen Wirtschaftsraum orientiert war. Die sozialdemokratischen Parteien hielten dagegen am fordistischen Modell fest, versuchten es zu verteidigen, ohne Globalisierung und die sich verändernde Produktionsweise in ihre Konzepte aufzunehmen. Sie versuchten sozusagen, eine bankrotte Form der Regulation des Kapitalverhältnisses zu erhalten, die radikale Rechte hingegen konnte sich präsentieren als Kraft, die weiß, dass es so »nicht weitergehen kann« und drängte auf die Schaffung eines neuen Gleichgewichts der Kräfte und eine neue Bündniskonstellation. Damit waren Bürokratie-Sozialdemokratie-Kollektivismus gegen Individualismus-persönliche Initiative-Verantwortung-Leistung-Freiheit gestellt. Letzteres wurde von den Konservativen und extremen Rechten der achtziger Jahre mit weiteren Bedeutungselementen verbunden: Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, Anstieg der Kriminalität, moralische Permissivität; dagegen Disziplin und Autorität nach oben gesetzt.

In den 90ern gelang eine Skandalisierung, Politikern wurde der Weg versperrt, Rassismus direkt für eine populistische Mobilisierung zu nutzen. »Eher kam es zu komplizierten Formen der Arbeitsteilung, die es der konservativen Politik ermöglichten, rechte Gewalt strategisch zu nutzen.«⁵ Als

2 Es ist sicherlich wichtig, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus unter dem Gesichtspunkt der Politikformen zu unterscheiden. Wenn die Begriffe im Folgenden weitgehend synonym verwandt werden, dann weil ich beide Phänomene unter dem Gesichtspunkt der Inhalte betrachtet, die sie in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Hier lässt sich zeigen, dass es starke Annäherungen und Überschneidungen rechtspopulistischer Parteien und anderer rechtsextremer Bewegungen gibt.

3 Stuart Hall: 1982: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Wolfgang Fritz Haug / Wieland Elfferding (Hrsg.): Internationale Sozialismuskonferenz. Bd. 2. Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Hamburg 1982. S. 104–24.

4 Alex Demirovic / Manuela Bojadzijev: Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster 2002. S. 10–30.

5 Alex Demirovic / Manuela Bojadzijev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster 2002. S. 16.

deutlichstes Beispiel können hier die quasi ungehinderten Pogrome von deutschen Nazis und deutscher Normalbevölkerung in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda gesehen werden: der extremen Rechten boten sie Aufwind, weil sie das Gefühl hatten, den Volkswillen zu exekutieren, konservativer Politik dienten sie als Beleg, dass etwas gegen die Einwanderer und die Einwanderung getan werden müsse, da die Belastungsgrenze der deutschen Bevölkerung erreicht sei.

Die Konstellation hat sich seit Mitte der 1990er Jahre verändert: Statt mit der Verteidigung des fordistischen Regulationsmodells ist die Sozialdemokratie bei den Wahlen erfolgreich mit neoliberaler Reorientierung und dem Versprechen, »den wettbewerbsorientierten Umbau der Gesellschaften sozialverträglich mit den Mitteln der korporatistischen Absprache zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zu bewerkstelligen und dafür in ihre Politik eine Vielzahl von permissiven, alternativen, postmodernen Milieus einbezog«⁶. Zunächst ist diese Strategie erfolgreich, fast ganz Europa wird eine Zeit lang sozialdemokratisch regiert – allerdings in Form einer neo-liberalen Sozialdemokratie, die nicht vor allem Politik für die Interessen von Arbeitern und anderem Klientel macht, vielmehr die Erfordernisse von Standortpolitik zum Rahmen eigener Konzeptionen machen, innerhalb dessen Alternativen zum konservativ-neoliberalen Kurs a lá Reagan und Thatcher gesucht werden. Zur Schwächung der autoritär-populistischen Politik ging auch die Sozialdemokratie an der Macht auf die rechtspopulistisch konstruierte »Sorge der Menschen« vor Kriminalität und Ausländern ein. Einwanderung wurde zwar nicht abgelehnt, aber selektiv und scharfen Kontrollmitteln unterworfen und selber – Stichwort »Greencard« – den Erfordernissen der hochtechnologischen Produktionsweise unterworfen. So kann auch der Widerspruch zwischen der sozialen Rhetorik, die sich auch in der neuen Sozialdemokratie findet, und den gewandelten Grundlagen des Sozialen in Globalisierung und Neoliberalismus in Form einer protektionistischen Diskurs gelöst werden, der Ausgrenzung und Verwertung zusammenschweißt und damit die Grundlagen für rassistische Politik und Gewalt nicht mindert sondern verstärkt – trotz aller Versuche, über Kampagnen, Aufrufe und die Stärkung lokaler kultureller Gegenhegemonie den Einflussbereich der Rechtsextremen zurückzudrängen.

Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass die sozialdemokratische Strategie des dritten Weges keinen langfristigen Erfolg hat; die Verbindung von Neokorporatismus und Deregulierung stärkt die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu Lasten eines Teils der abhängig Beschäftigten. Gleichzeitig haben die abhängig Beschäftigten das Gefühl – und zwar zu

6 Ebenda.

Recht –, dass die Verschlechterung ihrer Situation genau von den Parteien organisiert werden, die traditionell ihre Interessen repräsentiert haben und sehen sich mit Gewerkschaften konfrontiert, die zwar zum Teil Detailkritik an den gesellschaftlichen Umwälzungen formulieren, diese aber gemeinhin mit der Formel einleiten »selbstverständlich sind die Reformen notwendig und im Prinzip richtig ...«. Es kommt zu dem, was man nach Antonio Gramsci als Krise der Repräsentation bezeichnen kann, dass nämlich im herrschenden Parteienspektrum die Interessen von relevanten Teilen der Bevölkerung nicht repräsentiert werden. In dieser Konstellation kommt es europaweit zu Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien. Diese Wahlerfolge gelingen aber nicht mit dem neoliberalen Programm der 1980er Jahre, sondern gerade mit der Kritik der Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen – z. T. kommt es auch, wie etwa in Italien zu Mischformen der unterschiedlichen rechten Traditionen.

Die Programme und Mobilisierungen versuchen sozusagen am Wohlfahrtsstaatsbewusstsein der Menschen anzuknüpfen, das von Sozialdemokratie und in gewissem Umfang auch von den Gewerkschaften politisch allein gelassen worden ist und das nun von der extremen Rechten beerbt wird, indem Ansprüche verteidigt und Anforderungen problematisiert werden, denen sich Menschen in der neue Produktionsweise ausgesetzt sehen. Zentrale Mobilisierungspunkte der extremen Rechten sind dementsprechend: gegen Globalisierung, Liberalismus, Sozialabbau, für eine Verteidigung der »guten alten Arbeit« und der Arbeiterrechte. Gleichzeitig sind diese Argumentationen eingebunden in Konzepte von völkischen Solidargemeinschaften, die die Frage von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen auf Kosten von sogenannten Ausländern oder sozial Schwachen lösen sollen und sich gleichzeitig »nach oben« abgrenzen, gegen die »Manager und Bosse«, die Politiker, die allesamt zu viel bezahlt bekämen. Die internationale Wirtschafts-ideologie wird zum Feind Nummer 1⁷, dem ein Modell der »Volks-wirtschaft« entgegen gehalten wird. Volkswirtschaft und die Existenzgrundlagen des Volkes insgesamt würden gleichermaßen durch multinationale Konzerne wie die Anwesenheit von ‚ausländischer‘ Bevölkerung zersetzt, weil beide die kulturelle Selbstbestimmung der Völker untergraben. Ausgehend vom französischen Vordenker der Neuen Rechten Benoist wandelt die neurechte Ideologie verbunden mit dem Ethnopluralismus den europäischen Rechtsextremismus.

7 Siehe Hans-Georg Betz: Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Wilhelm Heitmeyer / Dietmar Loch (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt/M. 2001. S. 171.

Hier ist der Punkt, wo Vorstellungen von »Demagogie« oder »Instrumentalisierung« der sozialen Frage durch die extreme Rechte nicht weiter trägt, weil so nicht verstanden werden kann, welchen Stellenwert und auch inhaltliche – problematische – Konsistenz die rechten Argumentationen zur Sozialpolitik haben und warum sie für viele Menschen attraktiv erscheinen. Der aktuelle Rechtsextremismus »beschwindelt« die Menschen nicht einfach, sondern er greift subjektive Erfahrungen mit gesellschaftlichen Umbrüchen auf, bietet ein Modell für ihr Verständnis und ihre Veränderung und muss dabei nicht mit den eigenen Grundlagen – völkischer Nationalismus, Rassismus und Ungleichheitsideologien und Ablehnung von Demokratie zu Gunsten von Volksentscheiden und strafferen Führungskonzepten – abweichen.

Deutsche Besonderheiten

Anders als in vielen europäischen Staaten kam es bisher in Deutschland nicht zu einer wirklich gesellschaftlich dominanten oder einflussreichen rechtsextremen Partei – das halte ich aber nicht für einen Grund der Entwarnung – wahrscheinlich ist es überflüssig, das in Sachsen noch zu betonen. Zwei problematische Entwicklungen lassen sich für Deutschland skizzieren. Einerseits spricht etwa Ursula BirsI⁸ von einer populistische Unterströmung im deutschen Parteiensystem, mit der sich die unterschiedlichen Momente, die ansonsten durch eine Partei gebündelt würden, auf unterschiedliche Parteien aufgeteilt sind: nationalistischer Kollektivismus, obrigkeitsstaatlich-autoritäres Denken und Ablehnung von Parteidemokratie und Pluralismus. Die Gesamtheit der Merkmale ist nur in den kleinen Parteien am rechte Rand vorhanden; die Unterströmung tritt in drei ideologisch verschiedenen Erscheinungsformen auf: im technokratischen Neoliberalismus, dem deutschnationalen Konservatismus und in einem kruden Neopopulismus, der ihrer Meinung nach am ehesten in der FDP zu einer »Haiderisierung« führen könne. Antipluralistische Effekte, die u. a. auch auf die europäische Integration und die ökonomische Globalisierung Bezug nehmen, reichen dabei bis in die SPD. Neopopulistische Unterströmung und der Zerfall von institutionenbezogener Politik könnten zu einer Erosion der politischen Mitte mit demokratiegefährdender Tendenz führen.

⁸ Siehe Ursula BirsI: Der Neoliberalismus in der politischen Mitte: ein gezähmter Rechtspopulismus? In: Alex Demirovic / Manuela Bojadzjiev (Hrsg.): Konjunkturen des Rassismus. S. 30–49.

Andererseits haben sich abseits der Parteienorganisation rechtsextreme Hegemoniebestrebungen breit gemacht, die sich (noch) nicht in Wahlerfolgen niederschlagen, die aber langfristig wahrscheinlich die größere Gefahr darstellen. Sie werden in den letzten Jahren zunehmend von der NPD und ihrer Jugendorganisation der JN angeleitet und popularisiert etwa über die »nationale Jugendarbeit« der JN in die rechtsextreme Szene. Hier finden sich alle Positionen der neuen extremen Rechten: NPD/JN propagieren einen völkischen Sozialismus, verstehen sich selbst als Widerstand, der sich aber auf die Nation beziehe, multinationale Konzerne wie die Anwesenheit von Ausländern sehen sie gleichermaßen als Gefahr der kulturellen Zersetzung und damit als »Imperialismus«. Gegen den »Klassenkampf von oben und unten« setzen sie ein Solidarmodell, das auf ethnisch homogenisierte Volkszugehörigkeit gemünzt ist. Dabei werden durchaus z. T. widersprüchliche Aspekte zusammen geschweißt, die aber nicht auf Kosten der Bindekraft der rechten Konzepte gehen: Einerseits gibt es das liberale Fragment mit der Aufwertung von individueller Willensanstrengung gegenüber der staatlichen und institutionellen Intervention, die als verantwortlich fürs Durchfüttern von »Faulpelzen« und »Hilfeempfängern« heftigen Zorn auf sich zieht. Andererseits wird im Protest-Fragment das Verhalten der »nur auf Profit bedachte Bosse« gegeißelt und das Empfinden, ausgebeutet zu werden, zum Ausdruck gebracht.⁹

Produktionsweise und Rechtsextremismus

Ich denke, dass die Hinwendung von Menschen zum Rechtsextremismus nur verstanden werden kann, wenn man ihn vor dem Hintergrund der subjektiven Seite der gesellschaftlichen Veränderungen betrachtet. Dabei hat Gramsci seinerzeit für den Fordismus gezeigt, dass die jeweiligen Anforderungen nicht einfach nur solche des Arbeitslebens sind, sondern auch eine entsprechende Lebensweise erfordern, bei deren Herstellung etwa der Staat und andere zivilgesellschaftliche Akteure in einer Art ideologischem Klassenkampf mittun. Für den – erstmals von Gramsci so bezeichneten – Fordismus stellten sich diese Anforderungen vor allem dar als Konfor-

9 Diese unterschiedlichen Fragmente machen u. U. nicht etwa die Schwäche, sondern die Stärke des neuen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus aus. So zeigt sich etwa am Beispiel der italienischen Regierungskonstellation, dass die unterschiedlichen Fragmente auf unterschiedliche Parteien und Akteure verteilt sein können und so in der Koalition unterschiedliche Klientele zusammenführen können. In der praktischen Politik dominiert hier selbstredend das wirtschaftsliberale Moment, das verbunden mit dem Abbau von bürgerlichen Rechten Teil des neoliberalen Blocks an der Macht ist.

mismus betreffend Monogamie und Heterosexualität, die Bereitschaft, sich Organisationen und Anordnungen, Normen von »Ordentlichkeit« und Pünktlichkeit zu unterstellen, Arbeitsfähigkeit nicht durch exzessiven Lebenswandel zu untergraben usw.¹⁰

Die Umbrüche nach dem Fordismus werden unterschiedlich benannt, ich nenne sie im Anschluss an Wolfgang Fritz Haug »hochtechnologische Produktionsweise«¹¹. Aktuell betreffen diese Umbrüche die Rücknahme gesellschaftlicher und staatlicher Sicherungssysteme, die Betonung von Eigenverantwortung gegenüber staatlicher Bevormundung. Sie bieten einerseits die Hochglanzseite dieser Anforderungen im Versprechen, Kreativität und Selbstverwirklichung in die Arbeit einzubeziehen, Emotionalität nicht zu unterdrücken sondern kapitalistisch nutzbar zu machen, sogenannte permissive Milieus gesellschaftlich nicht mehr auszugrenzen, sondern unter das Regiment der Steigerung von Verwertungsmöglichkeiten zu stellen. Was die Arbeit betrifft, kommt diese Seite v. a. dem eher kleineren Segment der IT- und Kommunikationsarbeiter zu Gute, was die gesellschaftliche Bedeutung angeht, kann man sie etwa an der Integration des grünalternativen Klientels ins neoliberale Projekt ablesen.

Andererseits hat die Abschaffung der Stechuhr eben den Preis der Entgrenzung von Arbeit, die Betonung von Eigenverantwortung und Aktivierung im Sozialstaat bedeutet gleichzeitig, dass man den Rechtsanspruch auf Existenzsicherung verliert und geht allgemein mit einer Privatisierung der Existenzrisiken einher, mit der Anforderung des lebenslangen Lernens, mit der Entwertung von Erfahrungen und Qualifikationen, flexibler Anpassung, der Rücknahme von Konsumansprüchen etc.

Diese unterschiedlichen Dimensionen neoliberaler Subjektanforderungen bekommt nicht in den Blick, wer das Ende des Fordismus nur als Ende gesellschaftlicher Sicherungen, die subjektiven Erfahrungen ausschließlich als Verunsicherung und Desintegration fasst. Dagegen konnte das europäische Forschungsprojekt SIREN¹² in seinen großen Interviewstudien rekon-

10 Dabei ist es selbstredend nicht so, dass der Fordismus keinen Rechtsextremismus hervorgebracht hat, vielmehr bildete er gerade die soziale Grundlage für verschiedene historische Faschismen. Die Bezugnahmen des modernen Rechtsextremismus auf historischen Faschismus haben z. T. gerade die Funktion, die fordistische Integration wieder (nostalgisch) aufzurufen.

11 Siehe Frigga Haug: Hochtechnologische Produktionsweise. In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 6.1. Hamburg 2004. S. 443–50.

12 Siehe Gudrun Hentges / Malte-Henning Meyer / Jörg Flecker / Sabine Kirschenhofer / Eva Thoft / Edvin Grinderslev / Gabrielle Balazs: The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populismus. European Synthesis Report on Qualitative Findings. Wien 2003.

struieren, wie die – vielfältigen, unterschiedlichen, zwischen IT-Hochqualifizierten und prekarierten Putzfrauen – Erfahrungen mit gesellschaftlichen Umstrukturierungen rechtsextrem verarbeitet werden können. Die qualitative Studie fragt nach »den Zusammenhängen zwischen Veränderungen in der Arbeitswelt und Verlockungen rechtspopulistischer Politik. Analysiert wurde somit die subjektiven Wahrnehmungen und individuellen Reaktionen auf den sozioökonomischen Wandel in europäischen Ländern«¹³. Die Studie umfasst acht Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn, Schweiz); ihre vielfältigen Ergebnisse kann ich hier nicht alle referieren, möchte aber auf zwei Grundformen der Reproduktion rechtsextremer Vorstellungen zu sprechen kommen, die hier aufgewiesen werden konnten: 1. der »aufgekündigte Vertrag« und 2. die Angst vor Deklassierung.

Der »Vertrag« bezieht sich auf die implizite Vorstellung, dass sich »harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung« »tausche«; die Interviewten äußern durchaus Bereitschaft, härter zu arbeiten, mehr zu leisten, müssen aber feststellen, dass legitime Erwartung in Bezug auf verschiedene Aspekte von Arbeit, Beschäftigung, sozialen Status oder Lebensstandard dauerhaft frustriert werden: der Vertrag ist »einseitig gekündigt« worden. Dies führt zu Ungerechtigkeitsgefühlen und Ressentiments in Bezug auf andere soziale Gruppen, die sich den Mühen der Arbeit anscheinend nicht in gleichem Maße unterziehen und für die besser gesorgt werde oder die ihre Sachen (illegal) selbst arrangieren: einerseits Manager, Politiker mit hohem Einkommen, die sich großzügige Pensionen zusprechen etc., andererseits Menschen, die von der Wohlfahrt leben statt zu arbeiten oder Flüchtlinge, die vom Staat unterstützt werden. »Diese gestörte Balance in ihrem Bezug zur Arbeit bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischen Wandel und politischen Reaktionen zu sein.«¹⁴ Der Rechtspopulismus bietet eine öffentliche Anerkennung der Problemlagen und Projektionsflächen für Sündenböcke. Kernthema derjenigen, die sich rechtsextremen Argumenten zuwenden, ist, dass die »ordentlichen und hartarbeitenden« und daher moralisch überlegeneren Menschen betrogen werden. Politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus, die die zweifache Abgrenzung »des Volkes« von Eliten oben und Ausgestoßenen unten in Anschlag bringen, finden hier Resonanz. Die Abgrenzung von angeblichen untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlinge, Sozialhilfe-

13 Jörg Flecker / Gudrun Hentges: Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa. In: Joachim Bischoff / Klaus Dörre / Elisabeth Gauthier u. a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Hamburg 2004. S. 129.

14 Ebenda. S. 142.

empfänger, Kranke und Behinderte, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (oft auch als Wohlstandschauvinismus bezeichnet) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet.

Im Zentrum des zweiten »Begründungsmusters« stehen Angst vor Deklassierung, Unsicherheit und Ohnmachtsgefühle, die mit industriellem Niedergang, prekärer Beschäftigung und Entwertung von Fähigkeiten und Qualifikationen verbunden sind. Die Erfahrung, Spielball der ökonomischen Entwicklung oder anonymer Mächte zu sein, wird verbunden mit rechtspopulistischen Mobilisierungen, die die Bevölkerung als passives Opfer von übermächtigen Gegenspielern ansprechen. Ähnlich »funktioniert« die nostalgische Wertschätzung der guten alten (Arbeiter-)Zeiten, und die populistische Glorifizierung von traditionellen Gemeinschaften. Die vom Rechtspopulismus angezogenen Menschen hatten das Gefühl, sich nur auf sich selbst verlassen zu können, fühlen sich von den traditionellen Vertretern der Arbeiterklasse, wie etwa die Sozialdemokratien, verlassen, diese werden eher als Anwalt der »Gegenseite« wahrgenommen. Die öffentliche Anerkennung der Probleme von Prekarisierung und sozialem Abstieg ist hier ein Vorteil für die Rechtspopulisten. Ebenso vermag ihre Thematisierung von nationalen oder subnationalen Einheiten als Träger kollektiver Interessen die Ohnmachtsgefühle anzusprechen, die sich nicht nur auf die individuelle Ebene beziehen, sondern auch kollektive Einheiten wie Regionen, die Arbeiterklasse, die Nation. Dies ist wahrscheinlich gerade für die östlichen Bundesländer von Bedeutung.

Besonderheiten der DDR-Vergangenheit?

Der Bezug auf die DDR ist in der Fachliteratur zu Rechtsextremismus vor allem in den 1990er Jahren verbreitet gewesen. Quasi rückwirkend wurde die Entstehung der rechten Szene in den neuen Ländern als Beleg für die Totalitarismustheorie herangezogen, als Erklärung, warum sich die Menschen im Osten von der Demokratie abgewendet hätten. Die Beispiele bis in die Sauberkeitserziehung der DDR-Kindergärten hinein sind bekannt. Wissenschaftlich waren diese Diskussionen meist so uninteressant und undifferenziert¹⁵ wie die Totalitarismustheorie selbst und offensichtlich politischen Interessen unterstellt.

In einer ganz anderen Hinsicht scheint mir der Bezug der deutschen extremen Rechten auf die DDR inzwischen interessant und wichtig: die

¹⁵ Siehe Walter Friederich: Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2002.

DDR wird mit ihren sozialen Errungenschaften – und unter Bezug auf ihre ethnische relative Homogenität – von den modernen Rechtsexremisten explizit gelobt. Der Internationalismus der DDR-Politik wird geflissentlich unter den Tisch fallen gelassen und versucht, an DDR-Sprache und –Erfahrungen anzuknüpfen. M. E. handelt es sich um den Versuch, an ein verschärftes »Wohlfahrtsstaatsbewusstsein« der sozialistischen Vergangenheit anzuknüpfen, vor deren Hintergrund Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung der Entwertung von Erfahrungen u. ä. wie sie auch bei SIREN berichtet werden, verstärkt auftreten.

Nicht zuletzt in den Wechselwählern zwischen PDS und NPD zeigt sich, dass die Versuche der Anknüpfung gut zu gelingen scheinen, wahrscheinlich gerade aufgrund der Diskrepanzen zum historischen Faschismus: dass die modernen Rechtsexremen sich als Sozialisten bezeichnen, das Nationale gegen die Globalisierung in Stellung bringen wollen, sich nicht als Vorreiter von Imperialismus, sondern als Anti-Imperialisten verstehen, dass sie gegen den Irak-Krieg, für die Selbstbestimmung der Völker, für Nationalisierung von Industrie, für Volksentscheide und für die Beschneidung der Macht von »denen da oben« etc. sind, scheint ihnen viele Sympathien und Anhänger gebracht zu haben. Dabei machen sie im Prinzip dasselbe wie ihr historischen Vorgänger, die die Arbeiterbewegungsästetik und –symbole aufgegriffen und völkisch-rassistisch unterlegt und auf ein Führermodell ausgerichtet haben.

Äußerst problematisch erscheint, dass es den Rechten mit ihren kulturellen und lebensweltlichen Initiativen (Kinderfeste, Jugendarbeit, soziale Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfe) zu gelingen scheint, gesellschaftliche, zumindest kommunale Anerkennung zu erlangen und damit bei ihrem nicht unbedingt rechten Publikum den Eindruck zu hinterlassen »die tun wenigstens was«, »anders als die da oben«. Und: oft machen alternative nicht-rechte Initiativen und Jugendliche die Erfahrung, dass sie auf kommunaler Ebene oder einfach in ihrer Nachbarschaft schneller ausgegrenzt werden. Etwa wenn sie wahrgenommen werden als solche, die sich der Unterwerfung unter die Arbeit entziehen wollten (ob die Wahrnehmung nun richtig sei oder nicht), wenn ihre Haartracht oder Hosenmode dem gesellschaftlich gängigen zu widersprechen scheint – da sehen die Rechtsexremen, die ja oft keine Springerstiefel und Glatzen mehr tragen – doch so viel ordentlicher aus und sind es nicht »alles unsere Jungs«? So werden die Hegemoniebestrebungen der extremen Rechten unterstützt.

Linke Gegenstrategien

Abschließend möchte ich einen Blick auf mögliche und notwendige linke Gegenstrategien werfen: Wenn es stimmt, dass die Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Umbruchprozessen den Problemrohstoff bieten, der von der extremen Rechten bearbeitet wird, dann ist es notwendig, dass die Linke alternative Bearbeitungsformen und Vergesellschaftungsmöglichkeiten bereit stellt. Elisabeth Gauthier berichtet aus Frankreich, dass die Kommunistische Partei bei den letzten Wahlen dort ihre Anhänger mobilisieren und den Einfluss der extremen Rechten zurückdrängen konnte, wo sie mit einem deutlichen antikapitalistischen Programm aufgetreten sind.¹⁶ Wenn die Linke mit einer Besetzung des Nationalen oder einer völlig aussichtslosen Verteidigung des Nationalstaats gegen die Globalisierung antritt, statt solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau zu formulieren, dann spielt sie in der Hälfte der modernen Nazis und bleibt immer in der Defensive.

Ein einfaches Zurück zum fordistischen Wohlfahrtsstaat, sei er nun sozialistischer oder sozialdemokratischer Prägung, kann und wird es nicht geben – und die entsprechenden linken Diskurse, die so tun, als wäre es anders, kranken regelmäßig nicht nur an der Frage der Realisierbarkeit, sondern auch daran, dass die problematischen Aspekte des Fordismus darin unterbeleuchtet bleiben: schließlich war er nicht der Garten Eden, sondern ein Klassenkompromiss, der Faschismus und Rassismus, einen rigiden Konformismus, Zwangsheterosexualität, Lustfeindlichkeit und Unterwerfung nicht aus- sondern einschloss. Und sozialistische Politik muss sich im Klaren sein, dass es ein schmaler Grad ist, die Erfahrungen und Biografien von vielen Menschen im Osten gegen Delegitimierung von Oben/ Westen zurückzuweisen, aber nicht gleichzeitig die Sehnsucht nach dem Gewesenen aufrecht zu halten, sondern Alternativen auf der Höhe der Zeit zu formulieren, Alternativen, die die derzeitige Vergesellschaftungsform zur Kenntnis nehmen müssen, um sie negieren zu können.

Der extremen Rechten ist es – zumindest zum Teil – gelungen, ihre Konzepte von einem auf Fordismus abgestellten Faschismus auf eine neo-liberale Variante zu modernisieren. Die Linke hat mit eben einer solchen Modernisierung immer noch Probleme: selbstredend ist ihr Projekt schwieriger, weil sie sich den menschenverachtenden und einfachen Lösungen der extremen Rechten versperrt, aber gerade deshalb ist es wichtig, dass sie

¹⁶ Siehe Elisabeth Gauthier: »Front National«, flexibler Kapitalismus und Krise der Politik. In: Joachim Bischoff / Klaus Dörre / Elisabeth Gauthier (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. S. 45–75.

die Frage einer nach vorne gerichteten, sozialistischen Politik und nach solidarischen Vergesellschaftungsformen auf der Höhe der globalen, hochtechnologischen Produktionsweise angeht.

Petra Drauschke

Ursachen für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus rechter Jugendlicher in Ostdeutschland*

1. Geschichte des Forschungsprojekts »Biographien im Grenzraum« – Fragestellung, Methodik und Internationalität

Ein ForscherInnenteam an der Universität Göttingen ging über drei Jahre (von 1999 bis 2002) der Frage nach wie Menschen einer Region – der Euroregion Neiße, auf deutscher Seite Oberlausitz genannt – Herausforderungen der letzten 60 Jahre angenommen haben. Die Art und Weise wie Menschen bestimmte historische Situationen wahrnehmen, wie sie Krisen und Brüche bewältigen, ist nicht nur ein Reflex auf objektive Bedingungen, sondern erklärt sich aus einem komplizierten Verarbeitungsprozess der Menschen. In diesem Verarbeitungsprozess spielen solche Faktoren eine Rolle wie Erfahrungen der vorangegangenen Generation, langfristige kulturelle Traditionen eines spezifischen sozialen und regionalen Zusammenhangs, die konkrete Position im sozialen Raum (Bourdieu) und ganz spezifische biographische Verarbeitungsmuster.

Wir sprechen von einer Mentalität von Menschen bzw. von einem Mentalitätsraum. Dabei nehmen wir Bezug auf das Mentalitätskonzept von Theodor Geiger, der Mentalität als geistig-seelische Disposition der Menschen, als eine Haltung bezeichnet, sie ist im Vergleich zur Ideologie erster Ord-

* Das Forschungsprojekt »Biographien im Grenzraum. Intergenerationale und interkulturelle Vergleiche der individuellen Verarbeitung historischer Umbrüche in einer europäischen Grenzregion. Eine qualitative Vergleichsstudie in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik« wurde an der Universität Göttingen unter Leitung von Prof. Peter Alheit durchgeführt und von der Volkswagenstiftung finanziert. Siehe Peter Alheit / Kerstin Bast-Haider / Petra Drauschke: Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland. Frankfurt am Main 2004.

nung, ist früher und im Bild gesprochen wie eine Haut¹, die man nicht einfach abstreifen kann.

Unsere Fragestellung zielt also nicht so sehr auf aktuelle Erscheinungsbilder, sondern auf darunter liegende tiefer sitzende Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmuster.

Es gab im letzten Jahrhundert mindestens zwei gravierende historische Umbrüche: die heutige Großelterngeneration hatte den 2. Weltkrieg und seine Folgen erlebt sowie den widersprüchlichen Aufbau des DDR-Sozialismus, die Enkelgeneration erlebte als gravierenden Einschnitt ihres Lebens die Wende 1989 mit all den neuen Herausforderungen, Möglichkeiten und Problemen.

Uns ging es darum herauszufinden, welche Handlungsmuster intergenerativ von der Großelterngeneration auf die Enkelgeneration übergehen, wo Altes tradiert, Neues entsteht bzw. sich Brüche in diesen Handlungsmustern zeigen. Gerade weil wir in einer Grenzregion mit dramatischer Geschichte die Untersuchung durchführten, erhofften wir uns einen besonderen Zugang zur Sicht der Menschen auf das Eigene und das Fremde. Damit konnten wir die Entwicklung, Veränderung und Persistenz von Mentalitäten in einer ostdeutschen Region herausarbeiten. Die Ergebnisse sind kein Oberlausitzer Phänomen, sondern im wesentlichen ein ostdeutsches, in mancher Hinsicht auch gesamtdeutsches.

Die Studie war interkulturell angelegt. Mit gleicher inhaltlicher Fragestellung und gleichem Methodenwerkzeug wurden die Fragestellungen von polnischen und tschechischen KollegInnen in der Euroregion Neiße erarbeitet. Damit konnten wir Unterschiede und Gemeinsamkeiten eines Mentalitätsraumes herausarbeiten und die Ursachen dafür erklären. Die Publikation aller drei Studien erfolgt noch in diesem Jahr.

Wir führten regelmäßige Arbeitstreffen durch, die wegen des eigenen interkulturellen Profils (westdeutscher Professor, ostdeutsche Mitarbeiterinnen, ost-westdeutsche Studierende der Universität Göttingen, polnische und tschechische HochschullehrerInnen, Mitarbeiter und Studenten) und wegen der intergenerativen Spanne von ca. 50 Jahren zu einem regen Erfahrungsaustausch und produktiven Streit führten.

Methodisch haben wir eine präzise Beschreibung des kulturellen und sozio-ökonomischen Raums der Lausitz/Oberlausitz über Jahrhunderte, insbesondere in der Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg, der DDR-Zeit und nach der Wende erarbeitet und dazu umfangreiches statistisches Material ausgewertet. Es wird deutlich: Zu DDR-Zeiten nahm außer in den Zentren

¹ Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932. S. 77f.

der Energieproduktion die Bevölkerung stetig ab. Das hängt auch mit den kaum modernisierten wirtschaftlichen Strukturen in dieser Region zusammen. Die Situation in der Lausitz/Oberlausitz nach der Wende verändert sich weiterhin dramatisch. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört, trotz der hohen Abwanderungsrate beträgt die Arbeitslosenquote zwischen 20 und 25 Prozent, die Qualifikationseliten verlassen die Region und ebenso viele junge aktive Leute.

Mit diesem Hintergrundwissen suchten wir Interviewtandems, also Großeltern und ihre Enkel aus den verschiedenen Milieus.

Wir führten in einem ersten Schritt mit Großeltern lebensbiographische Interviews durch, das heißt wir bekamen oft über Stunden ihre Lebensgeschichte erzählt. Dieser Erstzugang zum Feld wurde über die Verbreitung unseres Anliegens in den regionalen Medien möglich. Es erklärten sich viel mehr Großeltern zu einem Interview bereit als wir nutzen konnten.

In einem zweiten Schritt interviewten wir die Enkel dieser Großeltern und hatten es auch mit dem Effekt zu tun, dass uns die Großeltern ihre »Lieblingsenkel« (meist gute Schüler, nicht arbeitslos etc.) offerierten. Um diesen sog. Creaming-off-Effekt klein zu halten, suchten wir Enkel in schwierigen sozialen Lagen zu einem Interview und erst anschließend deren Großeltern. Insgesamt wurden 42 Interviewtandems erhoben und ausgewertet.

Die Auswertung erfolgte nach dem Konzept der empirisch fundierten Theoriebildung (grounded theory) nach Glaser und Strauss.

Die Interviews wurden transkribiert, Verlaufsprotokolle und biographische Porträts erstellt. Bei der Auswertung geht es nicht um einen repräsentativen Querschnitt der Region, sondern um das Herausfinden von Fallkonstellationen beider Generationen, wo Wandel und Beziehungsdynamiken besonders deutlich werden. Die unterschiedlichen Verarbeitungsprozesse, die wir durch Feinanalysen herausgearbeitet haben, führten zur Bildung verschiedener Typen von Handlungs- und Verarbeitungsmustern. Wir präsentieren sie in der Studie in Form von Ankerfällen und durch dokumentierende Interpretationen weiterer Fälle.

2. Hauptergebnisse

Im Unterschied zu den polnischen und tschechischen Ergebnissen konnte in der deutschen Studie am häufigsten der **Persistenztyp**, von uns auch als Traditionstyp bezeichnet, identifiziert werden. Damit ist gemeint, dass die Handlungsmuster der Großelterngeneration auf die Enkelgeneration »vererbt« werden. Persistenz bedeutet in diesem Zusammenhang die Reproduk-

tion praktischer Verhaltensweisen in alltäglicher und biographischer Perspektive auf gleichem Niveau: eine Berufstradition, bestimmte Familienrituale, ein spezifisches Rollenverständnis, eine politische Einstellung, die Präferenz religiöser Glaubensformen, die Inszenierung einer ethnischen Besonderheit. Die Großeltern-Enkelkonstellation weist eine erstaunliche Stabilität intergenerationaler Tradierung auf. Vier zentrale Kernkategorien kennzeichnen diesen Typus:

- Identifikation mit dem familiären Auftrag,
- Vergemeinschaftung,
- Traditionalismus,
- die Tendenz zur Harmonisierung.

Als einen weiteren Typus, aber in wesentlich geringerem Umfang wurde der **Modernisierungstypus** identifiziert. Trotz Ähnlichkeiten der habituellen Lebensbewältigung zeigen sich strukturelle Veränderungen zwischen der Großeltern- und der Enkelgeneration. Die privaten Verhältnisse sind modernisiert worden. Die Stellung im gesellschaftlichen Raum, zum Beruf hat sich gewandelt. Auch das Verhältnis zum Politischen hat eine neue Qualität erhalten. Folgende Kernkategorien beschreiben diesen Typus:

- Zunehmende Individualisierung und »Reflexivierung«
- Zugewinn an kulturellem Kapital
- Verfeinerung der Aufstiegsstrategien
- Zivilisierung und Demokratisierung

Zwischen der Großeltern- und Enkelgeneration vollziehen sich auch drastische Brüche in den kulturellen Mustern. Wir bezeichnen diesen Typus als **Bruch-Typus**, der sich durch folgende Kernkategorien gekennzeichnet ist:

- Strukturelle Verwahrlosung des Familiensystems,
- Biographischer Planungsverlust und Aushöhlung des (protestantischen) Arbeitsethos,
- Erosion ziviler Normen.

Alle drei skizzierten Typen haben keine Milieuspezifik, sondern durchziehen alle Milieus.

Wer die Beweisführung für diese Typenbildung genau nachvollziehen will, müsste zur Publikation greifen, in der sehr ausführlich die Fälle beschrieben sind.

Da der Persistenztyp in unserem deutschen Sample so dominant ist, sprechen wir von intergenerationaler Modernisierungsresistenz. Diese so gekennzeichnete Mentalität hat ganz konkrete Folgen: Skepsis gegenüber neuen, riskanten sozialen Arrangements, das Bedürfnis nach Absicherung, wenig entwickelte Fähigkeit mit prekären Lagen flexibel umzugehen. Das ist in Polen und Tschechien nach unseren Forschungsergebnissen anders. Dort überwiegt der Modernisierungstypus und damit eine andere mentale Grundsituation.

Entsprechend der Thematik der Konferenz Ursachen von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit aufzuspüren, soll im folgenden auf den letzten Typus, den Bruchtypus genauer eingegangen werden.

3. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus Jugendlicher – ein Ergebnis nichtbearbeiteter Familiengeschichte

In der Literatur gibt es für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus Jugendlicher unterschiedliche Erklärungen: Einerseits wird die DDR-Sozialisation im Sinne eines autoritären Systems dafür verantwortlich gemacht, einschließlich der Tabuisierung fremdenfeindlichen Gedankenguts und rechter Aktivitäten (»Sozialisationsthese«). Dieser These wird in aller Regel von ostdeutschen BürgerInnen, die sich mit der DDR identifizierten, widersprochen.

Andererseits wird dieses Phänomen der Fremdenfeindlichkeit als Folge der Wende im Sinne von Perspektivlosigkeit und hoher Jugendarbeitslosigkeit charakterisiert (»Situationsthese«²). Beide Argumente haben durchaus ihre Berechtigung, greifen aber insgesamt zu kurz.

Tatsache ist: Der Anteil im weitesten Sinne rechten Gedankenguts und rechter Aktivitäten ist in den neuen Bundesländern wesentlich höher als in den alten. Und in den neuen Bundesländern ist rechtes Gedankengut bei älteren Menschen wesentlich ausgeprägter als bei jungen³, nur zeigen sie das weniger in der Öffentlichkeit. Unsere Forschungsergebnisse belegen ebenso bei den Großeltern einen Fundus an fremdenfeindlichen, ja subtil rassistischen Einstellungen, die wir überhaupt nicht so erwartet hatten. Wir beobachteten quer zu den sozialen Milieus und auch unabhängig von den soeben vorgestellten Mentalitätstypen in den biographischen Erzählungen

2 Ausführlich dazu: Wilhelm Hinrichs / Eckard Priller (Hrsg.): Handel im Wandel. Akteurskonstellationen in der Transformation. Berlin 2001.

3 Ich verweise auf die Forschungsergebnisse von Brähler und Angermüller. Siehe Matthias Angermeyer / Elmar Brähler: Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. Leipzig 2001

der Großelterngeneration eine erstaunlich ungebrochene unkritische Reproduktion von Erfahrungen und Einstellungen aus dem Nationalsozialismus.

Zur Veranschaulichung ein Zitat eines Großvaters aus unserem Sample:

»Herr Stern: Nu ja, nu war ich 42 aus der Schule. Und ich wollte – Inspektor werden, auf en großem Gut – im Osten – Wehrbauer, so nannte sich das, mit Gewehr und Pflug die Scholle verteidigen.

I: hm

Herr Stern: Das is ´eben Wehrbauer.

I: Hmm.

Herr Stern: Da is ´das, da kommt das Wort her, nu wa`r, mit`m Pflug und Gewehr, im Osten. Nu ja, aber - da musst du zwei Jahre Landwirtschaftslehre hinter dir haben, und dann musst du noch zwölf Jahre – Soldatendienst machen, bei der Waffen-SS, dann kannst du erst Wehrbauer werden.

I: Hmm.

Herr Stern: Na ja, - die zwee Jahre hab`sch absolviert, und dann sagten sie über mich, also das hat keen Zweck, dass du hier die zwee Jahre Landwirtschaftslehre machst, denn du wirscht ja jetzt eingezogen, in dieser Zeit, in den, innerhalb von den zwee Jahren, wirscht du ja eingezogen, und da musst du deine Lehre eben unterbrechen. Und do hatt`s gar keen Zweck, wenn du jetzte antrittst.

I: Hmm.

Herr Stern: Nu ja, und weil ich ebend doch die Laufbahn gehen wollte, und da hott`ich mich ebend och dann freiwillig zur SS gemeldet.

I: Hmm

Herr Stern: Und, na, ja, aber ich war damals noch zu jung, ich war 16.«

Nicht dass uns die Lebensplanung dieses Mannes in seiner Jugend verwundert hätte, erschrocken hat uns seine unkritische und eigentlich schamlose narrative Präsentation. Es gab allerdings auch andere Großeltern mit ähnlichen Lebensplanungen, die durchaus zu einer selbstkritischen Reflexion in der Lage waren, aber das waren eher weniger.

Offensichtlich rächt sich die Tatsache, dass es in der DDR keinen öffentlichen Diskurs über den Nationalsozialismus gab, der Betroffene zur Problematisierung ihrer persönlichen Verstrickungen in der Nazi-Zeit zwang. Bürger eines antifaschistischen Staates zu sein, war entlastend und bewirkte, dass im privaten Bereich unkritisch und unreflektiert an fremdenfeindliche Erfahrungen und Einstellungen angeknüpft werden konnte.

Heute geht es darum, welche Folgen aus der Nichtverarbeitung dieses historischen Erbes, aus dieser unkritischen Reflexion der Großelterngeneration für die Enkelgeneration erwachsen. Das berührt die Frage nach

den Ursachen für Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt in Ostdeutschland tiefgehend.

In unserer Untersuchung zeigt sich: Ein nicht gering zu schätzender Teil der Jugendlichen verfügt über ein latentes Potenzial an Fremdenfeindlichkeit, das sich in verschiedenen Schattierungen widerspiegelt. Es reicht von Desinteresse an der Kultur und der Entwicklung der polnischen und tschechischen Nachbarn bis hin zur offenen Ablehnung (*»wenn die Grenzen aufgehen, können wir uns alle erschießen«*).

Der Vorteil in einer Grenzregion zu leben, ist für viele lediglich der günstige Einkauf, insbesondere auf dem Polenmarkt. Dabei wird in aller Regel gleichzeitig die Sorge um das eigene Auto thematisiert, das geklaut werden könnte. Selbstredend wollen wir nicht die reale Situation verkennen, die durch das Wohlstandsgefälle an der Grenze befördert wird. Es gibt nur zu denken, wenn diese Auffassung sehr dominant ist und kulturelle Vorzüge wenig zur Kenntnis genommen werden.

Fremdenfeindlichkeit zeigt sich aber auch in organisierter rechter Gewalt unter Jugendlichen, in dem Bemühen, »national befreite Zonen« wie es im Jargon der Neonazis heißt, zu schaffen, Zonen, in denen sich kein ziviler Widerstand gegen rechte Gewalt bildet, aus Angst, selbst Opfer zu werden oder auch aus mehr oder wenig ausgeprägter Sympathie zu diesen rechten Auffassungen.

Gerade in der Oberlausitz gibt es verschiedene solcher Gebiete, und auch zu DDR-Zeiten gab es hier Zentren rechtsextremer Gruppierungen. In diesen Gruppen wird offen nationalsozialistisches Gedankengut diskutiert und rechte Gewalt gegenüber Fremdem und Fremden, damit sind insbesondere Farbige, Linke, Schwule, Behinderte gemeint, organisiert. Dieser unterschwellig und latent verwurzelte Normalitätsbegriff ist von der Rassenideologie, der Theorie vom unwerten Leben aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht weit entfernt. Wahrscheinlich sind sich viele dessen nicht bewusst. Nur so lässt sich das Phänomen einer schweigenden Mehrheit erklären.

Folgende Fallrekonstruktion soll knapp zeigen, wie ein junger Mann aus der rechten Szene mit den Mustern seiner Herkunftsfamilie bricht.

Großvater Röder, Jahrgang 1931, hat an seine Kindheit gute Erinnerungen. Die Jahre des Krieges verbringt er bei den Großeltern in der Oberlausitz. Zum Kriegsende ist die Familie zerrüttet. Die Mutter kommt beim Bombenangriff um, der Vater wird zur Wismut dienstverpflichtet, die Großmutter stirbt. Seine Geschwister wachsen bei anderen Verwandten auf. Mit 14 Jahren war Herr Röder bereits auf sich allein gestellt. An dieser Ambivalenz von Heimat- und Familienverbundenheit auf der einen Seite und der plötzlichen

kriegsbedingten Auflösung des Familiensystems auf der anderen Seite trägt Herr Röder über sein ganzes Leben lang schwer.

Herr Röder schließt die Schule ab und absolviert eine Lehre, und gründet sehr jung eine eigene Familie, die dann auch bald wieder zerbricht. Er besucht Ende der 50er Jahre eine Meisterschule und macht sich selbstständig. Nach der ersten Scheidung heiratet er erneut.

Ohne Gründe zu nennen, verweigert er sich im Nationalsozialismus den Pimpfen bzw. der Hitlerjugend und auch in der DDR tritt er in keine politische Organisation ein.

»Interviewerin: Waren Sie in der Gewerkschaft oder in der Partei organisiert?

R: Ja, das war schon, aber ich war bei nüscht.

Ich war in keener FDJ irgendwas.

Ich bin bei nichts (laut, betont) gewesen in meinem Leben.

Weder Soldat, noch Pimpf. Ich hab mich immer vor allem gedrückt.

Zum Beispiel in Dresden hat kein Hund gefragt, ob du bei der Hitlerjugend bist.

Wenn du dich nicht angemeldet hast, hat da niemand gefragt in der Stadt.

Denn mit 10 Jahren sollst ja dorte dann zur Hitlerjugend.

Und ich hab mich dort nich angemeldet.

Es hat ja niemand gefragt.

Als ich aber dann nach B-dorf kam, da war das en kleener Ort, und da warn ja, da warn ja die Schulkameraden und die machten dann Pimpfdienst und da hieß es: warum kommsten du nicht zum Dienst?

Vor allem der Schmidt, Fritz, der machte dann Pimpfleiter dorte aus meiner Schulklasse.

Da hab ich gesagt: ich brauch den nicht machen, ich bin krank, ich kann das nicht.

War ja nicht wahr, aber nu ja.

Und es dauerte gar nich lange und da musst ich, da musst ich hier, das war vielleicht 45, 44 oder so ging das dann schon los, und da musste ich nach Dresden (unverständlich gemeint ist zum Amtsarzt).

Musste ich zu einem Arzt, wurde ich untersucht, der sagte da: sie können sofort, du kannst sofort den Dienst mitmachen.

Du bist doch nicht krank.

Das war mir auch klar, ne.

Wie ich dann wieder in die Schule kam, hab ich denen gesagt, dass ich zur Untersuchung war, nu, was ist denn nu los, kannst du denn nun den Dienst mitmachen?

Und da habe ich gesagt: Da kriegt ihr vom Bann Bescheid.

Und dann kam der Umsturz, da war der Krieg aus.

Da brauchte ich nich zum Dienst gehen.

War eben Feierabend.

So da hab ich in keener Hitlerjugend stramm gestanden und dann bin ich och nicht zu der FDJ gegangen.

Der, der damals in B-dorf den HJ-Leiter gemacht hatte, den letzten, von den großen, älteren, nor, der war der erste FDJ-Sekretär in B-dorf.

Und da war ich sofort bedient.

Wenn der erste HJ-Leiter sofort FDJ-Sekretär wird, was soll ich denn von dem Menschen halten?

Das ist doch gar nich möglich.

I: Mmh.

R: Und, und der Schmidt, Fritz, aus meiner Klasse, der hier Pimpfleiter dann machte, nor, der unbedingt wollte mich och noch strietzen, der hat mich ja nu nich.

Dadurch dass eben der Krieg alle war, ne. Sonst hätt ich das och nicht abgehalten, aber hab ich Schwein gehabt.

Und der machte dann sofort, der lernte 3 Jahre Steinmetz und dann ging er sofort zur Armee.

Da war er wieder (pppph) bei so was dorte.

I: Ja.

R.: Und da hat der hier, mit 50 hat der dann uffgehört, als Oberstleutnant, aber wir treffen uns jetzt noch.⁴

Anhand der Frage der Interviewerin nach seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bzw. in der SED in der Zeit der Wismut – also einer Frage, die sich auf die Anfangsjahre der DDR bezieht, entfaltet der Großvater seine lebensbiographische Sicht auf die Sinnhaftigkeit politischer Organisiertheit. Der Kern der Sequenz ist eine Schelmengeschichte. Aber die Geschichte ist nicht plausibel, weil die Motive für seine Ablehnung politischer Organisiertheit unabhängig von der Gesellschaftsordnung und unabhängig von deren konkreten Zielen nicht nachvollziehbar reflektiert werden. So gelingt es Röder, seine Schulkameraden zu überlisten und nicht Mitglied der Hitlerjugend zu werden. Er entzieht sich den Gruppennormen und hält eine isolierte Ruhe für erstrebenswert. Das zeugt von sozialer Bindungslosigkeit und eigener Unsicherheit. Er bilanziert diese Schelmengeschichte, »aber hab ich Schwein gehabt«. Das Glück besteht in der Beendigung des Krieges und damit der Hinfälligkeit der Anforderung, Mitglied der Pimpfe zu wer-

4 Interview mit Großvater Röder. Transkript.

den. Es scheint so, dass Herr Röder einfach zu bequem war, sich in dieser Organisation zu engagieren.

Dass aber Röder nie ganz die Perspektive des Nationalsozialismus verlassen hat, zeigt die Passage »und dann kam der Umsturz, und da war der Krieg aus.«

Der Umsturz hat nichts mit ihm zu tun, er kommt von außen. Diese Art der Nichtverarbeitung historischer Ereignisse, sich offensichtlich nie gefragt zu haben, wie konnte es zum Kriegsausbruch kommen, warum haben so viele Deutschen der Politik des Nationalsozialismus zugejubelt, warum musste der 2. Weltkrieg »von außen« durch die vier alliierten Siegermächte beendet werden? Der Begriff »Umsturz« zeigt ein Verhafteten im Denken des Nationalsozialismus und eine Distanz zur eigenen Verantwortung der Deutschen. Herr Röder wirft den Klassenkameraden vor, sich wie »Wendehälse« zu verhalten. Erst Pimpfleiter unter Hitler, dann FDJ-Sekretär in der DDR. Was sollte er von so einem Gesinnungswandel halten? Aber er selbst hat keine Alternativen anzubieten, weder dass er sich mit dem Nationalsozialismus bewusst auseinandergesetzt hätte, noch dass er einen erkennbaren Grund angibt, sich von der DDR und ihrem Sozialismusversuch zu distanzieren. Wahrscheinlich hat es auch keine öffentliche Auseinandersetzung darüber gegeben wie ein Funktionär der Hitlerjugend sehr schnell Funktionär der FDJ werden kann, so wie es sein Schulkamerad gemacht hat und Herr Röder dafür kein Verständnis hat.

Herr Röder präsentiert sich als Anti-Held, was zur Destruktion seiner Rolle als Großvater führt. Im intergenerationalen Kontext muss eine Negierung der historischen Aufarbeitung der eigenen Verantwortung im Nationalsozialismus und in der DDR Folgen haben. Die Anti-Helden-Rolle des Großvaters provoziert den Enkelsohn, als Held zu agieren.

Enkelsohn Rudi, 26 Jahre alt, bricht sowohl mit dem Arbeitsethos des Großvaters als auch mit dessen zivilen Grundhabitus. Gleichzeitig knüpft er an unverarbeitete Gedanken des Nationalsozialismus an und macht sie sich als aktiver Neonazi zu eigen. Rudi´s Erziehung im Elternhaus zielt auf Anständigkeit und Gehorsam, Werte, die der Vater dem Sohn einprügelt. Rudi erlebt von Kindheit an Konfliktaustragung in Form körperlicher Gewalt. Die Mutter kann nur begrenzt gegensteuern, sie befindet sich in einer permanenten Überforderungssituation und sichert ein Minimum existentieller familiärer Fürsorge. Mit 14 Jahren verlässt Rudi Schule und Elternhaus, geht auf Trebe, beginnt dann aber mehrere Lehrstellen, die er vom Arbeitsamt vermittelt bekommt, bricht diese entweder selbst ab oder wird wegen Gewalttätigkeit rausgeworfen. Bereits mit 14, 15 Jahren wird Rudi wegen brutaler Schlägerei straffällig. Im Alter von 26 Jahren hat er fast 10 Jahre im Gefängnis verbracht. Wurde er vorzeitig auf Bewährung entlassen, wurde

er wieder rückfällig. Seit dem 16. Lebensjahr gehört Rudi der rechten Szene an und konnte sich dafür im Gefängnis inhaltlich »qualifizieren«. Sein Vorbild ist Rudolf Hess, Rudis Körper ist nach Motiven germanischer Sagen tätowiert, er äußert sich unverhohlen ausländerfeindlich und antisemitisch, wenngleich er Geschäfte mit Tschechen macht.

Zur Zeit besucht Rudi einen Qualifizierungslehrgang, um eine Arbeit zu finden. Es besteht durchaus die Chance, dass sich Rudi stabilisiert, er hat eine feste Freundin und die Absicht, ein altes Haus in der Oberlausitz zu kaufen und auszubauen. Der Westen ist ihm beim Jobben fremd.

5. Chancen für zivilgesellschaftliches Handeln - Ausblick

Wir haben bei unseren Interviews der Enkelgeneration durchaus auch den Typ gefunden, der sich durch Toleranz, Offenheit und persönlichem Engagement für die Durchsetzung ziviler Normen einsetzt. Es sind vor allem solche Jugendliche, in deren Familien stets ein kritisches und selbstbewusstes Denken ausgeprägt war. Dieses Potenzial zu stärken, sollte im Mittelpunkt politischer Arbeit im weitesten Sinne stehen. Wenn ein Klima entsteht, wo rechtsradikale Jugendliche nicht eine Massenstimmung bedienen, sondern isoliert sind und sich Diskussionen stellen müssen, dann wäre das ein wichtiger Schritt zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements. Damit meine ich einen offenen neugierigen Umgang mit dem Fremden in all seinen bunten Schattierungen der Farbigen, Schwulen, Behinderten, Dicken...

Die biographische Arbeit bietet zum Training bürgerschaftlichen Engagements viel Spielraum, weil das Erzählen von Lebensgeschichten der Anfang von kritischem Hinterfragens des Verhaltens, der persönlichen Krisen, fehlerhafter Einschätzungen, Irrtümer sein kann. Gerade im familiären Raum zwischen den Generationen können Anstöße zum Reflektieren gegeben werden.

Ich denke in diesem Rahmen in zwei Richtungen:

1. Projekte: wer sind wir und wie sind wir so geworden?

Das ermöglicht die Mitarbeit aller drei Generationen. Kinder können ihre Großeltern befragen, Ausstellungen vorbereiten, Erzählwerkstätten, Erzählcafés ...

2. Wie leben unsere Nachbarn?

Wer sind sie, wo kommen sie her? Gemeinsame Projekte, wo alle aktiv sind. In der Oberlausitz gibt es Projekte mit Kindern und Jugendlichen bei-

derseits der Grenzen, gemeinsame Kindergärten und Schulen, das Lernen der jeweilig anderen Sprache.

Auch diese Prozesse müssen reflektiert und begleitet werden. Es gibt rundum viel zu tun bei der Stärkung von Zivilcourage.

Norbert Madloch

Rechtsextremismus und DDR-Sozialisation

Seit der Wende vor 15 Jahren ist es zu einem beständigen Ritual geworden: Nach gewissen Erfolgen wie bei den sächsischen Landtagswahlen im September 2004 bzw. größeren auffallenden Aktionen von Rechtsextremisten ist in den neuen Bundesländern schließlich immer das Erbe der DDR schuld. Von äußerst Konservativen über einige Wendehälse aus der DDR bis hin zu politischen Linken werden dabei die unsinnigsten Behauptungen aufgestellt, um in der Regel vom eigenen Versagen im Kampf gegen die extrem Rechten abzulenken. Dem bundesrepublikanischen Mainstream verpflichtete Historiker und Politologen in West und Ost agieren in diesem Kontext bei der Beschreibung der Verhältnisse in der DDR mit erstaunlicher Naivität und Realitätsferne, von wissenschaftlicher Seriosität kann hierbei keine Rede sein. Die bekannte Publizistin Daniela Dahn bemerkte dazu in einem ihrer Bücher: »Es bleibt kein Klischee ausgespart. [...] Wenn ich an meine Schulzeit denke, so erkenne ich die Verzerrungen von damals heute seitenverkehrt wieder.«¹ Viele Vorwürfe an die Adresse der DDR, hebt sie hervor, sind »Halb- oder Viertelwahrheiten oder schlicht Blödsinn«.² So beklagte sich der fragwürdige Geschichtschreiber und ehemaliger Gauck-Mitarbeiter Hubertus Knabe z. B. bei einer Veranstaltung in Berlin-Kreuzberg darüber, dass die meisten Politiker der BRD sich scheuen, die DDR mit dem Hitlerfaschismus gleichzusetzen.³

Immer wieder wird dann die für Denkfaule verschrobene Formel vom »verordneten Antifaschismus« wiederholt, obwohl solche anerkannten Rechtsextremismus-Forscher wie Professor Richard Stöss schon vor Jahren betonten: Auch wenn der Antifaschismus in der DDR verordnet war,

1 Daniela Dahn: Wenn und Aber. Anstiftung zum Widerspruch. Reinbek bei Hamburg 2002. S. 135.

2 Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit. Berlin 1996. S. 51.

3 Siehe »Neues Deutschland« vom 26.11.1999.

entsprach er »bei vielen der eigenen Überzeugung«. ⁴ Verschwiegen wird von solchen Leuten mit ihrem verbohrteten Anti-DDR-Syndrom, dass heute von der Bundesrepublik alle in der DDR verurteilten Neonazis als »Opfer eines Unrechtsstaates« eingestuft wurden

Ich will hier in meinem Beitrag nicht all das was der frühere Leiter des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, Walter Friedrich, in seinen Veröffentlichungen über den Rechtsextremismus zur Richtigstellung der Verhältnisse in der DDR publizierte oder was ich in dem ausführlichen Beitrag zum Rechtsextremismus nach 1945 in Deutschland in dem Buch der Rosa-Luxemburg-Stiftung ⁵ geschrieben habe, wiederholen

Zum heutigen Thema gehört, genauer zu definieren, was stimmt von den vielen Behauptungen über den Rechtsextremismus in der DDR und was stimmt nicht und nur von einer solchen Position kann man den Sozialisierungsprozess genauer bestimmen. So wird z. B. seit Jahren in der Öffentlichkeit verkündet, dass es in diesem Lande mindestens 15.000 rechtsextrem orientierte Bürger gab und dass in allen 219 kommunalen Kreisen mindestens eine rechtsextremistische Gruppierung in der Größenordnung von 10 bis 15 Mitgliedern gab, ohne dass dafür nachprüfbar Quellen genannt wurden. Viele angebliche Beweise beruhen vermutlich auf Erzählungen von Tante Emma, die das wiederum von ihrer Nachbarin gehört hat. Nachweisen lassen sich dagegen in den 80er Jahren in allen 15 DDR-Bezirksstädten und in deren näherer Umgebung neonazistisch orientierte Gruppierungen sowie zu unterschiedlichen Zeiten solche vor allem von Unteroffiziersdienstgraden organisierte rechtsextreme Vereinigungen in der Nationalen Volksarmee (NVA) und anderen bewaffneten Organen der DDR. 1989 gingen die zuständigen Organe der DDR von etwa 2.000 Rechtsextremisten, meist ultrarechts gesinnten Skinheads, aus, die sozial aus allen Bevölkerungsschichten – vom Bildungsbürgertum bis zur Arbeiterklasse kamen. Auf die viel vorgebrachten Unterstellungen über »Nazis in der DDR« gehe ich hier nicht weiter ein und verweise auf das ausgezeichnete, faktenreiche Buch von Detlef Joseph. ⁶

All das gesagte soll nicht bestreiten, dass zum Teil in der DDR die Saat gelegt wurde, die erst mit der Wende von 1989/90 und danach angesichts der katastrophal hohen und dauerhaften Arbeitslosigkeit sowie anderer sozialer Probleme voll aufging. Recht deutlich wird das an der Zahl rechtsex-

4 Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland. Bonn 1999. S. 29.

5 Klaus Kinner / Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Berlin 2000. S. 57– 214.

6 Detlef Joseph: Nazis in der DDR. Die deutschen Staatsdiener nach 1945 – woher sie kamen? Berlin 2002.

tremistischer Wähler in Ostdeutschland. Von der ersten Bundestagswahl in den fünf neuen Bundesländern und Berlin-Ost im Dezember 1990 bis zu den Wahlen für das EU-Parlament Mitte 2004 hat sich die Zahl jener ehemaligen DDR-Bürger, die rechtsextreme Parteien wählten, etwa verdoppelt. Vergleicht man die sächsischen Zahlen von 1990⁷ bis zur Landtagswahl im September 2004 hat sich hier die Zahl der Wähler rechtsextremer Parteien in den letzten 15 Jahren ungefähr vervierfacht.

Begünstigend für eine Sozialisierung in Richtung Rechtsextremismus wirkten besonders die Unfähigkeit der DDR-Führung, adäquat auf die sich in den 80er Jahren im Lande abzeichnenden Krisenprozesse und den Mentalitätswandel in Teilen der Bevölkerung zu reagieren. Entgegen allen schönfärberischen Reden bis 1989, aber auch in manchen heutigen Interpretationen war die DDR nie eine egalitäre Gesellschaft, nie ein sozial und geistig homogenes Land. Untersuchungen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in der zweiten Hälfte der 80er Jahre im Bezirk Dresden – in Analogie auf die gesamte DDR zutreffend – ergaben, dass sich etwa 30 bis 35 Prozent der Bevölkerung – vom Minister bis zum Kleingartenvorstand – gesellschaftlich aktiv engagierten, weitere 50 Prozent standen mehr oder minder loyal zu ihrem Staat. Der Rest verhielt sich distanziert, ablehnend oder gar feindlich gegenüber der DDR. In dieser politischen Bevölkerungsstruktur vollzog sich besonders ab Mitte der 80er Jahre und hier insonderheit vor allem in Teilen der Jugend ein tendenziell beachtlicher Mentalitäts- und Wertewandel. Technische Modernisierungsprozesse und ein sich deutlich bemerkbar machender Generationswechsel führten zu qualitativ neuen materiellen und geistigen Ansprüchen. Es entwickelte sich ein Drang zu mehr Individualismus, zu einer selbständigeren, lustbetonterem Lebensgestaltung. Das war teilweise mit einer Lockerung der Identifikation mit dem Staat und der Gesellschaft in der DDR verbunden.

In der SED-Führung wurde das kaum zur Kenntnis genommen. Man versteifte sich auf die Verteidigung der alten Werte und leugnete die sich entfaltenden Widersprüche. Ein solches Verhalten wirkte sich bis in das Denken der Basis-Kader der SED aus, wo man kaum einen Nerv für die neuen sozialen und politischen Probleme hatte. Selbst die ersten parteiinternen Informationen über die Existenz einer rechts-extremen Jugendszene wurden ohne größere politische Reaktionen einfach zur Kenntnis genommen und abgeheftet.

7 Damals wählten rund 43.500 sächsischer Bürger (1,5 Prozent) rechtsextreme Parteien, das waren 31,1 Prozent aller Wähler rechtsextremer Parteien in den fünf neuen Bundesländern und Ostberlins. Siehe Norbert Madloch: »Superwahljahr 1994«. Rechtsextremismus in Ostdeutschland zwischen Einfluß und Niederlage. Berlin 1995.

Recht deutlich wurden die veränderten geistigen Bedürfnisse von Jugendlichen im Geschichtsunterricht der Schule. Wie Untersuchungen des ZIJ ergaben, rückten Detailfragen zur Alltag im Faschismus, zu den Kriegshandlungen im II. Weltkrieg und zur Urgeschichte – besonders der Germanen – mehr in den Vordergrund, die von vielen Lehrern nicht ausreichend beantwortet werden konnten. Hinzu kam, dass mit der Weisung vor allem die Geschichte der DDR nach dem VIII. Parteitag der SED von 1971 in den Vordergrund des Unterrichts zu rücken, viele geistige Bedürfnisse nicht befriedigt wurden. Zwar hatten – wie bundesweite Umfragen belegen – die Schüler der DDR weit mehr Kenntnisse über die Zeit des deutschen Faschismus als die Schüler der alten Bundesländer. Aber das waren oft nicht die Fakten und Bereiche, die die politisch besonders engagierten Jugendlichen interessierten. So kam es Ende der 80er Jahre zu einem eigenartigen Bündnis von Großvätern und Enkeln, bei denen die jungen Leute die Alten besonders über ihre persönliche Erlebnisse in der Zeit des Hitler-Faschismus und des II. Weltkrieges ausfragten und dabei meist geschönte Geschichten über den Heldenmut der Deutschen hörten.

Unter den mit dem Faschismus sympathisierenden DDR-Jugendlichen bildete sich zudem in den Endjahren der DDR eine eigenartige Gewohnheit heraus. Man las zwar die antifaschistischen Bücher wie die »Abenteuer des Werner Holt«, »Nackt unter Wölfen« und andere, sah sich entsprechende Filme an und interessierte sich dabei insbesondere für die negativen faschistisch gesinnten Typen und erkor diese nicht selten zu Vorbildern. Gleichfalls wurden Presseberichte und Fernseh-Nachrichten über rechtsextremistische Kräfte in Westdeutschland mit umgekehrten Vorzeichen angesehen und die dortigen Neonazis bewundert. Begünstigt wurde ein solches Verhalten, dass es in den meisten DDR-Elternhäusern kaum Diskussionen über das Verhalten, die Erlebnisse der Väter und Mütter sowie anderer Verwandten in der Zeit von 1933 bis 1945 gab. In diesen Rahmen gehört auch, dass dem vielerorts vorhandenen Alltagsrassismus, Aversionen und Vorbehalte gegenüber Ausländern kaum Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Lage bezüglich des Verhältnisses gegenüber Juden war dagegen differenzierter. Dabei ist zu bemerken, dass die intensiven Auseinandersetzungen mit dem deutschen Antisemitismus in den endvierziger Jahren in der SBZ mit der Gründung der DDR und den stärkeren Einwirkungen stalinistischer Politik in der UdSSR auf die DDR massiv zurückgingen. Erst in den achtziger Jahren gab es in dieser Beziehung wieder positivere Veränderungen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diesem Problem in der Bildung und Erziehung keine Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Das »Tagebuch der Anne Frank«, das Buch von Bruno Apitz »Nackt unter Wölfen« und ähnliche bzw. Filme wie »Ehe im Schatten« waren integrierte Bestandteile der

Lehrpläne aller Schultypen. Eine Folge war, dass nach Emnid-Umfragen von 1990 und 1994 die Menschen in den neuen Bundesländern eine geringe Anfälligkeit für antisemitistische Einstellungen als in Westdeutschland aufwiesen.⁸

Ein besonderes Problem im Kontext von Rechtsextremismus und DDR-Sozialisation ist die Behandlung der nationalen Frage in der offiziellen Politik. Nach der Obsolet-Erklärung der Stalinschen Definition Mitte der 50er Jahre gab es zu diesem Thema kaum noch ernsthafte theoretische Diskussionen. Was aus politischen Erwägungen eine Rolle spielte, waren die Spekulationen über zwei Nationen in Deutschland. Vieles war dabei substanzlose Schwafelei. Dennoch dominierten in der Tagespolitik der DDR weiterhin die Phrasen vom nationalen Kampf. Das bezog sich zumeist auf das Blocksystem der Nationalen Front und in den späteren Jahren auf das Schlagwort von einem Sozialismus in den Farben der DDR. Faktisch formierte sich aus der geistigen Leere zu diesem Problem in der Realität eine Art völkisches Denken, das in den Monaten der politischen Wende in der DDR bei nicht wenigen in einen spezifischen Nationalismus umschlug

Eng damit verbunden ist das sich nicht immer positiv entwickelnde Verhältnis der DDR-Bürger zu Ausländern und anderen Staaten. Bei der Behandlung dieser Frage in zeitgenössischen Publikationen wimmelt es aber nur so von Halbwahrheiten. Einseitig und damit weit entfernt von einer sachlichen Analyse werden meist nur die negativen Momente in übertriebener Art und Weise behandelt. Unterschlagen wird in der Regel, dass alle DDR-Bürger die Möglichkeit hatten und das auch umfangreich nutzten, den gesamten Osten bis Peking zu bereisen. Aber das führte zu einem einseitigen Weltbild und erfüllte nicht die Wünsche des DDR-Bildungsbürgertums nach Besuchen der Stätten der Antike bzw. westlichen Hauptstädte. Das verstärkte in den 80er Jahren die Unzufriedenheit in einem nicht geringen Teil der DDR-Bevölkerung. Ähnlich ist das Verhältnis zu den Ausländern zu sehen. Es gab jedoch jahrzehntelang eben nicht nur die heute mit viel Häme verbreiteten negativen Faktoren, wie sie besonders in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auftraten. In der DDR wurden unter nicht geringen Opfern tausende Ausländer besonders aus Entwicklungsländern zu hoch qualifizierten Facharbeitern und Akademikern ausgebildet.⁹ Auffallend ist jedoch, dass bis dato kaum analysiert wurde, warum sich in solchen DDR-Städten wie Berlin-Ost, Leipzig oder Dresden, wo es zumindest in den 80er Jahren weit mehr als in anderen Orten Begegnungsmöglichkeiten mit Ausländern gab, die Ausländerfeindlichkeit weit über den Durchschnitt der DDR ausbreitete.

8 »Frankfurter Rundschau« vom 17.8.2000.

9 Siehe Eva-Maria Elsner / Lothar Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949 – 1990. Rostock 1994.

Über die differenzierten Prozesse auf diesem Gebiet bieten bislang noch immer die Untersuchungen und Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig die besten Antworten. Aus gleicher Quelle sind auch viele sachlich überzeugende Informationen über die Ergebnisse des Bildungswesens der DDR erhältlich, die nachweisen, dass in den Schulen der DDR durchaus eine Erziehung zu antifaschistischer Toleranz möglich war, aber nicht alle Lehrer den gewachsenen Anforderungen gewachsen waren. Das Bildungswesen der DDR bestand eben nicht, wie von westlichen Autoren und Wendehälsen behauptet wird, aus »roten Dressuranstalten«.

Schließlich sei noch auf zwei Bereiche verwiesen, die eine wichtige Rolle bei der Herausbildung und Profilierung des Rechtsextremismus in der DDR spielten. Das ist zum einen die Fußballszenerie der DDR-Oberliga, wo sich aus rassistisch orientierten Skinheads, Hooligans und Kriminellen ein explosives Gemisch von Gewalttätern zusammenfand. Jeder in der DDR wusste, dass sich hier in der zweiten Hälfte der 80er Jahre extreme Judenhetze, Ausländerfeindlichkeit und Gewaltaufforderungen einander ergänzten. Aus Angst und politischer Desorientierung traute sich vor allem Ende der 80er Jahre die Volkspolizei nicht mehr effektiv einzugreifen. Ein weiterer Sektor war der Umgang mit den Neonazis in den Gefängnissen der DDR, die sich hier vielfach ungehindert zusammenfinden und sich politisch wie theoretisch weiterbilden konnten. Hier ging das Versagen der Staatsorgane so weit, dass der damals führende Neonazi Ingo Hasselbach in der Haftanstalt Brandenburg mit dem zu lebenslanger Haft verurteilten SS-Kriegsverbrecher Heinz Barth zeitweilig eine Zelle teilte.

Eine gewisse Veränderung im Verhalten der staatlichen Institutionen zum Rechtsextremismus in der DDR gab es nach dem brutalen, von Westberliner Skins inspirierten Überfall von 25 Skinheads am 17. Oktober 1987 auf ein Punkkonzert in der Ostberliner Zionskirche. Reaktionen waren nicht nur verstärkte staatliche Repressionen, sondern auch intensivere Bemühungen zur Erfassung und Analyse des Phänomens des Rechtsextremismus in der DDR. Ich erinnere hier nur an die umfangreichen Untersuchungen von Loni Niederländer von der Berliner Humboldt-Universität, an die Studien des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig oder der Berliner Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und anderer Einrichtungen, die aber zu dieser Zeit kaum publiziert wurden und erst mit der Wende an die Öffentlichkeit kamen. Es gab zu dieser Zeit auch von Medien ein vermehrtes Interesse, sich diesem Problem zu widmen und von den politischen Spitzengremien der DDR befasste sich zuerst der Zentralrat der FDJ im Februar 1988 mit dieser Frage. In den anderen politischen Spitzen der DDR blieb das alles jedoch weiterhin ein Tabu-Thema.

Eine zentrale Rolle in fast allen Publikationen über den Rechtsextremismus in der DDR nehmen die Mode-Stereotypen vom Autoritarismus und autoritärer Erziehung und Verhältnisse in diesem Lande ein. Seriöse Wissenschaftler haben sich schon seit längerer Zeit mit diesem Mysterium auseinandergesetzt und dargelegt, dass ohne Autorität – außer in anarchistischen Konstruktionen – keine Gesellschaft funktioniert, dass man mit diesem Schlagwort alles belegen und widerlegen kann und Autoritarismus zwar rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen begünstigen kann, aber selbst kein Element des Rechtsextremismus ist. Schon 1993 konstatierte Detlef Oesterreich nach umfangreichen Untersuchungen über die Jugend in Ost- und Westdeutschland, dass die vielfache »Annahme über autoritäre Einstellungen der DDR-Bürger/innen völlig unhaltbar sind.«¹⁰ Meine sich weitgehend mit den angeführten Positionen deckenden Auffassungen habe ich bereits 2001 in einem umfangreichen Referat auf einem der Rechtsextremismus-Forschung gewidmeten Kolloquium dargelegt.¹¹ Zu hoffen ist, dass sich die in Ansätzen vorhandene Tendenz zur sachlicheren Analyse von Erscheinungen des rechten Extremismus in der DDR weiter durchsetzen wird.

Eine genauere Untersuchung der Entwicklung des Rechtsextremismus in den Monaten der sich zuspitzenden Krise in der DDR und der politischen Wende von 1989/90 liegt noch nicht vor. In dieser Zeit erfolgte besonders in den südlichen Regionen der DDR in Teilen der Bevölkerung eine Übernahme großdeutscher nationalistischer und fremdenfeindlicher Parolen. Vor allem die Leipziger Montagsdemonstrationen waren dafür seit Ende November 1989 kennzeichnend. Dieser hier vorhandene nationalistische Taumel war aber nicht nur auf Jugendliche beschränkt, wenn auch nicht so spektakulär wie bei diesen Demonstrationen zeigten sich solche geistigen Anleihen an vergangene Zeiten auch in Teilen der Arbeiterklasse und beim gewerblichen Mittelstand. Deutlich wurde, dass manches nationalistische, völkische und militaristische Denken aus der Zeit des Hitlerfaschismus und auch der Weimarer Republik in der DDR überwintert hatte. Bei dieser geistigen Umorientierung von Bevölkerungsteilen der DDR wirkten sich ohne Zweifel auch die Reflexionen von gesellschaftlichen Prozessen in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten aus.

10 Detlef Oesterreich: *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaft. Der Stellenwert des psychologischen Faktors für politische Einstellungen – Eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West.* Weinheim / München 1993. S. 229.

11 Siehe Norbert Madloch: *Methodologische Überlegungen zur Erforschung des heutigen Rechtsextremismus.* In: Rundbrief. AG Rechtsextremismus / Antifaschismus beim Parteivorstand der Parteivorstand der PDS. Nr. 1. Berlin 2002, S. 10–13.

Abschließend noch ein Wort zu dem in der DDR oft strapazierten Einfluss westdeutscher Ideologen und Medien auf die DDR. Wenn auch die Hauptursachen für die Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR im eigenen Land zu suchen sind, war dennoch von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass sich trotz aller Verbote die meisten DDR-Bürger – wo das möglich war – über westliche Radiosender und Fernsehstationen über Entwicklungen und Meinungen in der BRD sowie anderen westlichen Ländern informierten. Allen war bekannt, dass alle Modewellen in Kleidung, Musik, allgemeinen Verhaltensweisen und anderen Dingen immer nur wenig zeitverzögert in verschiedenen DDR-Bevölkerungsteilen kopiert wurden. Zudem verstärkten sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die direkten Kontakte rechtsextremistischer Gruppen beider deutschen Staaten, über die nicht wenige Materialien in die DDR flossen. Vielfach kam es auch zu direkten Treffen führender Vertreter solcher Gruppen in Prag und Budapest.

Insgesamt ist für eine erschöpfende Antwort auf die Thematik des Beitrages noch viel seriöse Forschung erforderlich. Vor allem fehlen bislang von Sachkunde getragene Analysen rechtsextremistischer Erscheinungen in der NVA und anderen bewaffneten Einheiten der DDR sowie in den so genannten Blockparteien, deren Führungskreise sich bislang erfolgreich um solche Untersuchungen herumgedrückt haben. Auch wird der Kampf um die Deutungshoheit zur Geschichte der DDR kaum an Intensität nachlassen. Vermehrt gibt es aber auch die Erkenntnisse wie jüngst in einer deutsch-schweizer Studie der Universität Bonn, dass am hohen Grad des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern weniger eine Sozialisation in der DDR schuld sei, als vielmehr die hohe Arbeits- und Zukunftslosigkeit in Ostdeutschland.¹²

Zum Schluss sei noch bemerkt, dass wir uns wahrscheinlich noch lange mit den verschiedensten Problemen des deutschen Rechtsextremismus herumschlagen müssen. In Anbetracht der politischen Großwetterlage habe ich wenig Hoffnung, dass es in nächster Zeit zu einer ernsthaften Zurückdrängung und wirklichen Überwindung des Rechtsextremismus in der BRD kommt. Einflussreiche politische Kräfte in der deutschen Bundesrepublik sind daran gar nicht interessiert.

12 Siehe »die tageszeitung« (taz) vom 28.8.2005.

Horst Helas

Der Platz des Antisemitismus im Rechtsextremismus der Gegenwart

Im Januar diesen Jahres, als in Polen und vielerorts auch in Deutschland der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee im Jahre 1945 gedacht wurde, da waren sie auf einmal auch wieder präsent: die antisemitischen Auffassungen und Behauptungen von Rechtsextremisten. Allerdings wurden antisemitische Gedanken im Jubiläumsjahr 2005 mitunter auch hinter allgemeinen Sätzen versteckt, in denen die Worte »Jude« oder »Holocaust« gar nicht vorkamen.

Es waren vor allem zwei Stichworte, die unter anderem zur Relativierung der Einmaligkeit des Verbrechens an den europäischen Juden und zum Herunterspielen anderer Untaten des Nationalsozialismus in den von der Deutschen Wehrmacht überfallenen Ländern Europas dienten: Bombenterror der Alliierten über deutschen Städten und Vertreibung von Deutschen im Osten durch »die Russen«, assistiert von »den Polen«. Hinzu kam die Polemik gegen den Befreiungsbegriff – zumindest für die heute neuen Bundesländer. Die Menschen dort hätten ja nur von einer Diktatur in eine andere gewechselt und letztere sei eigentlich viel schlimmer gewesen, weil sie bis 1989 angedauert habe. Mit dieser Ansicht sind Rechtsextremisten nicht allein.

Gibt es nun Neues zum Platz des Antisemitismus im Wirken der Rechtsextremisten in Deutschland? Die Antwort fällt salomonisch aus: Nein und ja.

1. Zum Nein: Es gibt eigentlich wenig Neues. Die alten antisemitischen Stereotype kommen immer wieder zum Vorschein.

In Wort und Schrift finden sich bei Rechtsextremisten auch heute die bekannten Klischees:

Im August 2004 waren Rechtsextremisten zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel hinter einem Transparent mit folgender Losung aufmarschiert: *Tel Aviv ist nicht Berlin, Israel ist nicht Deutschland und Friedmann ist nicht unser Freund!* Deutlicher geht es eigentlich nicht.

Dieser Tage ist vielerorts in Deutschland, wieder von einer so genannten Schulhof-Aktion die Rede, wo Rechtsextremisten kostenlos eine CD an Schüler verteilen wollen. 200.000 Exemplare sollen hergestellt worden sein, am kommenden Montag soll bundesweit die Hauptaktion auf Schulhöfen, in Schwimmbädern und Jugendklubs

Dem Archiv des »Antifaschistischen Infoblattes Berlin« und anderen antifaschistischen Gruppierungen verdanken wir Empfehlungen zum Umgang mit dieser CD, deren Inhalt letztlich von der Justiz nicht beanstandet wurde. Die Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf hat gemeinsam mit Argumente & Kultur gegen Rechts e.V. in Bielefeld eine »Argumentationshilfe gegen die Schulhof-CD« der NPD ins Internet gestellt. Zu kreativen Aktionen gegen die Verteilung wird ermuntert.

In dem Liedtext der genannten CD »Zeit zu rebellieren«, vorgetragen von der in einschlägigen Kreisen sehr bekannten Annett, heißt es:

»Der Deutsche – so heißt es, sei ein Rassist, doch nein – das ist er wirklich nicht.

*Wir helfen gern, doch irgendwann mal, ist Schluss,
weil ein Land, irgendwann mal, an sein Volk denken muß.*

*Und wenn es die da oben nicht langsam kapiert,
dann wird in Deutschland bald gar nichts mehr passieren.*

Vermischung pur ist das Ende vom Lied –

Und es eine Minderheit an Deutschen in Deutschland gibt.«

Ein Bezug zu Grundkomponenten der nationalsozialistischen Ideologie sind unverkennbar. Mit diesen Aussagen werden das rassistische, fremdenfeindliche Forderungen des Rechtsextremismus von heute unüberhörbar bedient und transportiert. Engagement und Zivilcourage sind gefragt, damit diese Art von Denken in Deutschland in der Minderheit bleibt.

Die Chronik von antisemitischen Schmierereien, verbalen Verleumdungen sowie von Angriffen auf jüdische Friedhöfe und Einrichtungen hat einen erschreckend großen Umfang behalten.

Der versuchte Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung für den Neubau eines Jüdischen Gemeindezentrums in München hat gezeigt, dass es keinesfalls nur um so genannte Propagandadelikte geht, auch wenn diese deutlich überwiegen.

Seit langem bekannt und somit nichts Neues sind die Ansichten selbsternannter rechtsextremistischer intellektueller Vordenker wie Horst Mahler, der kürzlich rechtskräftig zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurde; wie Bernd Rabehl, noch ein ehemaliger Ultralinker, von dem sich sein früherer Arbeitgeber, die Freie Universität Berlin, auch nach seiner Pensionierung entschieden distanzierte; oder wie Ernst Zündel, ein bekannter Holocaust-Leugner, der aus Kanada nach Deutschland ausgeliefert wurde und nun eine Haftstrafe absitzen muss.

Es ist auch nichts Neues, und das soll nicht verschwiegen werden, dass die deutschen Rechtsprechungsorgane in solchen Fällen zwar konsequent vorgehen, allerdings außerordentlich viel Zeit brauchen, bis es zu Anklage und Verurteilung kommt.

Eher mit einem Jein wäre auf folgenden aktuellen Befund zu verweisen:

Nach Einschätzung junger Antifaschisten nimmt die rechtsextremistische Gewalt auf der Straße wieder zu. Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, rassistische Übergriffe auf Ausländer trafen und treffen auch Bürger jüdischen Glaubens, wenn sie als solche an Halsketten oder Kopfbedeckung erkennbar sind. Dies ist an sich nichts Neues. Die Qualität und die zunehmende Zahl der registrierten Vorfälle repräsentieren allerdings eine durchaus ernst zu nehmende höhere Qualität.

Übrigens: Petra Pau wird von den Zuständigen bei ihrer monatlichen Anfrage zu den rechtsextremistischen Straftaten in Deutschland die Antwort auf die Frage verweigert, wie viele Vorkommnisse davon einen antisemitischen Hintergrund haben. Die Palette der Vermutungen, warum das so ist, reicht von bürokratischen Versäumnissen bis zur vielleicht bewussten Verschleierung, weil kein deutsches Bundesland als das antisemitischste öffentlich angeprangert werden will.

2. Zum Ja: Was ist neu beim Antisemitismus von Rechtsextremisten?

Eine Vorbemerkung zum Begrifflichen. In der Publizistik wie in wissenschaftlichen Veröffentlichungen ist oft vom »neuen Antisemitismus« die Rede und es wird darüber gestritten, was denn wirklich das Neue sei. Wenigstens zwei Ebenen seien genannt, die man auseinanderhalten oder zusammendenken muss, wenn es um die Bewertung einzelner aktueller antisemitischer Vorkommnisse und Äußerungen geht.

Erstens meint neuer Antisemitismus seit vielen Jahren ganz allgemein alles, was seit 1945 in diesem Zusammenhang gesagt und geschrieben

wird, in Deutschland wie im Ausland. (Die »Brille von Auschwitz« wurde und wird das auch genannt.)

Zweitens wird seit dem 11. September 2001 eine absolut weltverändernde Zäsur behauptet. Die US-amerikanische Feministin und bekannte politische Publizistin Phyllis Chesler benennt das so:

»Am 11. September 2001 bin ich gegen 11 Vormittags an meinen Computer gegangen und habe den Satz geschrieben: ›Jetzt sind wir alle Israelis.«

Es fängt immer alles mit den Juden an. Osama Bin Laden nannte die Angriffe auf Amerika »heilige Angriffe« gegen die »Ungläubigen ... den neuen Kreuzzug gegen die Christen und Juden.« Er erklärte, dass die Zwillingstürme in sich zusammengefallen seien, weil die Amerikaner Israel unterstützen.

Damit wurde uns nicht nur der Krieg erklärt, sondern dies war auch der Beginn eines neuen Antisemitismus.«¹

Über die Gewichtigkeit dieser Zäsur gibt es unterschiedliche Ansichten; viele Tendenzen, die dem »neuen« Antisemitismus seither erst zugeschrieben werden, hat es auch schon vor dem September 2001 gegeben.

Doch zurück zum Platz des Antisemitismus im heutigen Rechtsextremismus.

Auf vier aktuelle Aspekte will ich hinweisen:

1. Auch Rechtsextremisten wissen, dass man sich heutzutage in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit von selbst ausgrenzt, wenn man offen Juden Hass propagiert. Deshalb sind direkte antisemitische Worte und Taten insgesamt seltener zu beobachten. Viele indirekte Indizien und wortreiche Verschleierungen zeigen aber, dass sich an der antisemitischen Grundeinstellung von Rechtsextremisten wenig geändert hat.

Immer wieder verraten Worte mehr als ihren Autoren lieb ist. Rechtsextremisten wie der NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag Holger Apfel, nehmen das Wort »Pogrom« beispielsweise auch in den Mund, um sich über die Isolierung der NPD durch die anderen Parteien zu beklagen. (Mit solchen ahistorischen, schrägen Vergleichen mit der NS-Zeit ist er übrigens in schlechter Gesellschaft, sie kommen auch bei Vertretern anderer Parteien vor.)

Von Rechtsextremisten werden in den Kommunal- und Landesparlamenten zahlreiche Umverteilungsvorschläge für die knappe Haushaltsmittel unterbreitet, die auf den ersten Blick vernünftig, sozial angemessen klingen: Weniger Geld für die Unterstützung der Jüdischen Gemeinden, Zurückfah-

1 Phyllis Chesler: Der neue Antisemitismus. Die globale Krise seit dem 11. September. Hamburg / Berlin 2004. S. 10.

ren der Programme zur Unterstützung von Projekten, die sich gegen rechte Gewalt, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit richten.

Aber es gibt auch Gegenteiliges: Im Land Brandenburg bot die DVU scheinheilig der Jüdischen Gemeinde ihre Unterstützung beim Verhandeln mit der Landesregierung an. Die Landesregierung hatte vor der Vertragsunterzeichnung, die inzwischen erfolgte, legitimen Prüfungsbedarf zur sachgemäßen Verwendung bereitgestellter Mittel. Dieser Anbiederungsversuch hat der DVU letztlich nichts gebracht.

2. Antisemitische Behauptungen werden von Rechtsextremisten zumeist in abgeleiteter Form vertreten, im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Prozessen, die sie für wesentlicher, von übergeordneter Bedeutung halten: Sich verstärkt »der sozialen Frage« in Kombination mit »dem Ausländerproblem« zu stellen – dies ist eine Forderung, die beispielsweise die NPD von Rechts erreicht und sich mit ihren eigenen Intentionen trifft.

Im Internet war ein Aufruf einer »Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland« zu lesen. Im Text wird zunächst beklagt, dass die »Populisten« Gysi und Lafontaine den Rechtsextremisten Wähler wegnehmen wollen. Abschließend wird dann überraschend die NPD kritisiert: »Es ergeht ... der Aufruf an die NPD und alle nationalen Kräfte, endlich die soziale Frage wirkungsvoll zu thematisieren und im öffentlichen Raum anzusprechen – und zwar auf der Straße und nicht im Hinterzimmer. Und auch nicht durch substanzloses und in letzter Konsequenz kontraproduktives »Unterwanderungsgerede«, sondern durch überzeugende Sozialagitation von nationaler Seite. Die soziale Frage ist in Verbindung mit der Ausländerfrage in ihrer gesellschaftspolitischen Brisanz nicht zu überbieten. Die NPD-Landtagsfraktion in Dresden ist angehalten, endlich die Frage der Ausländerkosten auf die parlamentarische Tagesordnung zu setzen! ... Wenn es uns gelingt, die nationale Frage mit den sozialen Problemen der breiten Masse zu verbinden, dann kann uns nichts mehr aufhalten.«

Die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen haben diese Kombination von Eingehen auf die soziale Frage mit radikaler Fremdenfeindlichkeit auch ohne Rat von außen ins Zentrum ihrer Ideologie und Politik gerückt. Dies wird wohl auch noch längere Zeit so bleiben.

Wenn die Losung »Ausländer raus!« skandiert wird oder Fremde zurück in ihre Heimat geschickt werden sollen, sind immer auch Juden mit gemeint, vor allem jene, die aus der ehemaligen Sowjetunion kamen und in einzelnen Jüdischen Gemeinden in Deutschland schon die Mehrheit darstellen.

Wenn Rechtsextremisten fordern: »Aufträge nur für deutsche Firmen!«, »Weg von der Überfremdung, Rückbesinnung auf unsere nationale Wirtschaft!« ist immer auch mit gemeint, dass hinter den internationalen Kon-

zerne in der Regel »die Juden« stecken (Der in rechtsextremistischen Kreisen übliche Code dazu lautet: »die Ostküste« – der USA.)

Die realitätsferne Forderung in der Programmatik und Politik der Rechtsextremisten nach rascher Rückbesinnung auf den »nationalen Zusammenhalt« im Interesse der »deutschen Wirtschaft« zielt auf eine angenommene Volksgemeinschaft, die vom Firmenchef bis zum Hartz-IV-Bezieher unterschieds- und konfliktlos reichen soll. In Deutschland geborene Juden werden in dieses Boot mitunter gönnerhaft mit aufgenommen – andere in Deutschland lebende Juden alle nicht.

3. Antisemitismus ist schon längere Zeit nicht mehr ein Problem der Auseinandersetzung nur mit Rechtsextremisten. Auf einem anhaltend hohen Niveau sind antisemitische Einstellungen in der so genannten Mitte der deutschen Gesellschaft verfestigt vorhanden. Anders gesagt: Nicht die Rechtsextremisten sind bei der Gegenwehr das Hauptproblem, es ist der verbreitete latente Antisemitismus in allen Bevölkerungsgruppen und bei Anhängern aller demokratischer Parteien in Deutschland.

Das Hauptproblem beim Antisemitismus ist wohl heute – wie bei anderen rechtsextremistischen Einstellungen generell – dass er sich in erheblichen Maße in der Gesellschaft ausgebreitet hat, weit über den »rechten Rand« hinaus. Viele soziologische Untersuchungen belegen einen Anstieg antisemitischer Einstellungen bei der so genannten »normalen« Bevölkerung oder wie es jetzt so gern und verschleiernnd genannt wird: in der »Mitte der Gesellschaft« (wo immer diese präzise verortet werden kann.)

Drei Beispiele seien genannt:

1. In der jüngsten Folge einer Studie eines Teams der Universität Jena über politische Kultur im Freistaat Thüringen, bei der für die Jahre 2001 bis 2003 immer die gleichen Fragen gestellt wurden (»Thüringen Monitor 2004«), heißt es im Kapitel »Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen«:

»Wie im Vorjahr lässt sich für den Bereich der Ausländerfeindlichkeit ein Zuwachs feststellen. Entscheidend dafür ist die erheblich gestiegene Zustimmung zu der Aussage »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.« Die zur Zeit diskutierten massiven Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme bieten offenbar einen geeigneten Nährboden für eine sozioökonomisch motivierte Ausländerfeindlichkeit,. dass derartigen Einstellungen das reale Einstellungsobjekt fehlt, liegt angesichts eines Ausländeranteils von etwa 1,8 Prozent in Thüringen auf der Hand.

(...)

Keine nennenswerten Veränderungen lassen sich bei den Aussagen zum Antisemitismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus feststellen. In beiden Fällen fällt die Zustimmung eher moderat aus. Darin kommt zum Ausdruck, daß dem ‚alten Rechtsextremismus‘, der sich durch die Anknüpfung an Kernelemente der NS-Ideologie auszeichnet, innerhalb des gesamten Rechtsextremismussyndroms nur eine begrenzte Rolle zukommt.«²

2. Das Team um Wilhem Heitmeyer, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, hat die dritte Folge seiner Langzeitstudie »Deutsche Zustände« vorgestellt. In einem Pressebeitrag heißt es: »Und auch antijüdische Ressentiments sind trotz aller Mahnungen und Konferenzen weiterhin stark verbreitet: Der Aussage ›Juden haben in Deutschland zu viel Einfluß‹ stimmen in der Befragung 23,4 Prozent zu (2000: 21,7).«³ Hier sind Probanden aller politischen Grundeinstellungen insgesamt gemeint. Die Soziologen haben aber noch genauer gefragt und zogen folgendes Fazit: Der klassische Antisemitismus in Deutschland stagniert auf niedrigem Niveau, aber 62 Prozent der Deutschen sind es leid, immer wieder von deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.⁴

3. Das Zentrum Demokratische Kultur, das u. a. für verschiedene Berliner Stadtbezirke Studien vor gelegt hat,⁵ beschäftigte sich jüngst auch mit Berlin-Mitte. Aus der im März 2004 vorgelegten Untersuchung zum Thema »Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten demokratischer Intervention« sollen dem Abschnitt: Antisemitismus in Mitte / Tiergarten / Wedding im »ersten Zugriff« nur einige Ergebnisse vorgestellt werden.

Die Autoren der Studie bündeln hinsichtlich »der bekannten antisemitischen Tätergruppen«, die ihnen von ihren Interviewpartnern bei der Beschreibung von Vorfällen geschildert wurden in folgende soziologische Typen:

- a) Personen, besonders Jugendliche mit palästinensischem oder anderem arabischen Hintergrund, vereinzelt auch mit Migrationshintergrund Türkei;
- b) Deutsche Rechtsextremisten;

2 Siehe: Klaus Dicke / Michael Edinger / Andreas Hallermann / Karl Schmitt (Hrsg.): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003. S. 68–69.

3 Siehe »Neues Deutschland« vom 21.10.2004. S. 6.

4 So Aribert Heyder / Julia Iser / Peter Schmidt in einem Text anlässlich der Präsentation der Studie.

5 Studien gibt es außerdem inzwischen u. a. über Hohenschönhausen / Lichtenberg, Treptow/Köpenick und Marzahn/Hellersdorf.

c) Deutsche Durchschnittsbevölkerung, vereinzelt mit christlichem Impetus.⁶

Kommentierend heißt es an einer Stelle der Studie: »Die Analyse zeigt das breite Spektrum antisemitischer Phänomene. Viele dieser Ereignisse sind nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinne relevant; prägen jedoch maßgebend das politische demokratische Klima besonders für jene Personen, die von antisemitischen Klischees betroffen sind.

Auffallend ist weiterhin das breite Spektrum der Tätergruppen. Antisemitismus läßt sich somit nicht auf kleine Personenkreise begrenzen, sondern ist offensichtlich eine Ideologie, die sich quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen durchzieht. Sie kann damit als Querschnittsideologie bezeichnet werden.«⁷

In der Untersuchung kamen aber auch Betroffene selbst zu Wort. Eine Jüdin schildert ihre alltäglichen Erfahrungen mit Antisemitismus mit folgenden Worten:

»Wenn ich mich dann mal klagend geäußert habe, meinen deutschen Mitbewohnern gegenüber, wie schwer es für mich ist dort zu wohnen. In dem Zusammenhang alleinstehende Frau sozusagen. [...] Weil man als besonders schwach erlebt wird, wurde mir dann gesagt, dann soll ich doch nach Israel gehen. Da kommt man ja wieder in einen doppelten Konflikt, der einen einfach begleitet als jüdischer Mensch in diesem Land, sicherlich auch woanders, das Gefühl, man wird nicht gerne gehabt. Sobald man Schwierigkeiten hat, wird man auf der einen Seite darauf verwiesen, dieses Land zu verlassen. Und auf der anderen Seite wird einem die politische Situation in Israel, wohin man auswandern soll, gleichzeitig zum Vorwurf gemacht, wo man für das politische Geschehen eines Staates dort verantwortlich sei. Ich bin hier geboren und groß geworden, auch die ganze Familie ist deutsch wie nur irgendwas. Nicht um das herauszustellen, dass für mich auswandern genauso fremd vorkommt, wo ich mich natürlich an geschichtlich-vergangene Zeiten erinnere, wo Menschen, die den gleichen Glauben hatten, wie ich eben auch, denen eine Rasse zugesprochen wurde, denen die Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde. Und für mich ist diese Aufforderung, auszuwandern nach Israel, ist schon auch ein Stück abschwächen meiner deutschen Staatsbürgerschaft. Als sei die für mich weniger wert. Ich möchte dazu betonen, dass das nicht unbedingt Leute waren, die das böse

6 Aspekte der Demokratiegefährdung. im Berliner Bezirk Mitte. und. Möglichkeiten der demokratischen Intervention. Berlin 2004. S. 76.

URL: www.zentrum-demokratische-kultur.de/pdf/studie_mitte.pdf

7 Ebenda. S. 79.

meinten. Das empfinde ich schon als eine, sagen wir mal, latente antisemitische Haltung.«⁸

Die Autoren heben in ihrer Studie mit Nachdruck hervor: »Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß Stereotype von Juden nichts, aber auch gar nichts über Juden, sondern nur viel über den aussagen, der sie verwendet.«⁹

4. Rechtsextremisten kommen gegenwärtig sehr oft in die für sie angenehme Lage, dass sich die gesellschaftliche Debatte auf andere Gruppen konzentriert, wenn Antisemitismus verortet wird. »Die Linken« (wer alles dies auch sein mag) und alle Anhänger des Islam werden am häufigsten genannt und attackiert.

Es ist hier heute nicht mein Thema, aber zumindest will ich betonen, dass es dafür immer wieder Vorkommnisse gibt, die solche Behauptungen nähren.

Zu »den Linken«:

»Der Linken«, wer immer das alles ist, wird massiver als bislang vorgeworfen, Antisemitismus in ihren Reihen zu dulden. Unter dem Deckmantel von Solidarität mit den Palästinensern habe die Kritik an bestimmten politischen Aktivitäten der Regierung Israels antijüdischen Charakter.

Jüngstes Beispiel für Antisemitismus bei »den Linken«: Julika Bürgin, Bildungsreferentin des DGB in Thüringen, berichtete kürzlich auf einer Veranstaltung in Berlin zu Bildungsbausteinen gegen Antisemitismus folgendes:

Im Mai diesen Jahres erschien die Mitgliederzeitung der IG Metall »metall« mit einer Karikatur als Titelblatt. Ein Insekt mit Zylinderhut und die Fahne der USA waren abgebildet, dazu die Worte: Die Aussauger. Im Begleitartikel war dann nicht nur Kritik an US-amerikanischen Investoren in Deutschland zu lesen. Empörte Reaktionen, die darin in der Tendenz Antisemitismus erkannten, wies die Redaktion zurück und im nächsten Heft wurden Karikatur und Grundargumente wiederholt. Zumindest haben Vergleiche mit Insekten und eine Fokussierung auf US-amerikanische Firmen einen fatalen Beigeschmack.

Islamophobie:

Eine wirklich skandalöse Behauptung macht derzeit in der interessierten und engagierten Öffentlichkeit die Runde, eine skandalöse antijüdische, in der politischen Debatte wenig hilfreiche polemische Aussage:

8 Siehe: Klaus Dicke / Michael Edinger / Andreas Hallermann / Karl Schmitt (Hrsg.): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. S. 77–78.

9 Siehe: Ebenda. S. 79.

»Seit dem Elften September tobt in Europa eine Kristallnacht gegen die Muslime; ihre Exterminierung [Vertreibung, Ausrottung] steht bevor. Die Muslime von heute sind die Juden von einst.« (Saad Eddine Taib, Advisor of the Secretary General of the Organization of the Islamic Conference, OSZE-Konferenz in Cordoba 9.6.2005)¹⁰

Völlig berechtigt herrscht gegenüber solchen Ansichten in der jüdischen Community und bei allen Demokraten, auch solchen, die Muslime sind, ein Kurs der strikten Zurückweisung. Unsere besondere Verantwortung als Linke besteht darin, auch in diesem Zusammenhang den so genannten Antideutschen und bestimmten autonomen linken Gruppen, die solchen Aussagen etwas Positives abgewinnen, entgegenzutreten, mit ihnen zu debattieren. Gleichzeitig haben wir noch sehr viel zu tun, um mit den Organisationen der in Deutschland lebenden Ausländer auch zum heiklen Thema Antisemitismus erst einmal ins Gespräch zu kommen.

Ende April vergangenen Jahres fand in Berlin eine spezielle Konferenz aller OSZE-Staaten zum Thema Antisemitismus statt. Vor einigen Wochen folgte im spanischen Cordoba eine Nachfolgekonzferenz mit einem ernüchternden Ergebnis. Viele OSZE-Staaten halten es nicht für erforderlich, gegen Antisemitismus besonders vorzugehen, dies sei eine klar zu verurteilende Haltung – wie gegenüber anderen Minderheiten auch: verbale und tätliche Angriffe auf Behinderte und Homosexuelle, Sinti und Roma sowie auf Ausländer. Damit wird indirekt die besondere Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus relativiert. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen, die in letzter Zeit ihre Aktivitäten im Kampf gegen den Antisemitismus aktiviert haben, wollen das nicht hinnehmen. So wie nichtstaatliche Organisationen seit April vorigen Jahres den OSZE-Prozeß zum Antisemitismus kritisch und konstruktiv begleitet haben, heißt es jetzt in einer Erklärung an die kommende Bundesregierung und alle demokratischen Parteien:

Antisemitismus bleibt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Problem, welches unsere Demokratie bedroht. Deswegen ist es nötig, wachsam zu bleiben und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Als Sachverständige, die auf eine lange Erfahrung bei der Bekämpfung des Antisemitismus verweisen können, empfehlen wir, die im NGO Forum Berlin vertretenen Nichtregierungsakteure, der jetzigen und zukünftigen Bundesregierung die Umsetzung folgender Maßnahmen (folgen 8 Forderungen).

Dazu Stellung zu nehmen, sind wir aufgefordert.

¹⁰ Zitiert nach: www.typoskript.net.

Noch ein Letztes:

Ohne es näher ausführen zu können: Rechtsextremisten verstehen es sehr gut, die Möglichkeiten der formalen Demokratie, der Rechtsprechung und staatlichen Handlungspraxis in Deutschland für sich zu nutzen.

Wenigstens erwähnt werden soll, dass in den letzten Monaten mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe äußerst kontraproduktiv gewirkt haben:

Negativ: Bochumer Synagoge, Waffen-SS-Urteil

Positiv: Verbot des Aufmarsches in Wunsiedel, Verschärfung des Versammlungsrechts und der Bannmeilen-Reglung in Länderhoheit.

Legislative Staatsorgane wie Ordnungsämter, Polizei und Verfassungsschutz und der Justizapparat verschiedener Ebenen werden konsequent und oft mit Erfolg von Rechtsextremisten genutzt. Die formale, dem Buchstaben des Gesetzes folgende Demokratie, Gesetzestext und tatsächliche Rechtsprechung, ziviler Ungehorsam und spontane Bürgerwehr einerseits und Sicherheitspartnerschaft mit Ordnungshütern – es ist ein weites Feld im Sinne von Fontane.

II.

Rechte Alltagskultur – Phänomen des Ostens?

Werner Bramke

Rechte Alltagskultur in Sachsen – Historische Wurzeln, aktuelle Erscheinungen

Das Thema der Konferenz zielt in besonderer Weise auf die Wähler rechts-extremistischer Parteien heute und ihre Herkunft aus der DDR. Diese Zielstellung ist berechtigt, auch wenn wir berücksichtigen, dass in Ostdeutschland die Mehrzahl der Aktivisten des Rechtsextremismus und ein erheblicher Teil seiner Wähler vergleichsweise jung sind. Die Sozialisation der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft in der DDR und die Überlieferungen über das Leben im verblichenen sozialistischen Staat zeitigen noch Wirkung, nicht zuletzt politische Wirkung im Alltag. Auch das Leitmotiv des zweiten Schwerpunktes unserer Tagung, die Frage: »Rechte Alltagskultur – Phänomen des Ostens?« hat seine Berechtigung. Ich beantworte die Frage mit der die folgenden Ausführungen überschreibenden These so: Rechte Alltagskultur ist nicht allein eine Erscheinung im Osten, aber sie hat im Osten eine besondere Färbung, und zwischen den ostdeutschen Bundesländern gibt es weit mehr als nur unterschiedliche Schattierungen.

In den vorangegangenen Beiträgen wurde zu Recht die Brisanz der sozialen Frage im Osten hervorgehoben. Sie bestimmt auch maßgeblich die Alltagskultur.¹ Ich werde diesen Zusammenhang berücksichtigen, aber stärker auf die Kultur im engeren Sinne (ästhetische Aktivitäten) und die politische Kultur (Einstellungen, Normen, Werte, der Umgang mit diesen) eingehen und mich dabei auf Sachsen konzentrieren.

Wie aktuell rechte Trends in der Alltagskultur Sachsens sind, verdeutlichte am 6. September 2005 die »Frankfurter Rundschau« mit einem Situationsbericht aus Königstein, wo der Landtagsabgeordnete Uwe Leichsenring von der NPD beträchtliches Ansehen nicht nur als Inhaber einer Fahrschule

¹ Darauf verweist auch ein nach der Tagung erschienener Essay. Siehe Annette Rummelsbürger: Erkundungen zu Ostdeutschland. In: »Aus Politik und Zeitgeschichte« (APuZ). 2005. Nr. 42 (17.10.2005). S. 3–8.

genießt und der Geschäftsführer des Tourismus-Vereins (SPD-Mitglied) problemlos mit der Lebensgefährtin von Leichsenring zusammenarbeitet. Aufschlussreich ist auch die Antwort des Bürgermeisters auf die Frage nach dem Einfluss von NPD-Leuten und den Ursachen nach deren Ansehen in der 3.000 Einwohner-Stadt: »So einfach ist das alles nicht.« Dann, nach einigem Nachdenken, zählt er auf: Einer habe ihm gesagt: Ärger über seinen Strafzettel; ein anderer: sein Nachbar parke dauernd vor seiner Garage. Das würde die Wähler viel stärker bewegen als Wahlprogramme, z. B. das der NPD, mit denen sich die Leute nicht befassen, deren Widersprüche sie nicht durchschauen. So wählen sie NPD, welche die Fruststimmung am besten aufgreift. Der Autor Bernhard Honnigfort berichtet aber auch über eine Patriotismusdebatte im August in Reinhardtsdorf-Schönau (25 % NPD-Wähler zur letzten Landtagswahl) mit 50 Teilnehmern, auf welcher der Exminister Matthias Röbeler, »Landesbeauftragte für Patriotismus und Heimatgefühl« (Honnigfort), sprach und der Bundestags-Abgeordnete Klaus Brämig (CDU) anwesend war, dazu 12 NPD-Leute und vier Skinheads. Uwe Leichsenring genoss die Anwesenheit der CDU-Politiker und sagte süffisant, »es müsse ja nicht überall NPD draufstehen, wo NPD drin sei«.

Zur Erklärung der seit Beginn der neunziger Jahre nicht abreißenden Äußerungen von Rechtsextremisten wird das Nachwirken der DDR-Sozialisation oft als entscheidende Ursache benannt, also auf das Alltagsleben in der DDR abgehoben.² Dabei wird zumeist mehr spekuliert als überzeugend argumentiert. Werte und Normen verändern sich nur in langen Zeiträumen, meist begünstigt durch Brüche, so dass es notwendig erscheint, weiter zurückzugehen, zumal Äußerungen von konservativer Seite Werte und Einstellungen zeigen, die bereits vor 1900, vor allem in der Zwischenkriegszeit, artikuliert wurden. Als entscheidender Bruch wird in der neueren Forschung vor allem der Erste Weltkrieg angesehen.³

Auch wer nicht die These des amerikanischen Diplomaten und Politologen George F. Kennan von der »Urkatastrophe« teilt, wird bei gründlicher Prüfung der Faktoren, die die Herausbildung des »modernen« Rechtsextremismus bewirkten, an der entscheidenden Zäsur durch den Ersten

2 Im Konferenzbeitrag von Gert Wiegel über Aktivitäten gegen Rechtsextremismus in Thüringen schimmerte diese Auffassung auch durch, während Elmar Brähler in seinen Ausführungen über Ost-West-Unterschiede sich diesbezüglich zurückhielt.

3 In den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts förderte die These, der Erste Weltkrieg sei die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts« gewesen, eine Vielzahl von kulturgeschichtlichen Studien, die den Auswirkungen dieses ersten globalen Krieges auf politische Kultur, Mentalitäten und Verhalten im Alltag in den Jahrzehnten nach dem Krieg besonders in Europa nachgingen. Siehe dazu Hans Mommsen (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik. Köln / Weimar / Wien 2000.

Weltkrieg nicht vorbeikommen. Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts brachte mit der Konstituierung des rassistischen Antisemitismus und dessen politischer Organisation zwar eine neue Stufe in der Entwicklung anti-liberaler, antidemokratischer und antisozialistischer Bewegungen, die aber erst nach dem »großen Krieg der weißen Männer« (Arnold Zweig) in rechts-extreme Massenorganisationen und auf solche gestützten Diktatoren in Europa mündete. Beispielhaft waren dafür Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien, Portugal, Polen, in abgeschwächter Form auch Frankreich. Die Brutalität in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner erreichte erst nach dem Ersten Weltkrieg, und zwar unmittelbar nach dem Krieg⁴, praktiziert vor allem durch faschistische und faschistoide Verbände jenes exzessive Maß, das im 20. Jahrhundert für den Kampf rechtsextremer und häufig überhaupt rechtskonservativer Kräfte gegen fast alle Varianten demokratischer Politik charakteristisch war.

Um einem Missverständnis vorzubeugen, sei von vornherein davor gewarnt, direkte Parallelen in der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg und den an seinem Ende folgenden Revolutionen oder revolutionären Unruhen sowie den Umbrüchen 1989/90 ziehen zu wollen. Es geht nur darum zu zeigen, wie die damalige politische Konstellation ganz allgemein durch politische, wirtschaftliche und soziale Verunsicherung Polarisierungen begünstigte und nationalkonservatives und rechtsextremistisches Denken, z. T. sogar organisiertes Handeln zusammenführte. Und es geht auch darum, der Frage nachzugehen, inwiefern eine gewisse Kontinuität begünstigender Faktoren für Rechtsextremismus von den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts erkennbar ist.

Vorauszuschicken ist, dass im vermeintlich »roten Königreich« Sachsen nie die kulturelle bürgerliche Hegemonie in Frage gestellt gewesen war und dass die Novemberrevolution daran nichts grundsätzlich änderte. Auch in den sozialen, kulturellen und Sportvereinen der Arbeiterbewegung verbanden sich proletarische Werte wie Solidarität mit bürgerlicher Vereinsmeierei sowie – in der Kultur im engeren Sinne – mit bürgerlichen Kulturinhalten.⁵ Die »klassische Moderne«, die in der Berliner, vorwiegend kommunistisch beeinflussten Arbeiterkultur-Szene eine so große Rolle spielte, hatte in Sachsen kaum Chancen. Die Verunsicherung durch die Revolution und ins-

4 Siehe dazu Dirk Schumann: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen *middle classes*). In: Hans Mommsen: Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. S. 83–105.

5 Siehe dazu Thomas Adam: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig. Weimar 1999. Derselbe: Wie bürgerlich war das sozialdemokratische Milieu? In: *Comparativ* 9(1999). H. 2. S. 30–42.

besondere die Existenz der Arbeiterregierung unter Erich Zeigner 1923 ließen das Bürgertum in seiner großen Mehrheit immer weiter nach rechts rücken, weiter als in der Mehrzahl der deutschen Länder. In Sachsen war der Linksliberalismus seit 1920 besonders schwach, so dass ein Kompromiss zwischen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien selbst auf kommunaler Ebene kaum möglich war.⁶ Dafür arbeiteten die zahlreichen und zahlenmäßig starken nationalistisch-militaristischen Organisationen wie die Kriegervereine⁷ und die Wehrverbände mit deutlich faschistischen Tendenzen eng mit den das Bürgertum beherrschenden Parteien Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei zusammen. Die ganz überwiegend konservativ-nationalistischen bürgerlichen Honoratioren hätschelten Kriegervereine und Wehrverbände, deren Führer z. T. selbst zu dieser Honoratiorenschaft gehörten.

Wie stark nach dem Sturz der Zeigner-Regierung die nationalistisch-konservativen Kräfte waren und dies in der Öffentlichkeit demonstrierten, bewies der 1. »Reichskriegertag« am 18. Oktober 1925 in Leipzig. Initiator war der »Reichskriegerbund Kyffhäuser«, die Dachorganisation der meisten Militärvereine, der 100.000 seiner Mitglieder zum Aufmarsch, vordergründig zur Erinnerung an die Völkerschlacht von 1813, nach Leipzig rief.⁸ An der Seite der Kriegervereinsmitglieder marschierten 25.000 Angehörige der Wehrverbände, vor allem des »Stahlhelm«, aber auch Mitglieder kleinerer Wehrverbände wie des Bundes »Wicking« mit offen faschistischer Ausprägung.

Das eigentliche Ziel des Aufmarsches bestand in der Demonstration der Stärke seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und der Einschüchterung der demokratischen Kräfte. In den Reden dominierten die offene Feindschaft zur Republik, die als »Judenrepublik« beschimpft wurde, und die Hetze gegen die Siegermächte, vor allem gegen Frankreich. Oberbürgermeister Karl Rothe, parteilos, der Deutschen Volkspartei nahe stehend, begrüßte mit warmen Worten die Gäste. Leipzig verschwand unter einem Meer schwarz-weiß-roten Fahnen. Symbole der Republik oder der Arbeiterbewegung waren nicht zu sehen, Gegendemonstrationen blieben

6 Siehe dazu Werner Bramke: Sachsen und Leipzig 1918 bis 1934. Die Wechselwirkung zwischen Land und Großstadt. In: Werner Bramke / Ulrich Heß (Hrsg.): Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert. Weimar / Köln / Wien 1995. S. 401–413.

7 Den Kriegervereinen gehörten nicht so wenige Sozialdemokraten an, vor allem in ländlichen Gemeinden, in denen Kriegervereine kulturell, z. T. auch politisch den Ton angaben.

8 Siehe Werner Bramke: Wanderer ins Nichts. Zum 1. Reichskriegertag 1925 in Leipzig. In: Sächsische Heimatblätter. 24(1998). H. 3. S. 131–134.

fast völlig aus. Alle Kirchen waren den Teilnehmern dieses Aufmarsches weit geöffnet, am Völkerschachtdenkmal fand ein schwülstiges »Weihenspiel« mit Teilnahme zahlreicher Chöre, darunter auch der Thomaner (!), statt.

Das Leipziger Treffen war und ist z. T. bis heute von paradigmatischer Bedeutung für das Auftreten rechtsradikaler Bewegungen. Da ist vor allem die Betonung des »Nationalen«, die auch Kritikern rechtsextremer Organisationen (wie der NSDAP, die in Gestalt von Ludendorffs »Tannenbergbund« in Leipzig am Rande Krawalle provozierte) eine Heimstatt bietet. Fahnen, vor allem Traditionsfahnen der Regimenter des alten Heeres und andere »Ehrenzeichen« von stark symbolischer Bedeutung sollten Emotionen wecken und kritisches Nachdenken über die Geschichte verhindern. Die geschickte Einbindung von Elementen der Hochkultur in die vielfachen z. T. massenwirksamen Darbietungen von künstlerisch zumeist trivialem Anspruch suggerierten eine kulturelle und politische Volksgemeinschaft, die dem Unternehmer wie dem Arbeiter und Angestellten, dem Hochschullehrer und dem Volksschüler etwas gab. Nicht soziale Gegensätze, sondern eine vermeintlich falsche nationale Politik der Republik würde das Volk spalten und sie, die rechten Demonstranten, würden die Einheit wieder herstellen.

Diese Verallgemeinerung kann freilich nur dann Aufschlüsse für heutige Erscheinungen des Rechtsradikalismus vermitteln, wenn beachtet wird, warum starke Diskontinuitäten in der Entwicklung der radikalen Rechten das kontinuierliche Moment nie ganz verschwinden ließen.

Die Errichtung der NS-Herrschaft war möglich durch die Verbindung der traditionellen antidemokratischen bürgerlichen Eliten mit den von diesen geförderten Emporkömmlingen des Nationalsozialismus. Für unsere Fragestellung ist wichtig festzustellen, dass es in der Alltagskultur des militanten Nationalismus und des »gemäßigten« Rechtsextremismus etwa des »Stahlhelm«, der schon 1929 mit dem Hitler-Faschismus einen Pakt abschloss, nur wenig Veränderungen gab. Der Präsident des Kyffhäuserbundes General a. D. Rudolf von Horn, ein Vertrauter des langjährigen Chefs der Heeresleitung General von Seeckt, konnte 1934 sagen: Wir »brauchten nicht umzulernen«.⁹ Kriegervereine und Stahlhelm wurden in die SA eingegliedert, Feiern, Reden, Aufmärsche und Symbole änderten sich kaum. Nach der bedingungslosen Kapitulation 1945 konnten sich die alten Organisationen in Westdeutschland bald neu konstituieren, begünstigt durch den Kalten

9 Zit. nach Werner Bramke: Die Funktion des Kyffhäuserbundes im System der militaristischen Organisationen der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Militärgeschichte. 10(1971). H. 1. S. 78.

Krieg generell und auch dadurch, dass einige ihrer Führer bei den Nazis in Ungnade gefallen oder – im seltenen Fall – zum national-konservativen Widerstand gestoßen waren, was zur Legitimierung der alten Verbände beitrug.

In Ostdeutschland erhoben die neuen Führungen von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen den Anspruch, für immer mit Militarismus und Nationalismus und damit mit dem Rechtsextremismus zu brechen. Eine Vielzahl von Maßnahmen entsprach den erklärten Zielen: das Verbot aller militaristischen Organisationen und der Betätigung im Ungeist von Rassismus, Militarismus und Faschismus. Auch die Enteignung von Trägern dieser Ideologie und Politik war geeignet, der von den Siegern über Nazi-Deutschland geforderten grundsätzlichen Umkehr deutscher Politik Stetigkeit zu verleihen.

Aber wichtige Unterlassungen und mehr noch grundsätzliche Demokratiedefizite minderten die Wirkung der skizzierten Maßnahmen. Nur in der frühen Zeit der antifaschistisch-demokratischen Phase im Aufbau einer neuen Gesellschaft erfolgte die Auseinandersetzung mit den kleinen Mitläufern des NS-Regimes bzw. mit den Verstrickungen der Mehrheit im Alltag vor allem während des Zweiten Weltkrieges. Das hing zusammen mit dem Defizit an freier Mitbestimmung in der DDR, welche es erst ermöglicht hätte, über Bürgerinitiativen, Geschichtswerkstätten, Einrichtungen einer freien Kulturszene über den Alltag im so genannten Dritten Reich die Auseinandersetzung zu führen. So konnte sich der einzelne der Auseinandersetzung in seinem Umfeld entziehen, zumal die Schule diesbezüglich wenig Anregungen gab, bohrende Fragen an die Eltern zu richten. Bemühungen in dieser Richtung durch Künstler kamen relativ spät und wurden von der eigenen Staatsmacht oder den »Freunden« kritisiert, wenn sie z. T. – wie Christa Wolf mit »Kindheitsmuster« (1976) – auch die Besatzungsmacht mit kritischen Augen sahen.

In der Geschichtswissenschaft förderten erst die Arbeiten an einer Geschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg seit den siebziger Jahren und neue Sichten auf den antifaschistischen Widerstand in den achtziger Jahren den Blick auf die Mitschuld der »kleinen Leute«. Aber die damit verbundene Diskussion blieb, und das war das eigentlich Problematische, weitgehend auf die Zirkel der Fachleute beschränkt. Das weitgehende Auslassen der Selbstbefragung in der Familie und im Bekanntenkreis, das Fehlen einer öffentlichen Diskussion ließen zu, sich unschuldig oder bestenfalls »schuldlos schuldig« im Sinne der klassischen Tragödie zu fühlen, wenn der eigenen Zwangsarbeiter im Handwerksbetrieb oder in der Bauernwirtschaft gedacht wurde. Das Mittun der einfachen Soldaten etwa beim Vernichtungswerk auf dem Rückzug im Osten wurde nicht oder kaum hin-

terfragt. Höchstens am Stammtisch oder überhaupt unter Einfluss von Alkohol in Diskussionen im vertrauten Kreise erinnerten sich ehemalige Soldaten an früheres Erleben, oft ohne Schuldkomplexe oder solche unterdrückend. Die offizielle Lehre von der Schuld der Herrschenden, im Kern richtig, doch komplizierte Zusammenhänge simplifizierend, ermöglichte die Verdrängung. Kindern und Enkeln blieben notwendige Klärungsprozesse zum Verständnis von Verführung und Verführtsein zu oft verschlossen. Als dann eine andere Welt über sie kam, standen sie den Einflüssen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus oft hilflos oder gar empfänglich gegenüber.

Und außerdem lebten gewisse Traditionen des Militarismus, der zumeist mit dem Rechtsextremismus Verbindungen eingeht, mit der Nationalen Volksarmee, vor allem seit Einführung der Wehrpflicht, wieder auf. Das Soldatsein ist immer, auch unter demokratischen Verhältnissen, mit ausgeprägter Subordination und mit Gewaltausübung oder dem Erleiden von Gewalt verbunden. Das militärische Gepränge mit Paraden, Fahnenweihen, bewusst auf eine starke Symbolik ausgerichtet, die mehr suggeriert als erklärt, begünstigt so genannte Kameradschaften, in denen der Glaube an Führung und Führer, ein primitives Verständnis, sich als Elite zu sehen, Platz greifen können. Nicht umsonst wurden in der NVA der späten DDR Tendenzen des Rechtsextremismus beobachtet. Die skizzierten Mängel oder Unterlassungen der DDR konnten nach der Vereinigung von ideologisch geschulten Rechtsextremisten der westlichen Länder genutzt werden, sozial und politisch orientierungslose Jugendliche im Osten anzusprechen. Das Wertesystem der DDR, das Jugendliche schon seit den siebziger Jahren zunehmend gleichgültiger geworden war, wurde per Order abgeschafft. Das neue wurde aber schnell ebenso skeptisch bewertet, weil es Jugendlichen im Osten wegen ihrer sozialen Verunsicherung weniger anwendbar erscheinen musste als ihren Altersgenossen im Westen. Rechte Rattenfänger aus dem Westen, die gerade das demokratische System des Westens attackierten, erschienen als glaubhafte Heilsbringer.

Hätte es aber nicht über einen langen Zeitraum gewachsene Voraussetzungen im Osten dafür gegeben, wäre die inzwischen relativ stabile, auch organisatorische Verankerung des Rechtsextremismus im Osten und zumal in Sachsen nicht möglich gewesen. Zumindes in diesem Bundesland Ostdeutschlands haben die rechten Bewegungen eine eigene Prägung erhalten, die vor allem im politischen wie soziokulturellen Alltag erkennbar sind. Das herausragende Moment ist dabei der fließende Übergang vom »honorigen« Rechtskonservatismus zum Rechtsextremismus, wie er sich in der NPD artikuliert. Das eingangs angeführte Beispiel aus der »Frankfurter Rundschau« ist mit seiner kaum noch verdeckten Nähe zwischen rechten CDU-Politikern und NPD-Funktionären durchaus kein Ausnahmefall.

Das Auftreten nicht so weniger CDU-Politiker vor allem im Sächsischen Landtag schon in dessen erster Legislaturperiode verwies auf das Wiederaufleben der alten Polarisierung zwischen den politischen Lagern. Wegen der Schwäche der SPD hatte sich allerdings das Kräfteverhältnis im Vergleich zur Zeit bis 1933 eindeutig zu Gunsten der rechtsbürgerlichen Kräfte verschoben. Anders als in Monarchie und Weimarer Republik wollte die jetzige eigentliche Linke, verkörpert durch die PDS, sich und ihre Anhänger in das herrschende politische System integrieren. Wenn nicht alles täuscht, wurde es in keinem anderen ostdeutschen Land der PDS so schwer gemacht, am demokratischen Leben zu partizipieren. Das hatte eben mit dem Übergewicht des politischen Konservatismus in Sachsen und mit ausgeprägt rechten – was nicht heißen muss: rechtsextremen! – Einstellungen zu tun. Die Berichterstattungen über Sitzungen im Landtag verdeutlichen, dass bedenkliche Äußerungen von CDU-Politikern zum politischen Alltag gehörten, auch deshalb, weil die führenden christdemokratischen Politiker sich wohlwollend gegenüber solchen Äußerungen verhielten. Um so unehrlicher wirkt dann der immer wieder von der CDU erhobene Vorwurf, PDS und NPD seien wenigstens Nachbarn.

Als 1998 in Dresden die Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen von der NPD attackiert wurde, machte die PDS-Fraktion dies zum Gegenstand einer aktuellen Debatte. Gegen die Positionen der PDS und SPD, die die Ausstellung als notwendig bezeichneten und bedauerten, dass diese nicht im Landtag selbst gezeigt wurde, sprach der CDU-Abgeordnete Volker Schimpff von »grauenvollen Bildern und erschreckenden Texten«, von »Verfälschungen und Entstellungen«. Der Berichterstatter notierte bei diesen Worten: »Ministerpräsident Kurt Biedenkopf signalisierte dem Redner mit Kopfzeichen Zustimmung.«¹⁰

Schimpff, der schon vorher durch besonders nationalistische Töne aufgefallen war, immer goutiert durch seine Fraktion, leistete sich im Frühsommer 2002 eine Provokation, die eigentlich bundesweites Aufsehen hätte erregen müssen. Zum Antrag der CDU »Menschenrechte und Erweiterung der Europäischen Union«¹¹ hatte einleitend der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Fritz Hähle viel zum Unrecht der Vertreibung der Deutschen aus den so genannten Sudeten und wenig zum deutschen Unrecht gegenüber der CSR gesagt und damit unterstrichen, warum seine Fraktion und die Landesregierung die Annullierung der »Beneš-Dekrete« als Voraussetzung für die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union verlangten. Dieses faktische Ultimatum wies ich im Namen

10 »Der Tagesspiegel« vom 14.1.1998.

11 Siehe Sächsischer Landtag. Plenarprotokoll 3/66 (14. Juni 2002). S. 4530–4536.

der PDS-Fraktion mit der Begründung zurück, die Exilregierung der ČSR habe im Einklang mit den Alliierten gehandelt, als sie die Zwangsausiedlung der Deutschen aus den tschechischen Grenzregionen vorbereitete und durchführte, und zwar als Maßnahme der Wiedergutmachung und auch weil die Führungen der Sudetendeutschen einen beträchtlichen Anteil an der Vorbereitung des deutschen Einmarsches 1938 gehabt hatten. Ich appellierte, unterstützt vom SPD-Sprecher Peter Adler, das Vertrauen, das sich Deutschland in Europa inzwischen erworben hatte, nicht durch Forderungen wie die im Antrag zu gefährden. Schimpff, der den zweiten CDU-Beitrag halten sollte, gab diesen zu Protokoll, bezichtigte mich aber in einer Bemerkung der »Apologie des Völkermordes«. ¹² Ich erwiderte darauf in einer Erklärung u. a.: »Wenn er (V. Schimpff – W. B.) mir unterstellt, ich bin ein Apologet des Völkermordes, dann unterstellt er der Tschechischen Republik von 1945/46 den Völkermord. Das ist wohl ungeheuerlich. Können Sie (Wendung an alle Abgeordneten – W. B.) sich vorstellen, was das für Folgen hat, wenn das wirklich in der Öffentlichkeit diskutiert wird?« ¹³

Die Kontroverse wurde in der regionalen Presse mehrfach, aber relativ kurz behandelt, nicht zuletzt wegen der Proteste in Tschechien und Polen. Die überregionalen großen Tageszeitungen hüllten sich in Schweigen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, weil sonst die PDS positiv wegen ihrer Wachsamkeit hätte erwähnt werden müssen. Dabei hätten frühe Signale über wiederholte Äußerungen von CDU-Politikern in Sachsen, wären sie von außerhalb des Freistaates gekommen, darauf aufmerksam machen können, dass im Freistaat ein politischer Nährboden entstanden war, der dem Rechtsextremismus günstige Entfaltung ermöglichte. Schimpffs Ausfälle gegen Tschechien stellten im Grunde eine größere Provokation dar als die Klassifizierung der Zerstörung Dresdens 1945 als »Bomben-Holocaust« durch einen NPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag.

2005, nach diesem parlamentarischen Eklat, begannen sich die überregionalen Medien plötzlich als Wächter gegen die rechte Gefahr aufzuspielen, so bei einer Recherche des Polit-Magazins »Kontraste« Anfang 2005. ¹⁴ Da wurden Äußerungen der CDU-Abgeordneten Steffen Heitmann und Andreas Grapatin ausgegraben, die 2001 – wiederum an die Adresse der PDS gerichtet – die Deportationen der Juden in der NS-Zeit mit der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa verglichen. So nützlich solche Enthüllungen an sich waren, sie kamen spät, zu spät. Frühe Warnungen hätten eine frühe, vielleicht rechtzeitige Prävention ermöglicht.

¹² Ebenda. S. 4533.

¹³ Ebenda. S. 4535.

¹⁴ Siehe dazu eine Kolumne von Rainer Braun in: »Neues Deutschland« vom 4. Juli 2005.

Um den Bogen noch einmal zur Zeit von 1945 zu spannen: In der Weimarer Republik hatte die Förderung rechtsextremistischer Verbände durch die bürgerlichen Honoratioren im politischen Alltag eine unheilvolle Mischung geschaffen. Auch im kulturellen Bereich im engeren Sinne, wie am Beispiel des »Reichskriegertages« gezeigt worden ist. Längst nicht alle dieser Honoratioren waren Nazis, manche gerieten nach 1933 mit diesen in Konflikt, einzelne schlossen sich dem Widerstand an. Aber die Mehrzahl von ihnen ermöglichte und stützte den Nationalsozialismus bis zum Ende. Auch in der Pflege, vor allem der massenwirksamen Pflege der Kultur im NS-Staat, bestand dieses Bündnis. Im 1936 unter der Schirmherrschaft des Gauleiters Martin Mutschmann ins Leben gerufenen »Heimatwerk Sachsen« verflochten sich die Pflege des »Volkstums« mit dem Gebrauch der Klassik für die kulturelle Beeinflussung gerade der Bevölkerung im ländlichen Raum.¹⁵ Künstler von Rang, im Volkskunstschaffen Tätige und NS-Funktionäre wirkten zusammen, um vielen Ansprüchen gerecht zu werden und um subtil oder vordergründig den Eindruck zu vermitteln: Es lohnt sich, im nationalsozialistischen Deutschland am Werk des »Führers« mitzuwirken.¹⁶

Der erwähnte weitgehende Verzicht in der DDR, sich näher mit der Einbindung der Mittelschichten und Arbeiter in den Alltag im NS-Deutschland, noch dazu im kulturellen Alltag, auseinanderzusetzen, ließ unter der Hand alte Strukturen und Gewohnheiten fortexistieren. Rechtes Denken, sofern es nicht vordergründig politisch angelegt war, bestand und pflanzte sich fort. Nicht von ungefähr blieben die südlichen Regionen Sachsens vom Zittauer Gebirge bis ins Vogtland Hochburgen der CDU, in denen besonders konservative Politik bei Wahlen immer wieder Erfolge einheimsten, obwohl sich die wirtschaftliche Lage dort zumeist nicht günstig gestaltete. So hatten es dann NPD-Politiker wie Leichsenring leicht, sich und ihre Partei als unbedenklich hinzustellen, wenn die Unterschiede zur CDU verwischt wurden. Wenn die NPD im benachbarten Thüringen 2004 den Landtagswahlkampf unter der Parole »Arbeit – Familie – Vaterland« geführt hatte und der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche im Wahlkampf 2005

15 Siehe Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens. Weimar 1989. S. 504ff. Neuerdings ausführlicher: Thomas Schaarschmidt: Kulturpolitik im Lande eines Kunstbanausen? In: Clemens Volnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002. S. 104–116.

16 Am abstrusen Ziel des »Heimatwerkes« mitzuwirken, »an Stelle einer weichen ... unkämpferischen Sprechweise eine klare und kräftige Hochsprache zu schaffen« (Geschichte Sachsens. S. 504/506) versage sich allerdings die sächsische Gefolgschaft! Inzwischen entstand, initiiert von einer »Dresdner Schule«, die sich als kritisches Gegenstück zur ehemaligen »Frankfurter Schule« versteht, ein Bildungswerk für Heimat und nationale Identität mit vergleichbarer Zielsetzung wie das »Heimatwerk Sachsen«. Siehe dazu: »Das Parlament«. 2005. Nr. 45 (7.11.2005). S. 3.

ebenfalls diese Formel zu seiner Leitidee erkor, der ehemalige Ministerpräsident Biedenkopf und der aktuelle Regierungschef Milbradt dies als unbedenklich ansahen, ja warum sollte es dann schlimm sein, die NPD zu wählen?

Um zum Schluss zu kommen: In Sachsen besteht die stabilste und organisierteste rechtsextreme Szene in einem Bundesland seit der Vereinigung. Die Ursachen für die relative Stärke der Rechten sind vielfältig, exogener und endogener Natur. Unübersehbar ist die Konzentration der NPD in der Bundesrepublik auf Sachsen, seit mehr als zehn Jahren pflegten rechtsextreme Gruppen den Tourismus in den Freistaat, um dort mit geballter Kraft öffentlich zu sein, zunächst in Wurzen, jetzt in Leipzig.

Von wahrscheinlich größerem Gewicht sind die hausgemachten Probleme. Die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit der Arbeitsplätze liegen zwar im Durchschnitt der neuen Bundesländer, aber sie wirken sich in bestimmten Regionen besonders aus, weil das deutsche Land mit der ehemals dichtesten Industrielandschaft besonders unter der Deindustrialisierung leidet, hier werden andere Erwartungen an Arbeitsbeschaffung erkennbar als etwa in Mecklenburg/Vorpommern oder in Brandenburg. Nicht umsonst haben rechtsextreme Organisationen ihre Basen in den früher hochindustrialisierten Bergregionen.

Besonders fatal wirkt sich die geringe Trennschärfe bei politischen Grundsatzerklärungen zwischen bestimmten Kreisen in der CDU und offenen Rechten aus. Für Verunsicherte und enttäuschte Wähler ist ein Wechsel in der Option für eine Partei leicht möglich, nicht zuletzt weil in der so genannten nationalen Frage die Unterschiede zwischen CDU und NPD minimal sind.¹⁷ Eine verhängnisvolle Geschichtspolitik und Erinnerungskultur fördert eine verbreitete Unterschätzung des Nationalsozialismus und erschwert antifaschistische Aufklärung. Eine gepflegte, konservative Heimattümelei kann, bei Berücksichtigung lang zurückreichender Traditionen und der Versäumnisse der DDR in der Auseinandersetzung mit so genannt heiklen Themen (Ehrung der Kriegstoten, Rolle der Vertriebenen) verstärkend wir-

¹⁷ Das belegt nicht nur die eingangs angeführte Schilderung durch die »Frankfurter Rundschau«. Wichtige Punkte der Erklärung des CDU-Landesverbandes Sachsen über »Deutschen Patriotismus im vereinigten Europa« könnten ebenso von der NPD stammen, so etwa das Bekenntnis zu Tugenden wie »Ehrlichkeit, Disziplin, Fleiß, Mut, Verlässlichkeit und Treue« oder die Forderung nach »symbolträchtigen Institutionen, die den Patriotismus auf ein sinnfälliges Zentrum hin bündeln«. Zit. nach: Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa. Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft. S. 7 f. (unveröffentlichtes Manuskript).

ken. Die Auseinandersetzung mit diesem Problem ist wichtig, aber sehr schwierig. Die Pflege konservativer Traditionen ist zumeist nicht eine Äußerung des behaupteten rassistischen Konsens von Mehrheiten. Sie kann, aber muss nicht rechtsextreme Haltungen anzeigen. Mangelnde Sensibilität kann hier verheerende Folgen haben. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen im Alltag ist das Schwierigste im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Ruth Geier

Die Sprache der NPD im Landtag

Dass Politik vor allem und primär sprachlich erfahren wird, ist sowohl eine positive Entwicklung der westlichen Demokratien als auch inzwischen eine allgemein akzeptierte Erkenntnis. Das bedeutet für den Sprachwissenschaftler, dass er durch eine entsprechende Textanalyse politische und ideologische Strategien an Texten nachweisen und verifizieren kann.

Besonders nach der kommunikativ-pragmatischen Wende in der Sprachwissenschaft haben sich Analysemethoden entwickelt, die, basierend auf der Erkenntnis, dass Sprache handeln und somit intendiert ist, Texte in ihrem kommunikativen Beziehungsgefüge betrachten. Das Instrumentarium der modernen Linguistik und Kommunikationstheorie erlaubt es, über Textanalyse und Kommunikationsstrategien politische Ziele, Traditionen und Taktiken zu erschließen und transparent zu machen.

Wenn aber Sprache als Handeln betrachtet wird, kann der Ansatz der Analyse nicht am Text beginnen, sondern muss den Kontext und die kommunikative Situation des Handelns in die Analyse einschließen. Es sind Faktoren zu beachten wie Textproduzent, Textsorte, Ziel vs. Intention des Textes und Textempfänger. Sie sind es, die schließlich den konkreten Text in seiner Gestalt, seinem Inhalt und seiner Form bestimmen.

Jede Analyse setzt an bei den Faktoren der Kommunikationssituation. Das heißt, die Analyse beginnt bei den textexternen Faktoren. Werden diese nicht berücksichtigt, verliert Sprache/Kommunikation eines ihrer wesentlichsten Kennzeichen, nämlich, dass sie Handeln ist.

Politische Texte und Handlungen / Ereignisse

Politische Ereignisse konstituieren Texte. Texte sind aber auch Anstoß für weitere politische Ereignisse. Man kann also, um es zugespitzt zu sagen, von Goethe das Gedicht »Gefunden« analysieren, ohne zu fragen, in wel-

chem Walde Goethe spazieren ging. Politische Texte allerdings benötigen einer Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext.

Wer nicht das entsprechende kommunikative Gedächtnis hat bzw. sich nicht in das entsprechende kulturelle vertieft, wird bei einer Analyse immer an der Oberfläche bleiben und »linguistische Fliegenbeinzählerei« betreiben.

Betrachtet man unter diesem Aspekt die vorliegenden NPD-Texte, so sind u. a. folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- a) Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik, vor allem in Sachsen. Gerade die Zeit Ende 2004 war wie auch der Wahlkampf geprägt durch Hartz IV und der Angst der Menschen vor einer Verarmung und einer sozialen Ausgrenzung. In vielen Gegenden Sachsens gab und gibt es eine sehr hohe Arbeitslosigkeit.
- b) Hinzu kommt eine allgemeine Politik(er)verdrossenheit. Sie beruht u. a. auf nichteingehaltenen Wahlversprechen der Parteien, aber auch, wie eigene Analysen ausweisen, auf der Politikersprache. Die Bevölkerung fühlt sich nicht genug angesprochen. Da das ehemalige Anhängerschaftsmodell der Politik nicht mehr greift, aber auch vor allem in den neuen Bundesländern keine so festen Parteienbindungen bestehen, nimmt sowohl die Zahl der Nichtwähler, aber auch die Zahl der Wechsel- und Protestwähler zu.
- c) Als drittes, mir wesentlich erscheinendes Moment soll folgendes genannt werden: Der Bürger in Sachsen nimmt die Zahl ausländischer Bürger im Lande wahr. Zum Teil fühlt er sich auch durch sie bedroht.¹ M. E. sollte politische Kommunikation solche Themen, die die Bürger bewegen und von ihnen z. T. am Stammtisch diskutiert werden, nicht vernachlässigen, sondern aufgreifen, um sie nicht rechten Parteien zu überlassen.

Textkorpus der Untersuchung sind vor allem Texte der interparteilichen Kommunikation, also Texte aus Parlamenten.

Auszugehen ist bei der Analyse von den Gegebenheiten der Oppositionskommunikation. Nach Steffani² richtet sich die Kommunikation einer Opposition nach der Strategie, die sie im Hinblick auf ihre Ziele verfolgt. Da diese Ziele jedoch nicht festgeschrieben sind und sich wandeln können, kommen generell bei einer Untersuchung zur Sprache der Opposition und somit auch der rechten Parteien alle sprachlichen und politischen Strategien in Betracht.

1 So fühlten sich bereits 1989 nach einer EG-Studie 11–14 Prozent aller Europäer durch Ausländer beunruhigt. Nach einer Diskussion auf dem Medientreffpunkt Mitteldeutschland 2005 sind in der Bundesrepublik sogar 25 Prozent aller Bürger xenophob.

2 Siehe Winfried Steffani: Oppositionskommunikation. In: Otfried Jarren / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Opladen / Wiesbaden 1998. S. 457.

Im Wesentlichen bestimmen drei Faktoren das Kommunikationsverhalten von oppositionellen Parteien im Parlament, das sind die Kommunikationsebenen, der Grad abweichender Positionsbestimmung und der Zeitpunkt der Artikulation. In diesem Kontext interessiert von den Kommunikationsebenen die innerhalb des Parlamentes. Bei ihr ist weiter zu differenzieren in eine interne und eine externe Kommunikationsebene. Vor allem die Textsorten der externen Kommunikationsebene, also Aktuelle Stunde, Kleine und Große Anfrage, dienen weniger der Herstellung von Politik in dem Sinne, dass sie durch konsensuelles Handeln zu politischen Ergebnissen unterschiedlichster Art führen, als dass sie vielmehr die eigene Selbstdarstellung und die Abwertung der anderen Parteien fördern. Diese Ziele der rechtsextremistischen Parteien sind aber abgesteckt durch Konventionen und politische Umgangsstile innerhalb der Institutionen, die zwar nicht fixiert sind, dennoch eingehalten werden müssen und in der Regel innerhalb der etablierten Parteien auch eingehalten werden. Ein Verstoß gegen sie wird zumeist kommunikativ durch andere Parlamentsmitglieder geahndet. Deshalb sollten in Analysen parlamentarischer Reden nicht nur die Reden der Abgeordneten untersucht werden, sondern auch die Reaktionen der anderen Fraktionen darauf, die sich sowohl in Zwischenrufen als auch direkten Repliken äußern³.

Für eine tiefergehende Analyse sollten weiterhin nicht nur die primären Adressaten in die Untersuchung eingeschlossen werden, sondern auch, um Diskursstränge aufzeichnen zu können, kommentierende Medientexte. Erst durch diese wird das Kommunikationsverhalten der rechten Parlamentarier zum Gegenstand der öffentlichen Kommunikation gemacht.

Textproduzenten

Die NPD versteht sich als »einzige nationale Weltanschauungspartei«⁴. Ihr Ziel ist es, einen neuen resp. den alten Nationalismus wiederzubeleben. Somit liegt die These nahe, dass sie sich in ihrer Parteiprogrammatik, aber auch in ihrer Propaganda auf nationalsozialistische Texte bezieht und zu ihnen direkte intertextuelle Beziehungen herstellt.

Die NPD betreibt Oppositionskommunikation. Ihre Opposition⁵ ist jedoch der so genannten prinzipiellen Opposition zuzuordnen, die eine Koalitionsunfähigkeit oder –unwilligkeit einschließt. Danach richtet sich auch ihr

3 Darauf wurde in meiner Analyse jedoch verzichtet.

4 So der NPD-Vorsitzende Udo Voigt am Dezember 1996 vor dem Bundesparteitag. Abgedruckt in Deutsche Stimme. 6/1997. S. 6.

5 Siehe Winfried Steffani: Oppositionskommunikation. S. 457.

Kommunikationsstil. Der Übergang von Opposition zu Widerstand, der weder die verfassungsmäßigen Grundsätze noch die parlamentarischen Verfahrensregeln anerkennt, ist dann nicht weit⁶.

Im Rahmen der öffentlich tagenden Gremien kann die Opposition ihre Gegensatzposition formulieren und Kritik an der Regierung üben, so diese zur Begründung ihrer Entscheidungen zwingen. Sie übt damit drei primäre Funktionen aus: Sie verdeutlicht ihre eigenen Positionen und zeigt alternative Möglichkeiten auf, sie misst die Handlungsweise der Regierung an deren Versprechen und zwingt die Regierung zur Rechtfertigung ihres Handelns. Nach Steffani⁷ bevorzugt die prinzipielle Opposition jedoch anstelle parlamentsinterner, auf Ergebnis zielender Kommunikation die Provokation, die eine mediale Vermittlung sichert. So wird eine polarisierende Außenwirkung erzielt. Der Mediendiskurs der letzten Zeit ist Beleg dafür. Provokante Äußerungen der NPD fungierten als Prägetexte eines ausgebildeten Diskursstranges, indem die demokratischen Parteien vor allem das intertextuelle Verfahren des Entgegensetzens verwendeten. Diese Strategie der prinzipiellen Opposition kann aber auch deren Glaubwürdigkeit gefährden und ihre Regierungsunfähigkeit offenbaren.⁸

Adressaten der Texte

Im Fokus der Analyse stehen Reden, die von NPD-Abgeordneten im Plenum des Sächsischen Landtages Ende 2004 bis Februar 2005 gehalten wurden. Obwohl diese Reden der interparteilichen Kommunikation dienen, sind es doch öffentliche Reden, die in Ausschnitten medial vermittelt werden. Die mediale Vermittlung ist aber auf Kürzestausschnitte mit konfliktzuspitzenden Formulierungen beschränkt. Von daher versucht jeder Redner, zum einen medienwirksame Formulierungen zu verwenden und zum anderen, unter Beachtung der Mehrfachadressierung seiner Reden, ein möglichst großes Publikum an Bürgern zu erreichen. Somit sind solche Texte Reden eines »Schaufensterparlamentes«.

Erwähnt werden soll noch ein anderer, von mir bereits an anderer Stelle thematisierter Aspekt. Beachtet werden muss auch im Jahr 2004 die Situation der Bürger in den neuen Bundesländern. Bereits 1990 schrieb Schorlemmer: »Wieder wird die Unfähigkeit zu trauern zu einer Flucht in eine

6 Siehe ebenda.

7 Ebenda. S. 458.

8 Ebenda. S. 459.

neue Identität. Die eigene Geschichte und damit die Verstrickung wird ge-
leugnet. Die Spuren sollen gelöscht werden durch West-Integration.«⁹

Das heißt, der DDR-Bürger hatte zumindest Verluste oder Umlagerungen
in seinem Selbstbild und damit in seiner Identität. Er musste aber ein neues
Selbstbild und eine neue Identität suchen. Die Ethnomethodologie bezeich-
net diesen Prozess als Übergang von einer Ethnie in eine andere, ein pas-
sing, bei dem Hilfe benötigt wird. Betrachtet man nur die politische Sphäre,
so ist festzuhalten: Die Ideologie des DDR-Bürgers war unbrauchbar ge-
worden. Sie war z. T. charakterisiert durch den Antagonismus zur ehemali-
gen BRD. Die DDR selbst hatte sich immer am Westen gemessen. Eine
(alltags)logische Schlussfolgerung vieler DDR-Bürger war sicher folgende:
Die Propaganda der DDR über die DDR stimmte in Vielem nicht, also stimmt
auch die Propaganda über den Westen in Vielem nicht. So wurde m.E. auch
der Antifaschismus, der an den DDR-Sozialismus und dessen Untergang
gekoppelt war, stark diskreditiert. Mitunter wurde »selbst wahrheitsgemä-
ßen Informationen, nur weil sie in der Nähe zum früheren sozialistischen
Weltbild stehen, mit Mißtrauen begegnet und eher gegenteiligen Ansichten
Glauben geschenkt«.¹⁰

Die Texte der NPD sind insgesamt zu betrachten unter dem Aspekt des
Populismus, der eine internationale Erscheinung ist und dessen sich u. a.
bereits in Österreich Haider, in Russland Shirinowsky sowie in Frankreich
Le Pen bedient haben. Dabei handelt es sich um eine Strategie, Macht zu
gewinnen, indem man sich vor allem auf im Volk vorhandene Stimmungen
beruft und sie als den so genannten Volkswillen deklariert. Derselben Ver-
fahrensweise bedient sich die NPD. Sie appelliert an die vorhandene Unzu-
friedenheit und den latenten Unmut der Bürger gegenüber den etablierten
Parteien, sie ergreift die Partei des Durchschnittsbürgers, formuliert
Stammtischparolen, und sie greift durchaus vorhandene Stimmungen über
Ausländer auf und versucht, daraus Kapital zu schlagen. Sie vereinfacht
zum einen politische Probleme noch mehr, als dies generell im Medien-
zeitalter und in der politischen Sprache geschieht. Zum anderen will sie als
»Protestpartei« gewählt werden. Auch hier kann sie sich auf europäische
Traditionen der jüngeren Vergangenheit berufen: 1989 wählten 50 Prozent
der Wähler Le Pens ihn aus dem Grund, weil sie unzufrieden mit dem be-
stehenden politischen System waren. In Österreich gaben 1986 laut eige-
ner Aussage 90 Prozent FPÖ-Wähler einem Jörg Haider ihre Stimme mit

9 Friedrich Schorlemmer: Versöhnung in der Wahrheit. Nachschläge und Vorschlä-
ge eines Ostdeutschen. München 1992. S. 19.

10 Wilfried Schubarth: Antifaschismus in der DDR – Mythos oder Realität? In: Brigitte
Rauschenbach (Hrsg.): Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deut-
scher Wenden. Berlin 1992. S. 177.

der Absicht, den beiden Großparteien einen Denkkzettel zu geben bzw. mit der subjektiven Vermutung, dass die FPÖ in der gegenwärtigen Situation noch das kleinere Übel sei.

Diese »Denkkzettel-Wahl« wurde z. B. 1996 von der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt explizit in der Wahlwerbung erwähnt.

Textsorte

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich um Parlamentsreden. Nach Klein¹¹ erfüllen sie in drei Handlungsfeldern der Politik eine Funktion. In der Gesetzgebung stellen sie als parlamentarische Aussprache einen wichtigen Verfahrensschritt dar, im Handlungsfeld der politischen Werbung dienen sie der positiven Selbstdarstellung und der Abwertung des politischen Gegners. Schließlich haben sie auch in der innerparteilichen Diskussion die Funktion der Willensbildung. Texte aus dem innerparteilichen Bereich standen mir nicht zur Verfügung.

Texte aus dem Plenum sind Legitimationsreden: »Parlamentsredner ... interessiert das Plenum nicht als beeinflussbarer Abstimmungskörper – was es ja nicht ist – sondern als Resonanzboden für ein rhetorisches Gemeinschaftserlebnis mit der eigenen Fraktion und als Schauplatz verbaler Gefechtsübungen im Umgang mit dem politischen Gegner – und damit auch als Profilierungsforum für das eigene politische Fortkommen.«¹²

Texte und Intentionen

Jeder politische Text ist zweckgebunden und darin bestimmt durch den jeweiligen übergeordneten Interaktionsrahmen.

»Um Politik gestalten zu können, muß es den Parteien gelingen, das in der Gesellschaft gestehende Problembewußtsein in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. zu formen. Genauso muß es den Parteien gelingen, die in der Gesellschaft bestehenden Rezeptionsmuster zu bedienen.«¹³

11 Josef Klein: Politische Textsorten. In: Klaus Brinker (Hrsg.): Aspekte der Textlinguistik. Hildesheim / Zürich / New York 1991. S. 268f.

12 Josef Klein: Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Klaus Brinker / Gerd Antos / Wolfgang Heinemann e. a. (Hrsg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin / New York 2000. S. 749.

13 Alex Jakubowski: Parteienkommunikation in Wahlwerbesspots. Eine systemtheoretische und inhaltsanalytische Untersuchung zur Bundestagswahl 1994. Studien zur Kommunikationswissenschaft Bd. 32. Opladen / Wiesbaden 1998. S. 14

Eine Partei muss permanent nachweisen, dass sie besser als andere Parteien anstehende Probleme lösen kann und dass sie glaubwürdig ist. Dazu bedient sie sich verschiedener Strategien, die dem Sprachlichen übergeordnet sind und generell unterschiedlich realisiert werden können. Die Einbeziehung von Strategien in eine Untersuchung über Parteienkommunikation sichert, dass alle wesentlichen – also nicht nur die sprachlichen – Momente der Partei-Bürger-Kommunikation berücksichtigt werden.

Als solche Strategien verstehe ich im Folgenden Merkmale der politischen Sprache generell wie z. B. Aufwertung und Abwertung, Grenzziehungen, die durchaus unterschiedlich skaliert sein können, aber auch Strategien des Eindringlichmachens¹⁴. Sie entsprechen in etwa den Verfahren, die Strauß nennt.

Text und sprachliche Mittel

Nachdem die wichtigsten kommunikativen Rahmenbedingungen kurz genannt wurden, sollen im Folgenden die Texte als Resultat des unter den genannten Bedingungen erfolgten sprachlichen Handelns betrachtet werden.

Da als wesentliches Merkmal eines Textes überhaupt ein gemeinsames Thema gilt, soll als erstes versucht werden, thematische Elemente der analysierten Texte zu nennen. Diese thematischen Elemente allein sind aber nicht ausreichend, um den NPD-Sprachgebrauch zu charakterisieren. Vielmehr müssen dazu noch bestimmte Strategien im Umgang mit ihnen aufgedeckt werden, die über die rein inhaltliche Ebene hinaus der Beziehungsgestaltung dienen.

Bevorzugte Themen sind, wie bereits erwähnt, zum einen das Versagen der anderen Parteien, zum anderen aber auch Stimmungen in der Bevölkerung. Typisch für die angesprochenen Themen scheint weiterhin zu sein, dass sie, weil sie eben Stimmungen aufnehmen, so genannte diskursive Blockaden¹⁵ abbauen.

Sprachliche Mittel bilden die Makro-Ebene bei der Analyse. Nur wenn die kommunikativen Bedingungen der jeweiligen Texte berücksichtigt worden

14 Versucht man diese Verfahren auf die Kommunikation einer Partei anzuwenden, so ist generell die Präsenz aller Verfahren gegeben. Allerdings werden die kooperativen Verfahren für den Bürger weniger sichtbar, da sie der eigentlichen Politikvermittlung vorausgehen und primär Verfahren der Politikerherstellung sind. Sie spielen in der innerparteilichen Kommunikation – also in der »Deutschen Stimme« – eine wesentliche Rolle.

15 Zum Begriff siehe Franz Janussek Janussek: Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider. DISS-Texte Nr. 15. Duisburg 1992. S. 131.

sind, können sprachliche Mittel in ihrem funktionalen Zusammenhang beschrieben werden.

Schwerpunkt der konkreten sprachlichen Analyse ist vor allem der Wortschatz der Texte. Außerdem werden berücksichtigt bestimmte relevante Argumentationsstränge.

Beim Wortschatz müssen unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden. Es wird unterschieden in Hochwert-, Fahnen- und Stigmawörter.

Unter Hochwertwort wird verstanden eine lexikalische Einheit, die allgemein positiv konnotiert ist, aber in ihrer Bedeutung so vage, dass sie geeignet ist, möglichst breite Adressatenkreise anzusprechen (*Wohlstand, Demokratie, Freiheit*). Ihre Verwendung dient in rechtsextremen Texten vor allem dazu, die Partei und ihre Politik in die Gesellschaft der demokratischen Bundesrepublik einzuordnen. Das heißt, an der Textoberfläche werden zwar dieselben Benennungen verwendet, die eigentliche Bedeutung der Wörter kann aber gegenüber anderen Verwendungsweisen differieren.

Da Hochwertwörter in der Regel schon durch andere Parteien »besetzt« sind, bedeutet ein Verwenden solcher Wörter zum einen, dass die Partei für den bezeichneten außersprachlichen Gegenstand eintritt. Dadurch wertet sie ihre eigene Position auf, indem sie verbal bekundet, sich für tradierte Werte und Normen einzusetzen. Zum anderen muss eine Partei, um sich eines Hochwertwortes bedienen und sich gleichzeitig von anderen politischen Strömungen absetzen zu können, das Wort neu definieren vs. besetzen. Ein wesentlicher Schritt dabei ist die negative Evaluierung des Wortgebrauchs beim politischen Gegner.

Einige solcher Hochwertwörter und ihre spezifische Verwendung in den NPD-Texten sollen im Folgenden analysiert werden.

»Demokratie«

Es ist davon auszugehen, dass eine Partei, die sich selbst als *nationaldemokratisch* attribuiert und oft in ihre Reden einflücht *wir Nationaldemokraten, Demokratie* als Hochwertwort verwendet. Bei der Analyse der vorliegenden Texte jedoch fiel auf, dass zum einen die Frequenz der Verwendung gering ist, zum anderen das Wort primär in negativ konnotiertem Kontext steht.

Schlüsselwort wurde *Demokratie* in der Aufklärung und während der Französischen Revolution, danach vor allem in der 48er Revolution. Im Kontext mit der Weimarer Republik erhielt das Wort eine neue Brisanz. Die rechten Parteien dieser Zeit waren genötigt, die positive Konnotation des Wortes für sich zu nutzen, sie mussten also den Begriff selbst besetzen, gleichzeitig polemisierten sie jedoch gegen die Demokratie der Weimarer Republik. Sie wurde angesehen als Ausdruck des zu bekämpfenden Systems vs. als Folge des Versailler Vertrages. Auch nach 1933 adaptierte die

NSDAP den Begriff für sich: »Ich glaube, wir sind damit demokratischer als die Demokraten des Westens. Wir sind zwar ein autoritärer Staat, aber wir empfinden keine Angst vor dem Volke.«¹⁶

Demokratie wird gesehen als Vollzug des Volkswillens. Dennoch wird das Wort primär in polemischer Funktion verwendet: »Am 13. März wird abgerechnet mit der jüdischen Pseudodemokratie, die ohne jede innere Verbundenheit mit dem deutschen Volke nur den Zweck verfolgt, ... die deutschen Volksgenossen und Schaffenden gegeneinander zu hetzen ...«¹⁷

Als Belege für die NPD-Texte seien angeführt:

- gebetsmühlenartig vorgetragenes Bekenntnis zu Demokratie damit Demokratie nicht länger eine Worthülse bleibt;
- pseudodemokratischer Mummenschanz;
- merkwürdige Demokratieverständnis der so genannten demokratischen Parteien;
- antidemokratische Parteien, die etablierten;
- fragwürdiges Demokratieverständnis;
- demokratische Parteien in diesem Haus, wozu Sie die NPD nicht zählen wollen;
- *demokratische Selbstbestimmungsrechte der Deutschen* (vs. *EU-Krake*);
- Vorzeigedemokraten,
- in dem von ihnen viel beschworenen demokratischen Dialog.

Dass die NPD das Attribut *demokratisch* für sich selbst pachten will, zeigt *Über Demokratie brauchen Sie uns nicht zu belehren*. Sie nutzt also die positiven Konnotationen des Wortes, negiert aber die Adäquatheit der Benennung für die gegenwärtige Situation und legt an keiner Stelle fest, wie sie den Begriff fasst. Sprachlich realisiert wird dies durch Akte des uneigentlichen Schreibens oder negativ bewertete Kontexte.

Als Kontextpartner treten vor allem auf Bezeichnungen für Parteien, *parlamentarisch*, EU (negativ). Auch hier finden sich intertextuelle Bezüge zur NSDAP: »Solange unser Volk dem demokratisch-parlamentarischen Wahnsinn huldigt, wird ihm keine Leistung beschieden sein!«¹⁸ »Die Lüge gehört zur Demokratie wie die Laus zum Russenfell«¹⁹

Auffallend ist weiterhin, dass keine Begriffsdefinition von *Demokratie* erfolgt, lediglich durch unmittelbare Kontextpartner implizit vorgegeben wird, was das Wort im Selbstverständnis der NPD bedeutet. Auch im Programm

16 Rede Goebbels 20.10.33. In: Dokumente der Deutschen Politik 1. [Ohne Jahr und Ort.] S. 129.

17 Wahlauf Ruf der NSDAP 1932.

18 Hitler nach »Völkischer Beobachter« vom 10.9.1930.

19 Goebbels nach »Völkischer Beobachter« vom 9.9.1930.

der NPD spielt es eine sekundäre Rolle. Bestenfalls als Versuch, *Demokratie* an der Textoberfläche zu bestimmen, kann gelten: *Demokratie im Sinne von wirklicher, wahrer Volksherrschaft*. Dabei muss aber beachtet werden, welche Bedeutung *Volk* im rechten Sprachgebrauch hat.

Politische Sprache lebt von Aufwertung der eigenen Position und Abwertung des politischen Gegners.

Um sich selbst aufzuwerten, nutzt der Verfasser in der Regel einen positiv konnotierten Wortschatz. Weiterhin verwendet er parteitypische Fahnenwörter. Das heißt, jede politische Gruppierung verfügt über einen spezifischen Wortschatz, der Texte bereits an der Textoberfläche einer Partei oder ideologischen Gruppierung zuordnet. Unter Berücksichtigung der kommunikativen Einbettung der Texte in die jeweilige gesellschaftliche Situation wäre hier zu differenzieren in langlebige und kurzfristige Fahnenwörter. So könnten auch unter dem Aspekt der lexikalischen Untersuchung Traditionslinien der Parteien und Gruppierungen aufgezeigt werden. Zu langlebigen Fahnenwörtern zählen Wörter wie *Volk* und *deutsch*.

»Volk«

Das Wort ist eine zentrale Benennung im Parteiprogramm der NPD.

Kaum ein Wort hat in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen Deutschlands zwischen 1914 und 1990 eine so gewichtige Rolle wie *Volk* gespielt. Die Romantik sah das Volk quasi als Träger des Überindividuellen, so entstand auch die emotionale Bedeutung des Wortes. Nach der Französischen Revolution wurde das Wort – nun in semantischer Opposition zu *Herrscher* – positiv aufgewertet. Unterschiedlichste politische und ideologische Richtungen arbeiteten mit dem Begriff *Volk*, so dass dieser weitgehend semantisch entleert wurde und sehr vage eine ethnische Einheit bezeichnete, die in einer Beziehung zu einem Staatswesen stand. Daneben steht das Wort als Synonym für *Bevölkerung*.

In den vorliegenden Texten ist die Frequenz des Wortes nicht hoch (im Gegensatz zu NS-Texten und dem NPD-Programm). Auffallend ist jedoch die häufige Kombination mit *deutsch*. Ansonsten nutzt die NPD Möglichkeiten der Synonymie und spricht vom *Wähler*, *Bürger*. Diese synonymen Varianten unterscheiden sich jedoch in sekundären Merkmalen, *Wähler* ist nur ein Teil des *deutschen Volkes*, während *Bürger*, sofern das Wort nicht durch *deutsch* bestimmt ist, umfassender ist. Es kann auch in der BRD lebende Ausländer einschließen.

»Nationale Opposition«

Wiederholt ist diese Wortgruppe in den Reden zu belegen. Auch sie wird bereits von deutschnationalen Parteien Ende der 20er Jahre verwendet:

»Nur ein nationales Deutschland ist heute noch fähig, den Bolschewismus niederzuringen und ein Regiment der Ordnung aufzurichten. [...] das ist nicht ›Parteistandpunkt‹, sondern es ist die Voraussetzung deutscher Gesundung. [...] Die nationale Opposition ist schon jetzt die Mehrheit des Volkes«.²⁰

»*Deutsch*«

Schon im Gefolge der Französischen Revolution erhielt das Wort seine politisierte Bedeutung. Später verschmolz es mit dem konservativen Nationalbegriff des Nationalismus. Diese enge Beziehung zwischen den Wörtern *deutsch* und *nationalistisch* äußert sich z. B. in der Beschimpfung der SPD als *vaterlandslose Gesellen* oder als *Vaterlandsfeinde*, die es *nicht wert seien, Deutsche genannt zu werden*.

Deutsch als politischer Begriff wurde in der Weimarer Republik primär von völkisch-nationalistischen Gruppen verwendet. Es bedeutete zum einen eine Reklamierung des »echten'« Deutschen für die eigene Bewegung (also Fahnenwort), zum anderen aber eine Abgrenzung gegenüber dem *System*, besonders dem Liberalismus (dieses Wort ist auch bei der NPD negativ konnotiert). Eine noch stärkere Abgrenzung besteht aber zwischen *deutsch* und *nicht-deutsch*. Letzteres tritt in den Texten (s. u.) in Varianten auf.

Folgende Wörter treten in den Reden in Verbindung mit *deutsch* auf:

- *deutsches Volk (wiederholte Nennung)*,
- *deutscher Arbeitsmarkt*,
- *deutsche Arbeitnehmer*,
- *deutsche Arbeit*,
- *deutsche Opfer*,
- *deutschstämmiger Bevölkerungsanteil*,
- *deutsche Sozialordnung*,
- *einheimische deutsche Wohnbevölkerung*,
- *einheimische deutsche Menschen*,
- *hoch qualifizierte und gut ausgebildete Deutsche*,
- *deutsche Staatsbürger*,
- *Menschen in Deutschland*,
- *deutscher Volkssouverän*.

In einigen Beispielen ist *deutsch* als positives Wertadjektiv verwendet, im Wesentlichen handelt es sich aber dabei um einen ideologisch neutralen Sprachgebrauch. Seine positiven Konnotationen erhält das Wort vor allem durch seine semantische Opposition zum Fremden im unmittelbaren Kontext. Damit sind sowohl die Ausländer als auch die EU und Fragen der

20 Hugenberg in »Germania« vom 22.9.1931.

Globalisierung inkludiert. (s. u.) Hier wird das Eigene vor allem als Positivfolie des Fremden eingesetzt. Allerdings hat *deutsch* schon lange im nationalistischen Sprachgebrauch Hochwertwort-Charakter. So ist z. B. im Grimm'schen Wörterbuch zu finden: »*deutsch* bezeichnet das edle und treffliche; und diese bedeutung wurzelt in der unauslöschlichen liebe der deutschen zu ihrem vaterland und in dem gefühl von dem geist, der es belebt. ein *deutscher mann* ist ein tüchtiger, redlicher, tapferer, *deutsche treue* soll nie gebrochen werden, ein *deutsches gemüt ist ein stolzes, wahrhaftes*«.

Betrachtet man im Zusammenhang mit der Aufwertung der eigenen Partei andere lexikalische Erscheinungen, so sind Wörter wie *Kollegialität*, *Kameradschaft*, *menschliche Solidarität*, *Gemeinsamkeit*, *Identität*, *Geborgenheit*, *Halt* zu nennen. Sie sind allgemeine Hochwertwörter, die bestimmte, auch von den Nationalsozialisten gepriesene Tugenden bezeichnen und wahrscheinlich gerade in der heutigen Gesellschaft im Kontrast zu den üblichen Verhaltensweisen stehen. Mit ihnen wird dem Bürger ein Identifikationsangebot unterbreitet. Zudem sind sie scheinbar »unpolitisch«.

Bei der Eigenbenennung der NPD fällt auf, dass *Partei* weitgehend gemieden wird, sie nennt sich *NPD*, spricht von sich als *Fraktion*, *wir Nationaldemokraten* und *junge Erneuerungsbewegung*. Gerade *Bewegung* ist hochfrequentiertes Wort der rechten Parteien der frühen 30er Jahre, um sich zwar zum einen selbst als politische Organisationsform zu bezeichnen, sich aber zum anderen gleichzeitig von traditionellen Parteien abzuheben: »Die nationalsozialistische Bewegung ist vom Schicksal erkoren ... Retter der deutschen Seele zu sein. Sie ist eine politische Partei? Das ist sie ganz und gar nicht! Sie ist gerade das Gegenteil! Sie weiß, daß die Parteiung das Unglück unseres Vaterlandes ist, und wünscht sich nichts sehnlicher, als daß alle Parteien, ohne Ausnahme restlos verschwinden möchten. Parteien trennen die Volksgenossen voneinander ... Es ist ein Witz der Weltgeschichte, daß diese Bewegung, deren Ziel es ist, mit der Parteiung Schluß zu machen, [...] selber die äußere Erscheinung einer Partei annehmen musste.«²¹ »Die deutschen Herzen stehen vor einer inneren Revolution. Wir machen sie mit. Haben wir uns doch nie als eine ›Partei‹ dieses ›Parlamentstaates‹ gefühlt, sondern als politischer Kerntrupp der nationalen Bewegung«. ²² »Die Auffassung des Herrn Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als einer überparteilichen Regierung auf-

21 Hans Geisow: Der Nationalsozialismus als Retter der deutschen Kultur. In: Nationalsozialistische Monatshefte. Sept. 1932. S. 403f.

22 Rede Hugenberg's am 21.4.1932.

rechtzuerhalten, liegt durchaus auf der Linie der Auffassung der NSDAP, die keine Partei, sondern eine Volksbewegung im besten Sinne ist und seit ihrem Bestehen unaufhörlich für eine parteiungebundene, aber im Volkswillen verwurzelte Regierung kämpft.«²³

1934 erschien ein theoretisches Werk über den Führerstaat, in dem auch das Verhältnis von *Partei* und *Bewegung* dargestellt wird: »Der deutsche Führerstaat muß deshalb die nationalsozialistische Staatsidee als einheitliche Haltung dem ganzen Volke aufprägen. Darin besteht die eigentliche Aufgabe der ›Partei‹ als Bewegung, die ja als solche mit den alten Parteien nichts mehr zu tun hat. [...] Die ›Partei‹ im nationalsozialistischen Staate hat eine einheitsbildende Aufgabe. Sie ist *die* politische ›Bewegung‹, der unter dem Führer die Verantwortung für den Aufbau, Bestand und die Sicherung der politischen Gestaltung des deutschen Volkes obliegt.«²⁴

Parteitypische Stigmawörter referieren auf Gegenstände und Sachverhalte, die von den jeweiligen politischen Gruppierungen und Parteien abgelehnt und bekämpft werden.

Die Untersuchung dieser lexikalischen Erscheinungen trägt bei, unter diachronem Aspekt zum einen Traditionen zu erkennen, zum anderen unter synchronem Gesichtspunkt Einordnungs- und Abgrenzungsstrategien nachzuweisen. Gerade rechtsextreme Gruppierungen identifizieren sich durch Abgrenzungsstrategien. Dabei erfolgt eine zweifache Abgrenzung, zum einen grenzt man sich ab von allem, was nicht dem eigenen Volk entspricht, also dem Fremden (*Ausländer*), zum anderen aber werden Grenzbeziehungen gezogen gegenüber den etablierten Parteien (*Bonzen, Systemparteien*).

Die stereotypisierende Abgrenzungsstrategie gegenüber Ausländern erstellt ein direktes Feindbild mit allen beschriebenen Aspekten wie Misstrauen, Schuldzuweisung, negativer Antizipation, Identifikation mit dem Bösen, De-Individualisierung und Empathieverweigerung.²⁵

Durch solche Fahnen- und Stigmawörter wird auch an der Textoberfläche die für rechtspopulistische Parteien typische dualistische Sichtweise deutlich, die eine Dichotomie konstruiert zwischen: *wir* (die eigene Partei, ihre Anhänger, die zur eigenen Nation Gehörenden) vs. *sie* (politische Elite, etablierte Parteien, Institutionen, nicht zur eigenen Nation Gehörende).

23 »Völkischer Beobachter« vom 11.8.1932. S. 1.

24 Otto Koellreuter (1934): *Der Deutsche Führerstaat*. Tübingen 1934. S. 13ff.

25 Vgl. dazu Kurt R. Spillmann / Kati Spillmann: *Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus*. In: *Auswärtiges Amt (Hrsg.): Abbau von Feindbildern*. Bonn 1991. S. 26.

Das Parlament und die Parteien insgesamt werden bezeichnet als:

- *Systemparteien,*
- *Parteienkartell,*
- *so genannte demokratische Parteien,*
- *Altparteien(kartell),*
- *Kartellparteien,*
- *Interessenvertreter der Konzerne,*
- *Politiker, die das Geschichtsbild der Siegermächte auf moralische Kosten ihres eigenen Volkes unkritisch übernehmen und ihre eigenen Schuldneurosen auf dem Rücken ihrer Landsleute kultivieren,*
- *sächsische Altparteien,*
- *alteingesessene Parteien,*
- *etablierte Politikerlandschaft,*
- *Politiker der tonangebenden Parteien,*
- *bürgerliche Parteien,*
- *sächsische Blockparteien,*
- *sächsisches Blockparteienkartell.*

Die beiden letzten Beispiele spielen deutlich auf das Parteiensystem der DDR an.

Es sei auf eine Untersuchung Januscheks²⁶ über NS-Anspielungen in Reden Jörg Haiders verwiesen. Er schreibt, dass Haiders »Verwendung von ›alte Parteien‹ [...] sicher nicht als Anspielung auf [...] Äußerungen (Hitlers, R.G.) verstanden werden (kann R.G.), wohl aber als Evokation dieses Diskurses, der offensichtliche Parallelen zu seinem eigenen aufweist. Ähnliches gilt für den Ausdruck ›System‹ und seine Komposita. Dieser Ausdruck ist als Bezeichnung für eine strukturierte Gesamtheit politischer Verhältnisse allgemein üblich, auch sein distanzierender bis abwertender Gebrauch. Von den Nazis wurde der Ausdruck sehr oft in diesem Sinne gebraucht.«²⁷

Als charakteristisch für die Verwendung von *System* sieht Januschek, dass es keiner erläuternden Adjektive bedarf: »Die abwertende Bedeutung wird gerade dadurch erzielt, daß man darauf verzichtet, etwa ein parlamentarisches von einem klerikalfaschistischen System zu unterscheiden, weil man so auch nicht in Gefahr gerät, die eigene Programmatik etwa als mit diesen konkurrierendes System vorzustellen.«²⁸

Bachem schreibt 1983 zur Verwendung von *System* im rechten Sprachgebrauch: »Mit dem Wort *System* als Umbenennung für *Regierung* lassen sich negative Vorstellungen von Verschwörung gegen das Volk, Anonymi-

26 Siehe Franz Januschek: Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider. DISS-Texte Nr. 15. Duisburg 1992.

27 Ebenda. S. 51.

28 Ebenda. S. 52.

tät und Unmenschlichkeit verbinden. Mit einem starke Aggressionen auslösenden Antimirandum *System* haben linke und rechte Extremisten schon in der Weimarer Zeit das Vertrauen in den demokratischen Staat zerstört.«²⁹

1930 gab die NSDAP im Reichstag eine Erklärung ab, in der zu hören war: »Wider Recht und Gesetz hat die regierende Gewalt des heutigen Systems die NSDAP von der Übernahme der Macht ausgeschlossen.«³⁰

1932 steht im Wahlaufuf der NSDAP: »Der Führer unserer nationalsozialistischen Bewegung, die sein Werk ist, der zwölf Jahre lang mit ihr um die Seele seines Volkes für Deutschland gerungen hat, fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken.«³¹

Die PDS wird deutlich negativ emotionaler dargestellt und bezeichnet als:

- *Rottenschließer des Kapitals,*
- *Salonlinke,*
- *(Rhetorik von) Drogen-Verharmlosern und ... Volkszerstörern,*
- *linke Bildungsideologen,*
- *... sie (spielt) nur Opposition,*
- *SED-Nachfolgepartei,*
- *Roten,*
- *steinalte Partei, der die Altgenossen wie die Fliegen wegsterben,*
- *rote Jakobiner,*
- *Gesinnungsgenossen,*
- *radikale Linke,*
- *Linksaußen,*
- *Bannerträger der die Arbeitsmärkte zerstörenden immigrationistischen Ideologie.*

Im unmittelbaren Kontext dazu steht sehr häufig *Antifa-/antifaschistisch:*

- *dämliche Antifa-Arbeit,*
- *antifaschistische Mottenkiste,*
- *antifaschistische Salomitaktik,*
- *antifaschistische Hysterie,*
- *antifaschistischer Karren,*
- *antifaschistischer Kampf- und Volksverdummungsapparat,*
- *antifaschistischer Pöbel,*
- *militante Antifa-Verbände,*
- *dem Antifaschismus auf die Leimraute gehen,*
- *Antifa-Keule,*

29 Rolf Bachem: Rechtsradikale Sprechmuster der 80er Jahre. Eine Studie zum Sprachgebrauch der »harten NS-Gruppen« und ihnen nahestehender Rechtsextremisten. In: Muttersprache H. 1–2/1983. S. 77.

30 »Völkischer Beobachter« vom 12.2.1931. S. 1.

31 »Völkischer Beobachter« vom 1.3.1932. S. 1.

- *gewaltbereite Antifa,*
- *zunehmende Militanz der linksextremen Antifaschisten,*
- *Gewaltpotenzial sog. Antifaschisten.*

Oben wurde erwähnt, dass die positiven Konnotationen von *Volk* durch seine kontextuelle Opposition zu dem Wortfeld »Ausländer« verstärkt werden. Dieses ist sprachlich mit sehr negativ wertendem Wortschatz realisiert:

- *nichtdeutsche Mischbevölkerung,*
- *multikulturelle Gesellschaft,*
- *explodierende Zuwanderung,*
- *Terror der Einwanderungsideologie,*
- *plakative Einzelschicksale von Ausländern,*
- *Multikulturalismus ist Lebenslüge,*
- *fortwährendes multikulturelles Straßenfest,*
- *Schleusen der Überfremdung,*
- *Gefahr, Bedrohung,*
- *Schläfer und potenzielle Terroristen,*
- *Bedrohungspotenzial,*
- *Krieg – Rauschgiftmilieu, Gewaltkriminalität, Menschenhandel,*
- *Mord und Totschlag,*
- *Terrorismus und ethnischer Bürgerkrieg auf deutschem Boden,*
- *Ethnischer Zerfallsprozess,*
- *Bomben hochgehen wie in Madrid,*
- *Krieg in unseren Städten wird zum Flächenbrand,*
- *Integrationswahnsinn von Ausländern,*
- *Millionen kriminelle und arbeitslose Ausländer,*
- *Schlupfloch unkontrollierter Zuwanderung nach Deutschland,*
- *weiterer Zustrom von Ausländern nach Deutschland.*

Die sprachlichen Bilder sind vor allem dem Bereich des Kriminellen entnommen und sollen entsprechende Ängste schüren. Ihre eindeutige Diskriminierung als kriminell und die Aberkennung menschlicher Werte dient dazu, die eigene Haltung und den Widerstand gegen die demokratische Ordnung zu legitimieren.

Weiterer inhaltlicher Schwerpunkt bei der Abgrenzungsstrategie der NPD ist die EU bzw. die Tendenz der Globalisierung. Hier findet sich folgender Wortschatz:

- *Globalisierungslokomotive, die Sachsen überrollen wird,*
- *internationalistischen Phantomen hinterher jagen,*
- *fremdbestimmte Infrastrukturwüste,*
- *immer unverfrorenere EU-Integration,*

- *dass Sachsen zwischen den Mühlsteinen Ihrer viel beschworenen Welt-offenheit zerrieben wird und aufgrund einer fremdgesteuerten Integration letztendlich seine Identität verliert,*
- *Dependance der Europäischen Union und der internationalen Großkonzerne,*
- *Experimentierfeld der Globalisierung,*
- *menschenfeindliche, menschenverachtende Globalisierung,*
- *Ruinierung,*
- *immer rücksichtsloserer Raubtierkapitalismus,*
- *EU-Krake,*
- *Protektorat der jeder demokratischen Legitimation ... entbehrenden Bürokratie,*
- *Provinzen der Brüsseler Bürokratie,*
- *unselige EU-Osterweiterung,*
- *Chefadministrator eines EU-Großprotektorats (Bezeichnung für Milbradt),*
- *Privatisierer und Liberalisierer in Brüssel,*
- *Wischi-Waschi-Politik unter Vorzeichen eines immer rücksichtsloseren Raubtierkapitalismus.*

Auffallend ist hier vor allem eine Metaphorik aus dem nicht-menschlichen Bereich (*Raubtier, Krake, Wüste, Lokomotive*), die zum einen eine fremde Bedrohung ausdrückt, zum anderen aber auch inkludiert, dass beim An-kämpfen gegen Globalisierung und EU menschliche Werte nicht angebracht sind. Ähnlich ging Goebbels in seiner Propaganda gegen die Bolschewisten (er bezeichnete sie als »Ansturm der Steppe«, »motorisierte Roboter-divisionen«) und die Juden (»Pest«, »Ungeziefer«) vor. Dem entsprechen auch die Argumentationsstränge. Die Situation ist so, dass die Gefahr einer Überfremdung besteht. Das führt dazu, dass die Zukunft Deutschlands durch die EU und die Ausländer gefährdet ist. Dabei wird vor allem die Zukunft sehr emotional wertend dargestellt.

Direkt dem NS-Sprachgebrauch entlehnt ist das *Protektorat*, das zwar als Wortneubildung bereits im 18. Jahrhundert zu belegen ist.

Dem Landtag und den in ihm vertretenen Parteien wird vorgeworfen, sie betreiben

- *Flickschusterei,*
- *Willkürpraxis,*
- *fallbezogenes, parteitaktisches, unberechenbares, nicht aber an festen Prinzipien orientiertes Handeln,*
- *faule Eintracht,*
- *kriminelle Schlafmützigkeit,*
- *partei politischen Ritualen frönen,*

- *Possenspiel*,
- *Postengeschacher*.

Die Einteilung der Welt in diese Kategorien, in das absolute Schema Gut vs. Böse erlaubt zum einen keine Differenzierungen und somit auch keine rationale Argumentation.

Einige der unter der Lexik angeführten Wörter werden wiederholt verwendet. Ziel dürfte hier sein, durch ständige (auch variierte) Wiederholung den Adressaten zu beeinflussen, Sprach- und Denkmuster zu übernehmen. Bereits Hitler und Goebbels wiesen auf die Rolle der permanenten Wiederholung hin, Klemperer hat deren Effekt eindrucksvoll in der LTI nachgewiesen.

Durch stilistische Markierungen eines Textes wie »umgangssprachlich« kann der Produzent unterschiedliche Indizes vermitteln. Es kann der u. a. Beziehungsherstellung dienen und sein eigenes soziales Gefüge positionieren. Über sie werden demnach Sekundärinformationen vermittelt. Gerade die konnotativen Elemente der Texte sind wesentlich, die politisch-formale Kennzeichnung der Parteien als populistisch an der Textoberfläche zu markieren.

Wie bereits die in der Analyse angeführten Beispiele zeigen, wird umgangssprachliche Lexik vor allem in polemischer Absicht verwendet. Sie dient der Beziehungsgestaltung zum außerparlamentarischen Adressaten und vermittelt die Information, dass die Partei die gleiche Sprache wie der einfache Bürger im zwanglosen Gespräch spricht. Diese Taktik wird im Wahlkampf dann noch zugespitzt. Auch das ist ein Affront gegen die anderen Parteien und soll zeigen: Wir sprechen nicht über die Köpfe der Wähler weg!

Die provokante Wortwahl mag aber noch ein anderes Ziel verfolgen, nämlich die angesprochenen und besprochenen anderen Parteien zu emotionalen Gegenattacken zu treiben.

Argumentationsmuster und präferierte Topoi

Ziel jeder Argumentation ist ein Konsens über Strittiges. Die NPD greift somit die Fragen auf, bei denen Dissens mit den demokratischen Parteien besteht. Überzeugen will sie aber weniger die im Parlament vertretenen Parteien als vielmehr ihre Wählerklientel. Das gelingt umso besser, je mehr sie an die Prädispositionen der Wähler anknüpft.

In der Propaganda gilt: »Im Unterschied zu propagandistischen Slogans reflektieren Agitationsthemen unmittelbar die Prädispositionen der Zuhörerschaft. Der Agitator geht seine Zuhörer nicht von außen her an; vielmehr gibt

er sich wie jemand aus ihrer Mitte, der ihre innersten Gedanken formuliert. Er rührt das auf und drückt das in Worten aus, was in ihnen schlummert»³².

Das heißt, man konstituiert Gemeinsames zwischen NPD und »dem Bürger«. Somit verspricht man sich ein Ansteigen der Glaubwürdigkeit. Durch die »gleiche Sprache« werden auch Kommunikationsbarrieren abgebaut. Darauf verweist die Konzeption der social perception. Aaker/ Myers führen dazu aus, dass Menschen das, was sie sehen wollen, leichter sehen, und nennen vier Hauptgründe dafür, warum jemand überhaupt Informationen aufnehmen will. Diese müssen nützlich für den Empfänger sein, sollen ihn unmittelbar stimulieren und interessieren und die eigenen Einstellungen bestätigen³³. Gerade die Prädispositionen der Empfänger haben im Hinblick auf politisches Verhalten zwei Funktionen:

»Erstens geben sie eine Leitlinie vor, der als ‚default value‘ ohne Informationsaufnahme unmittelbar gefolgt werden kann – als feststehende Entscheidungstendenz prägen sie insoweit politisches Verhalten *direkt*. Zweitens üben sie einen *indirekten* Einfluß aus, indem sie als Instrumente zur Komplexitätsreduktion fungieren; sie erfüllen eine Filterfunktion, indem sie darauf einwirken, welche politischen Informationen aufgenommen und wie diese verarbeitet werden.«³⁴

Dabei bedienen sich die rechtsextremen Parteien des Mechanismus, dass unrepräsentative Eindrücke generalisiert werden. Van Dijk³⁵ geht auf die Entstehung von Stereotypen ein und nennt als Ursache das so genannte episodische Gedächtnis, das persönliche Erlebnisse und Erfahrungen sowie daraus abstrahierte Modelle dieser Erfahrungen speichert. Diese privaten Erfahrungen werden mit einer vox populi in Einklang gebracht. So wird der Einzelne angesprochen, indem seine eigenen Erfahrungen in die einer Gemeinsamkeit, die der Gruppe »Volk« eingebunden werden. Dabei werden diese Stereotype meist durch den Vergleich der Eigengruppe mit einer Fremdgruppe herausgebildet, bei dem das positive Selbstbild der eigenen Gruppe zum Maßstab erhoben wird.

Das Ansprechen unrepräsentativer Erfahrungen kann sich bis in die sprachliche Realisierung hinein geschehen. So formuliert auch Sontheimer im Kontext der Kritik an der Sprache linker Theorien: »Sie scheiterten fast

32 Leo Löwenthal: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Schriften 3. Frankfurt/M. 1990. S. 18.

33 David A. Aaker / John G. Myers: Advertising Management. Englewood Cliffs 1975. S. 273.

34 Rüdiger Schmitt-Beck: Wähler unter Einfluß. In: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bonn 1998. S. S. 307f.

35 Zitiert bei Ruth Wodak (Hrsg.): »Wir sind alle unschuldige Täter«. Diskurs-historische Studien zum Nachkriegssemismus. Frankfurt/M. 1990. S. 38.

regelmäßig, weil sie nicht verstanden wurden. Sie wurden freilich nicht nur deswegen nicht verstanden, weil die Bewußtseinsänderer zu abstrakt und zu ‚studiert‘ argumentierten, sondern weil sie ganz einfach die Erfahrungswelt ihrer Adressaten nicht zu erreichen vermochten, bzw. an deren konkreten Interessen vorbeipalaverten.«³⁶

Ähnlich äußerte sich auch Ueding: »Politische Argumente, die diese Merkmale verloren haben, weil die Bezugnahme auf die konkrete Interessiertheit der Menschen nicht mehr gegeben ist, werden zu dünnen Abstraktionen, die niemanden mehr überzeugen, obwohl ihr rationaler Geltungsanspruch nicht gelitten hat.«³⁷

Einige argumentative Taktiken sollen im Folgenden an zwei Reden Apfels und einer Rede Gansels nachgewiesen werden. Thema aller Reden ist der 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens.

Apfel-Rede

Apfel beginnt mit dem *Ist-Zustand* der bisherigen Ehrungen, idem er gegen die *Blockparteien* polemisiert. Diese Kritik ist je nach Partei differenziert. Das äußert sich auch im Wortschatz. Die CDU *verschwendet nicht den geringsten Gedanken ... sie plant stattdessen*. Die PDS dagegen steht im Kontext mit *perversen, Opfer verhöhnende Aktionen linksradikaler Chaoten*, ist, da handlungsorientiert, weitaus gefährlicher.

Nach der Nennung solcher Beispiele verallgemeinert er: *Doch für die Opfer des alliierten Bombenterrors bleibt offensichtlich im dicht gefüllten Terminkalender der Sühnekultur in Deutschland kein Platz mehr übrig*³⁸ und schlussfolgert: *Das alles ... ist jämmerlich, ist würdelos bis zum Erbrechen*. Diese Bewertung versucht er erneut mit emotional aufgeladenen drei Fragen zu beweisen, die von stark konnotativem Wortschatz geprägt sind. Implizit nennt er in ihnen seine Wertvorstellungen und beschuldigt den Landtag *Ist es nicht absurd, dass ausgerechnet jene an Zahlen herummanipulieren, die sonst bei jeder Gelegenheit Menschen vor Strafgerichte des BRD-Gesinnungsstaates zerrren, weil sie jüdische Opferzahlen infrage stellen?* Als Nächstes nennt er quasi antithetisch (*ganz im Gegenteil*) die ihm angemessen erscheinende Art des Gedenkens. Quasi als neutrales Autoritätszitat verwendet er einen Satz des ehemaligen Direktors des Holocaust-

36 Kurt Sontheimer: Die Sprache linker Theorie. In: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.): Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik. Stuttgart 1979. S. 53. Diese Kritik gilt m. E. heute aber besonders für die Sprache der Parteien der Mitte.

37 Gert Ueding (1997): Argument und Phrase. In: »Die Welt« vom 15.11.1997. S. 4.

38 Die in diesem Kontext gestellte Frage *Sind Ihnen deutsche Opfer weniger wert als andere?* Wurde fast im gleichen Wortlaut bereits 1979 in der »Deutschen Nationalzeitung« (Nr.7/1979. S. 8) formuliert: »*Sind deutsche Opfer weniger wert als jüdische?*«

Museums in Washington. Er vergleicht damit bereits hier implizit Dresden mit den Massenmorden an den Juden. Der Holocaust-Vergleich ist damit hier implizit auch vorhanden. In diesem Zusammenhang könnte man von einem perfiden Besetzen von Begriffen reden. Der verwendete Ausdruck vom »Bombenh Holocaust« wurde bereits in »Die deutsche Nationalzeitung« 1979 verwendet. Im Jahrgang 1979 der Zeitung ist eine fast inflationäre Verwendung von *Holocaust* zu finden: »Holocaust von Dresden«, »Holocaust an den Vertriebenen«, »Holocaust an Hiroshima und Nagasaki«, »Holocaust an den Jugoslawien-Deutschen«, »Holocaust an der Indianern«, »Der Holocaust-Weltrekord. 142 Millionen Todesopfer des Kommunismus«. Ziel ist auch hier eine Relativierung der Massenmorde an Juden. Dass 1979 die Benennung nicht durch die Medien thematisiert wurde, mag verschiedene Ursachen haben. 2005 aber reagiert der SPD-Abgeordnete Gerlach unmittelbar darauf: *Das Wort Holocaust ist ein für allemal für diesen einmaligen und mit nichts vergleichbaren barbarischen Akt der Vernichtung durch die Nazis belegt.* Er verwehrt sich gegen die nichtzulässige Verallgemeinerung. 1979, also 25 Jahre vorher, war der Begriff *Holocaust* durch die gleichnamige amerikanische Fernsehserie in Deutschland bekannt geworden und bald als Bezeichnung für die systematische Vernichtung der Juden festgelegt worden. Die Usurpation des Begriffes durch die Rechten auf jedwede Vernichtung von Menschen ist somit gleichzeitig eine Leugnung der verbrecherischen Nazi-Barbarei und Geschichtsrevisionismus. Bei der Gleichsetzung der Tötung von Juden und z.B. der Menschen in Dresden wird der Begriffsinhalt von *Holocaust* unzulässig reduziert, quasi nur das Ergebnis erfasst, politische Hintergründe werden aus dem Begriffsinhalt getilgt.

Ein weiterer Argumentationsschritt besteht darin, dass Apfel historische Zusammenhänge zwischen der Bombardierung Dresdens und der heutigen US-amerikanischen Politik herstellt *Die gleichen Massenmörder, die am 13. Februar Dresden ausgelöscht haben, sind heute drauf und dran, neue Kriege vom Felde zu ziehen.* Der Vergleich gipfelt in der stark wertenden Wortgruppe *anglo-amerikanische Gangsterpolitik*. Damit verwendet er Metaphern aus dem Bereich der Kriminalität.

Gansel-Rede

Gansel stellt als erstes intertextuelle Bezüge zu der Vorrede von Weiss her und beschuldigt Weiss der Lüge, dieser habe *moralische Betroffenheit* statt *historischer Fakten* gezeigt³⁹. Gansel wiederholt *historische Fakten* und

³⁹ Hier ist interessant, dass sich gerade die NPD gegen Moral wehrt, sagt doch Apfel am 19.10.2004: »... werden wir Nationaldemokraten eben dann die letzte moralische Instanz in diesem Hause sein«. Hinzu kommt, dass eben gerade die NPD moralische Argumente verwendet.

verwendet *historische Realität, Wirklichkeit*. Dieser Vorwurf wird ausgeweitet auf *die etablierten Parteien* insgesamt und wertend-normierend verallgemeinert: *Niemand ist verächtlicher ...* Dem folgt eine Attacke gegen die *sächsischen Altparteien* und ihre *moralische Arroganz*. Verbunden mit einer explizit wertenden Antithese: *Die Behauptung, ein allein durch Deutschland verschuldeter Krieg sei in Form des alliierten Bombenterrors auf das Land der Täter zurückgefallen, ist infam und unwahr* wird die These der NPD und ihr verbaler Angriff auf Churchill vorbereitet. Diese These wird gestützt durch mehrere historische Zitate, die belegen sollen, dass es seit jeher einen »eliminatorischen Antigermanismus« gab. Der Zusammenhang zur gegenwärtigen Situation und dem Verhalten der BRD wird durch die Erwähnung des Karlspreises für Churchill hergestellt. Dem folgt wiederum eine Verallgemeinerung: *Solche historischen Geschmacklosigkeiten sind nur in der BRD mit ihrer selektiven Erinnerungskultur und ihrer abgefeimten Preisverleihungspraxis möglich*. Nach einer anschließenden expliziten Replik auf den Vorredner wird die Rede mit einer Drohung beendet, die das Bild vom Schlagen *mächtiger Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen* beinhaltet.

Beiden Reden haben ähnliche argumentative Vorgehensweisen. Ausgangspunkt ist jeweils eine Situationsbeschreibung, die zusätzlich durch die negativ wertenden sprachlichen Momente eine Situationsbewertung enthält. Dabei fällt auf, dass hier sehr viele Einzelbeispiele aufgeführt werden. Klein⁴⁰ stellt dagegen für den allgemeinen parlamentarischen Diskurs fest, dass die professionelle Präention der politischen Akteure, Gesamtlagen zu überblicken, dazu führt, dass vor allem Statistiken und anderes Abstrahierende genannt werden und Einzelbeispiele z. T. bewusst gemieden werden, da diese suggestiv und emotionalisierend wirken. Auf diese Wirkung aber setzt die NPD. So werden z.B. Personen zitiert, denen a priori keine rechte Gesinnung vorgeworfen werden kann (Churchill, Berenbaum)

Als nächster Schritt werden die eigenen Normvorstellungen genannt und wiederholt den Normen anderer Parteien antithetisch gegenübergestellt. Auch hier können, um zu emotionalisieren, weitere Momente einer Stützung eingesetzt werden. Fast alle Reden aber enden mit der Nennung von eigenen Zielen, die in Antithese zu denen der anderen Parteien stehen. Dieser antithetische Charakter kann durch Drohungen (Handlungsankündigungen) noch potenziert werden.

40 Josef Klein: Textsorten im Bereich politischer Institutionen. In: Klaus Brinker / Gerd Antos / Wolfgang Heinemann e. a. (Hrsg.): Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. Berlin / New York. S. 732–755.

NPD-Festreden

Im Gegensatz zur Parlamentsrede baut die Festrede auf dem Konsens zwischen Redner und Zuhörern auf, ihre Aufgabe ist das »delectare«. Aus diesem Grund erschien es interessant die am 20.1.05 im Landtag gehaltene Rede Apfels zu analysieren.

Das Konsensuelle äußert sich auch dahingehend, dass vor allem Gemeinsamkeiten zwischen Redner und Zuhörern genannt werden. Es ist also zu vermuten, dass solche Reden eher gemeinsame Ziele und Werte nennen als parlamentarische Debatten, in denen der Dissens zu anderen Parteien thematisiert wird. Außerdem ist in diesem Falle von einem weltanschaulich homogenen Adressatenkreis zu sprechen.

Apfel beginnt, wie bei Festreden Usus, mit dem Ist-Zustand. Er thematisiert den Wahlsieg und sieht ihn als Ergebnis permanenter Arbeit und des Schulterschlusses mit allen rechten Kräften. Damit erweist er gleichzeitig seine Reverenz an die anwesenden Vertreter der anderen rechten Parteien.

Anschließend stellt er die Vergangenheit seiner Partei dar. In der Selbstdarstellung überwiegen thematische Aspekte des *Nationalen Schulterschlusses*. In dieser Textpassage zu finden ist *Was vielerorts schon als Gebot der Stunde erkannt war, aber oftmals nur eine Vision blieb, gelang hier in Dresden ...* Goebbels Sportpalast-Rede vom 18.2. 1943 endet mit den Worten »... das ist das Gebot der Stunde. Nun Volk steh auf und Sturm brich los«. Apfel zitiert zwar nur Teile des Goebbels-Satzes, spielt aber so deutlich darauf an, dass der kundige Zuhörer der Rede das gesamte Zitat einschließlich des am Ende stehenden Aufrufs erinnert.

Es folgt eine umfangreichere Passage der Selbstdarstellung, die eingeleitet wird durch drei relativ kurze Hauptsätze, die Kritik an den *Etablierten* beinhalten. Sie haben

1. *den Nationalstaat aufgegeben;*
2. *Deutschland vorsätzlich zu einer Provinz der Brüsseler Bürokratie umgewandelt;*
3. *Gleichsam wurde Deutschland systematisch in einen Vielvölkerstaat umgewandelt.*

In diesen drei Punkten werden die Schwerpunkte der rechten Politik genannt. Antithetisch dazu werden sie nochmals explizit und sprachlich verkürzt-pointiert ausgeführt: *Wir Nationaldemokraten fühlen uns ausschließlich dem deutschen Volk verpflichtet, niemals einer multikulturellen Gesellschaft oder einem auf deutschem Boden errichteten Vielvölkerstaat.* Dadurch wird die Nichtübereinstimmung mit der Meinung der *Etablierten* wiederholt. Dem folgt eine Passage, die wieder deutlich auf den Jetzzustand

referiert: *Mit dem 19. September ist ein bedeutsamer Meilenstein gesetzt worden. Denn:*

1. *Der in Sachsen praktizierte Schulterschluss aller volkstreu Deutschen ist nun keine Illusion mehr, sondern endlich eine greifbare Zukunftsperspektive⁴¹.*
2. *Überall gilt es den in Sachsen praktizierten Schulterschluss aller einigungswilligen Deutschen zu verwirklichen.*

Der in Sachsen praktizierte Schulterschluss wird wörtlich wiederholt. Damit wird die Bedeutung des Bezeichneten hervorgehoben. Fast erscheint es, als wolle man auf diese Weise eine Bezeichnung einführen, sie quasi terminologisch im Sprachgebrauch etablieren.

Erneut wird die Antithese vom *multikulturellen Abgrund* und *endlich wieder ein Volk sein* aufgestellt. Die negative Konnotation von *Abgrund* lässt das ohnehin vieldeutige Wort *Volk* noch semantisch verschwommener wirken und betont primär dessen positive Konnotation.

Es folgen Textstücke, die der positiven Selbstdarstellung der NPD dienen. Die Partei stellt sich dar als

- *bereit, aus den Fehlern anderer zu lernen,*
- *ohne sinnlose Ab- und Ausgrenzerei,*
- *nicht überheblich,*
- *Defizite habend* (aber nicht daran Schuld habend),
- *Verantwortung habend für das Nationale Lager.*

Selbstlos: Es geht nicht um Parteien, kämpfen wir für ein sauberes, ein anständiges, ein besseres Deutschland, damit unsere Kinder und Enkel auch in Zukunft eine Zukunft in diesem deutschen Vaterland haben werden.

Wiederholt wird *volkstreu* verwendet, eine Kombination von zwei positiv bewerteten Wörtern. *Treue* ist Bestandteil des deutschen Tugendkatalogs.⁴²

Intertextuelle Beziehungen

Jeder Text steht zu anderen Texten in Beziehungen. Die Landtagsreden referieren z. T. direkt auf Reden eines vorherigen Redners. Sie können diese bestätigen oder aber auch widerlegen.

Texte stehen aber auch in einem weiteren historischen Kontext zu anderen Texten in Beziehung. Diese Beziehung ist weitgehend durch die Thematik und Intentionen der Texte geprägt. Durch den Vergleich unterschied-

41 Gibt es eine zeitlich andere Perspektive? Hier liegt eine Dopplung vor.

42 Vgl dazu Einigkeit und Recht und Treue für das deutsche Vaterland ...

licher Texte können häufig auch sprachliche Gemeinsamkeiten nachgewiesen werden. Konkret können sich diese unterschiedlich realisieren.

So können in Texten wie dem Parteiprogramm der NPD Reformulierungen des NSDAP-Programmes von 1920 nachgewiesen werden:

<i>NSDAP 1920</i>	<i>NPD-Programm</i>
<p>Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung eines Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen aus dem Reiche auszuweisen.</p>	<p>Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben.</p>
<p>Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 3. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.</p>	<p>Deutsche und Angehörige fremder Völker stehen sich ... immer feindseliger gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Friede zunehmend gefährdet. Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten.</p>
<p>Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.</p>	<p>10. Deutschland in seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen. Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenz- anerkennungsverträge.</p> <p>11. Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch die einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands, die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher.</p>

Texte des Interaktionsrahmens politische Propaganda

Ein weiteres ergänzendes Textkorpus setzt sich zusammen aus Texten, die sich an ein breiteres Publikum wenden. Sie sind der Zeitung »Deutsche Stimme. Monatszeitung für Politik und Kultur« entnommen sind.

»*Deutsche Stimme*«

Hier sollen nur exemplarisch einige Momente der Gestaltung aufgezeigt werden, die die These von der intertextuellen Wiederaufnahme entsprechender NS-Texte belegen.

Im Zusammenhang damit ist bereits die Farbgestaltung der Zeitung von Interesse. Der Titel ist in Rot gestaltet. Somit ergibt sich eine folgende Farbgebung der Zeitung:

Papier: weiß

Schrift: schwarz

Titel: rot.

»Die Farbkombination schwarz-weiß-rot kann in diesem Kontext durchaus als Anspielung auf die Reichskriegsflagge bzw. auf die daran anschließende nationalsozialistische Hakenkreuzfahne interpretiert werden, die aus den gleichen Farben zusammengesetzt sind. Die Popularität dieser Farbkombination im Rechtsextremismus geht nach Heller und Maegerle auf Hitler direkt zurück, der in *Mein Kampf* dieser Farbgebung folgende Konnotationen zuschreibt: ›Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen und im (schwarzen) Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird.«⁴³

Betrachtet man lediglich die Überschriften einer zufällig ausgewählten Zeitung (August 2003)⁴⁴, so ist zu belegen:

- *Das Berliner Globalisierungsregime schlägt zu;*
- *Alliiertes Terror;*
- *EU-Osterweiterung. Aufnahme des Vertreiberstaats Polen wird teuer;*
- *Systemmedien als Kolonisierungsmittel TV-Journalisten gestehen: BRD-Presse unterwirft sich USrael;*

43 Stefan Meier-Schuegraf: Zur visuellen Inszenierung rechtsextremer Politbanner im WorldWideWeb. 2005 [unv. Manuskript].

44 Ich habe, um die Repräsentativität der Aussagen zu gewährleisten, die Jahrgänge 2004 und 2005 an der Internetausgabe der Zeitung (www.deutsche-stimme.de) überprüft. Alles für die eine Printausgabe der »Deutsche Stimme« Festgestellte ließ sich auch dort verifizieren)

- *Ächtung antifaschistischer Gewalt. Erfreuliches Urteil des Bundesgerichtshofes;*
- *Verfassungsschutz ist Bonzenschutz;*
- *Am polnischen Wesen soll Europa genesen.*

Alle in den parlamentarischen Reden belegten Elemente von Feindbildern sind in der NPD-Zeitung noch verstärkt. Hier braucht man sich keinen demokratischen Mantel umzuhängen.

Die ideologische Durchdringung reicht auch in scheinbar unpolitische Themen resp. in den vorpolitischen Raum. So wird eine *Sommeruniversität der NPD Saarland* angekündigt, auf deren Programm folgende Seminare angeboten werden:

Seminar I – »Freund-Feind-Bestimmung in der Politik unter besonderer Berücksichtigung der Lehren von Carl Schmitt«;

Seminar II – Die Massenmedien als »Schutzhunde des Systems«.

Besonders die Berufung auf Schmitt ist Indiz für den Rückgriff auf die NS-Ideologie. Als Staats- und Verwaltungsrechtler hat Schmitt in der NS-Zeit permanent versucht, das NS-Regime zu legitimieren.

Auf der Seite *Kultur und Geistesleben* wird das *Große Pressefest* der NPD angekündigt, auf dem neben den Liedermacher Frank Rennicke u. a. die Rechtsrockgruppen *Hauptkampflinie* und *Nordfront* auftreten.

Dass die Zeitung sich bis in den Sprachduktus an die NS-Zeit anlehnt, wird auch in anscheinend unpolitischen Textsorten deutlich. Unter der Rubrik *Kleinanzeigenmarkt* finden sich in Kontaktanzeigen lexikalische Einheiten, die entweder ideologisch markiert sind (*Nationalist, deutsch-national, K.d.F.*), oder einfach durch ihre Frequenz in der NS-Zeit heute als zeitstilistisch für diese Zeit empfunden werden (*Mädel, Kameradin*). Der Stil gibt sekundäre Informationen, indem er Auskunft gibt über den Verfasser der Texte.

Sprachlich interessant ist, dass die NPD zur Darstellung von Feindbildern sehr häufig auf Fremdwörter zurückgreift. Neben der primären Information enthalten solche Wörter und Wortgruppen, vor allem da sie sicher nicht allen Lesern verständlich sind, eine sekundäre Information derart, dass sie fremd und beängstigend wirken. Dieselbe Erscheinung ist auch typisch für Texte der NS-Zeit.

Mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten sind Wechsel- oder Nichtwähler. Wenn die NPD diese Adressaten anspricht, ist davon auszugehen, dass sich darunter nicht nur a priori rechts orientierte Bürger befinden. Neben den bereits erwähnten intertextuellen Bezügen zu Texten der NSDAP müssen also in entsprechenden Texten der rechtsextremistischen Parteien innerhalb der Bundesrepublik auch Textelemente sein, die die Partei wählbar machen

für andere Bürger. So setzt z. B. das Parteiprogramm der NPD folgende Schwerpunkte:

1. Grundlage des Staates ist das Volk.
2. Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie.
3. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.
4. Die Wirtschaft muß dem Volke dienen.
5. Die raumorientierte Volkswirtschaft.
6. Währung, Steuern und Finanzen.
7. Sozialpolitik als nationale Solidarität.
8. Deutschland muß wieder deutsch werden.
9. Deutsche Souveränität und das Europa der Völker.
10. Ein Volk ohne Vergangenheit hat keine Zukunft.
11. Die Natur ist die allgemeine Lebensgrundlage.
12. Das Bildungssystem und die Kunst sind Teil der Volkskultur.
13. Reform des Rechtssystems.
14. Die Wehrpolitik muß eine nationale Grundlage haben.

Neben eindeutig rechtsextremistischen Themen sind in ihm Programmpunkte enthalten, die die Partei interessant machen auch für andere Schichten (Natur, Bildung). Es werden neben den traditionell rechten Themen wie Nationalismus verstärkt durch die Rechten unmittelbare Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft aufgegriffen.

In diesem Sinne schreibt auch die Zeitschrift »Nation und Europa. Deutsche Monatshefte. Deutsche Rechte 10/1993« in einer strategischen Skizze zum Wahljahr 1994: »Es dürfen keine Ziele aufgestellt werden, die im deutschen Volke umstritten sind. Die Ziele müssen reine Selbstverständlichkeiten sein und jene, die sie ablehnen, in tiefes Unrecht setzen. In diesem Sinne wurden von mir ›Zehn Ziele‹ (vgl. die Vielfalt der assoziativen Beziehungen, die durch die Zahl 10 hergestellt werden. R. G.) aufgestellt, denen kaum zu widersprechen ist, die schnell und leicht zu erreichen sind und die allein den Deutschen dienen:

1. Die Arbeitslosigkeit beseitigen!
2. Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit beenden!
3. Das Verkehrschaos aufheben!
4. Den Rauschgiftkrieg gewinnen!
5. Das organisierte Verbrechen zerschlagen!
6. Recht und Staat und Souveränität wiederherstellen!
7. Natur und Umwelt des deutschen Volkes retten!
8. Mitteldeutschland planmäßig wiederaufbauen!

9. Das Sozial- und Gesundheitswesen von Grund auf erneuern!

10. Die deutsche Kulturkatastrophe aufhalten!«

Dass die Forderungen nur gestellt und keine Möglichkeiten einer Realisierung gezeigt werden, wird in dem Artikel legitimiert durch folgende Passage: »Es dürfen keine Maßnahmen eingefordert werden, sondern ausschließlich Leistungen, weil Maßnahmen nur die Mittel, Leistungen aber die Ziele sind. Mit welchen Maßnahmen die Leistungen zu erbringen sind, ist Sache der regierenden Schuldner und nicht der regierten Gläubiger«.

Auch diese Textstelle ist symptomatisch für die populistische Tendenz der rechten Parteien, denn »schließlich manifestiert sich im Populismus ein starker Glaube an die Möglichkeiten einfacher Lösungen für die komplexen Probleme der modernen Welt, oftmals verbunden mit einer rückwärtsge wandten Sehnsucht nach einer einfacheren, mythologisierten und idealisier ten Vergangenheit«.

Oliver Decker / Elmar Brähler

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*

Die »Fieberkurve des wissenschaftlichen Outputs« zum Rechtsextremismus und verwandter Konzepte zeigt seit einigen Jahren steil nach oben.¹ Seit knapp siebzig Jahren ist die Rechtsextremismusforschung, stellt man sie in die Tradition der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung², ein prosperierendes Forschungsfeld. Die wellenartig verlaufende Intensität zeigt die Aktualität des Rechtsextremismus in der jeweiligen politischen Landschaft an, aber sowohl in der Politologie, der Soziologie, der Psychologie als auch in der Pädagogik ist die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konstant hoch.

Die Aufzählung der einzelnen Fachdisziplinen, die sich mit dem Phänomen wissenschaftlich auseinandersetzen, vermittelt einen ersten Eindruck von der Vielfältigkeit der Rechtsextremismusforschung. Diese kennzeichnet nicht nur, dass das Forschungsfeld in unterschiedlichen Fakultäten bearbeitet wird, sondern auch, dass die hierbei verwendeten theoretischen Konzepte, Begriff und Methoden sehr heterogen sind. Neben der Tatsache, dass sich in der Rechtsextremismusforschung konkurrierende Ansätze gegenüber stehen, ist die unterschiedliche Verwendung einer Reihe ihrer Begriffe ein Problem der Forschung.

Diese Heterogenität ist vor allem der Heterogenität des Forschungsgegenstandes geschuldet. Handlungen wie etwa das Wahlverhalten oder

* Der Beitrag fußt auf einem Referat von Prof. Brähler in der Konferenz der Stiftung am 9./10.9.2005. Er wurde erstveröffentlicht in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 42/2005. 17. Oktober 2005. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der APuZ.

1 Siehe Bernd Six: *Autoritarismusforschung. Zwischen Tradition und Emanzipation. Gruppendynamik* 28(1997). S. 223–238.

2 Siehe Erich Fromm: *Studie über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil* (1936). In: *Ders.: Gesamtausgabe*. Bd. 1. Stuttgart 1980. S. 139–187; Theodor W. Adorno / Else Frenkel-Brunswik / Daniel J. Levinson / R. Nevitt Sanford: *The Authoritarian Personality*. New York 1950.

Gewalttaten können als rechtsextremistisch bezeichnet werden, Gruppen und Parteien werden als rechtsextrem beschrieben, wie auch in der Einstellungsforschung die Zustimmung zu unterschiedlichen inhaltlichen Aussagen als rechtsextrem gekennzeichnet werden, beispielsweise zu Antisemitismus oder Sozialdarwinismus. Dabei kann es politisch unstrittig sein, dass die Bezeichnung zu Recht erfolgt. Aus wissenschaftlicher Sicht bleibt aber festzustellen, dass der Rechtsextremismusbegriff sehr unterschiedlich verwendet wird und damit nicht nur der Vielgestaltigkeit des Gegenstands Rechnung getragen wird. Denn die Heterogenität der rechtsextremen Erscheinungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl zur inhaltlichen Definition des Rechtsextremismus als auch zu seiner Entstehung und seiner empirischen Fassung in der Forschung konkurrierende Erklärungsansätze nebeneinander stehen. Der folgende Überblick über einige Traditionslinien beschränkt sich auf signifikante Ansätze in Zusammenhang mit der anschließenden Untersuchung.³

Erklärungsansätze

Der Klassiker der Einstellungsforschung, »The Authoritarian Personality«⁴ hatte zum Ziel, antidemokratische Haltungen in der Bevölkerung zu erfassen. Dabei wurde primär zwischen demokratischer und autoritärer Orientierung unterschieden. Die Autoren um Theodor W. Adorno stellten fest, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit oder von direkt geäußerten politischen Einstellungen bei den von ihnen Befragten antidemokratische Einstellungen vorhanden sein konnten. So konnten sie sowohl bei Anhängern rechtsextremer Parteien wie auch bei jenen demokratischer Parteien autoritäre Einstellungen nachweisen. Die autoritär Orientierten wurden dabei als auf Stärke und Mächtige fixiert beschrieben, dabei gleichzeitig aggressiv gegenüber Minderheiten und Schwachen. Die Autoren der Studie verstanden auf der Grundlage der psychoanalytischen Persönlichkeitstheorie Autoritarismus als Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur, die in der Sozialisation erworben wurden. Zur Erfassung der Probanden entwickelten die Autoren auf Grundlage von Forschungsinterviews

3 Ferner sei auf die einschlägige Literatur verwiesen: z. B. Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Berlin 2000; Jürgen Winkler / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen W. Falter: Stand und Perspektiven der Forschung. In: Jürgen F. Falter / Hans-Gerd Jaschke / Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen 1996. S. 9–21.

4 Theodor W. Adorno / Else Frenkel-Brunswik / Daniel J. Levinson / R. Nevitt Sanford: The Authoritarian Personality. New York 1950

einen Fragenbogen, die sogenannte F-Skala, mit der sie Populationen hinsichtlich der Ausprägung ihrer autoritärer Einstellungen beschrieben.⁵

Diese entwicklungs- und persönlichkeitspsychologischen Implikationen und die geringe Differenzierbarkeit zwischen unterschiedlichen antidemokratischen Positionen führten relativ früh zur Kritik an der Studie.⁶ Der als Berater an der Studie beteiligte Milton Rokeach setzte aus heutiger Sicht eher auf kognitionstheoretische Erklärungen der antidemokratischen Einstellungen, wenn er den Autoritarismus mit offenen oder geschlossenen Wertesystemen konfrontiert.⁷ Wie das Autoritarismus-Konzept, so ist auch das Dogmatismus-Konzept von Rokeach unabhängig vom politischen Links/Rechts-Schema: Autoritäre oder dogmatische Einstellungen können in jeder Partei oder sozialen Gruppierung angetroffen werden. Die mangelnde Differenzierbarkeit zwischen rechts- und linksextremen Positionen führte in der Forschung teilweise zu einer Abkehr vom Autoritarismus- und Dogmatismuskonzept.

Auch wenn in verschiedenen Ansätzen die Sozialisationstheorie in der Tradition der Berkley-Gruppe noch heute Zustimmung findet⁸ und ihren Erklärungsgehalt für rechtsextreme Einstellungen Bestätigung findet,⁹ fokussiert die Forschung nicht mehr auf autoritäre Charakterstrukturen, sondern stärker auf rechtsextreme Einstellungen¹⁰. Auch ist die Diskussion weniger von sozialpsychologischen als von politik- bzw. sozialwissenschaftlichen

5 Siehe Oliver Decker: Autoritarismus und Persönlichkeit. In: Texte aus dem Colloquium Psychoanalyse 5(1999). S. 115–129; Michael Schwandt: Subjektkonstitution und politische Praxis. Die Stellung der Psychoanalyse in der Kritischen Theorie. In: Ebenda. S. 98–114.

6 Auch das selbst für heutige Verhältnisse hochdifferenzierte methodische Instrumentarium wurde früh kontrovers diskutiert: Richard Christie / Marie Jahoda (Hrsg.): Studies in the Scope and Methode of the »Authoritarian Personality«. Glencoe 1954.

7 Siehe Milton Rokeach: The Open and the Close Mind. New York 1960.

8 Siehe Detlef Oesterreich: Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale. In: Zeitschrift für Soziologie 29(1998). S. 5–64; Christel Hopf / Wulf Hopf: Familie – Persönlichkeit – Politik. Grundfragen der politischen Sozialisation. Weinheim 1997.

9 Siehe M. Fuchs, Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55(2003). S. 654–678.

10 Die ebenfalls persönlichkeitstheoretischen Ansätze, die wie Inglehard (Ronald Inglehart: Kultureller Umbruch: Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt/M. 1989) mit seinem Materialismus-Postmaterialismus-Konzept die Werteorientierung in das Zentrum der Analyse stellen, können hier nicht weiter ausgeführt werden; siehe Helmut Klages / Hans-Jürgen Hippler / Willi Herbert (Hrsg.): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/M. 1992. Auch diese Ansätze gehen nicht vom klassischen /Links/Rechts-Schema aus, sondern verorten sicherheits- und ordnungsorientierte Einstellungen wie die ihnen entgegengesetzten toleranzorientierten Einstellungen unabhängig von der manifest geäußerten Parteipräferenz.

Konstrukten geprägt. Als solche Ansätze zur Erklärung des Rechtsextremismus sollen hier jene Modelle bezeichnet werden, die die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen von der Zugehörigkeit der Individuen zu bestimmten Gruppen oder Gesellschaftsschichten ableiten.

Ein bedeutender Ansatz sieht im bedrohten sozialen Status den Auslöser für rechtsextreme Einstellungen. Diese auf Richard Hofstadter und Seymour M. Lipset zurückgehende Forschungstradition sieht im Rechtsextremismus eine Reaktion auf drohende oder vollzogene gesellschaftliche Deklassierung:¹¹ Menschen, die ihren sozialen Status in Gefahr sehen, bzw. einen Status einnehmen, der unter einem gewünschten oder erwarteten liegt, neigen eher dazu, rechtsextreme Positionen zu vertreten. Als aktuelle Rezeption dieser Statusmodelle kann etwa die Desintegrationstheorie bezeichnet werden.¹² Der Nachteil dieses Ansatzes besteht in der Tatsache, dass Statusunsicherheit zwar sehr wohl zu einer rechtsextremen Orientierung führen kann, aber eben nicht muss. Damit bleiben notwendige Bedingungen rechter Orientierung im Dunkeln.

Neben diesen theoretisch orientierten Untersuchungen sind in jüngerer Zeit auch Studien durchgeführt worden, um einzelne Phänomene der rechtsextremen Szene zu erklären, etwa den Geschlechterunterschied sowohl bei rechtsextrem motivierter Gewalt als auch bei rechtsextremer Einstellung.¹³ So werden als Datenbasis sowohl mediale Produkte wie Zeitungen, Fernsehsendungen oder das Internet herangezogen,¹⁴ als auch persönliche Zeugnisse, wie Briefe, um Rechtsextremismus oder Teilaspekte wie den Antisemitismus¹⁵ zu untersuchen.

Abschließend muss die Heterogenität der empirischen Herangehensweise festgestellt werden. Berücksichtigen wir die sehr unterschiedlichen theoretischen Fassungen und die Heterogenität rechtsextremer Phänomene

11 Siehe Seymour Martin Lipset: *Soziologie der Demokratie*. Berlin 1962; Richard Hofstadter: *The Pseudo-Conservative Revolt*. In: Daniel Bell (Hrsg.): *The Radical Right*. Garden City 1964. S. 75–95.

12 Siehe Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*. Frankfurt/M. 1994.

13 Siehe Birgit Rommelspacher: *Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus*. In: Wilfried Schubarth / Richard Stöss (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. S. 199–219; Antifaschistisches Netzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): *Braune Schwestern – Feministische Analysen der extremen Rechten*. München 2005; Renate Bitzan: *Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisemitismus und völkischem Denken*. Tübingen 2000.

14 Siehe Burkhard Schröder: *Neonazis und Computernetze. Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen*. Reinbek 1995; Astrid Lange: *Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften: Ziele – Inhalte – Taktik*. München 1993.

15 Siehe Wolfgang Benz: *Was ist Antisemitismus?* Bonn 2004.

ne, so verwundert es nicht, dass die methodischen Zugänge zur empirischen Erfassung ebenfalls sehr unterschiedlich sind. Die oben genannten theoretischen Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextremer Einstellungen und Ideologien haben jeweils eine hohe Plausibilität, weisen jedoch auch spezifische Schwächen auf, die hier nur kurz angedeutet werden konnten. Empirisch lassen sich für die Zugänge in der Regel jeweils auch Anhaltspunkte finden, allerdings scheitert der Bezug der Erklärungsansätze aufeinander auch an der Heterogenität der eingesetzten Instrumente. Die Forschungsinstrumente sind häufig für die jeweilige Studie entworfene und nicht standardisierte Fragebögen. Der Rückbezug der so empirisch gewonnenen Ergebnisse auf andere Studien ist daher zumeist schwierig.

Hinzu kommt die in den empirischen Sozialwissenschaften existierende Trennung zwischen qualitativen (Forschungsinterviews) und quantitativen (Fragebögen) Zugängen; hierin zeigt sich in der Rechtsextremismusforschung die für die sozialwissenschaftliche Forschung immer noch paradigmatische methodologische Zweiteilung. Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass auch die Ergebnisse der Rechtsextremismusforschung sehr heterogen sind. So konnte in der bisherigen empirischen Forschung beispielsweise ein Ost/West-Unterschied zwar für eine einzelne Aspekte der Einstellung isoliert werden, dabei waren die Ergebnisse aber häufig widersprüchlich.¹⁶

Die Erhebung

Die hier vorgestellten Ergebnisse unserer Untersuchung im Auftrag der Universität Leipzig wurden im Zeitraum von September bis Oktober 2004 mit einem Fragebogen gewonnenen, der als Ergebnis einer Konsensuskonferenz entwickelt worden war. Die Fragen und teststatistisch abgesicherten sechs Skalen zur Erfassung des Rechtsextremismus sollen auch künftigen Untersuchungen zur Verfügung stehen. Rechtsextremismus wurde hinsichtlich einer Einstellungs- und einer Handlungsebene unterschieden. Mit dem Fragebogen sollen nur Einstellungen erhoben werden. Für die Entwicklung der Fragen zur Einstellungsmessung wurde die folgende Arbeitsdefinition herangezogen: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvor-

¹⁶ Siehe für eine Übersicht: Oliver Decker / Elmar Brähler: Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland. In: *Psychosozial* 23(2000)2. S. 31–38; Oliver Decker / Oskar Niedermayer / Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1(2003). S. 65–77.

stellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.«

Rechtsextremismus wird mit diesem Fragebogen in sechs Skalen erfasst, zu denen jeweils drei Fragen gestellt werden. So werden die Probanden nach der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (beispielsweise: »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.«), nach ihrer Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen (beispielsweise »Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.«), zu ausländerfeindlichen (beispielsweise: »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.«) und antisemitischen Aussagen (beispielsweise: »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns«) gefragt. Weiterhin wurde ihre Zustimmung zu Aussagen mit sozialdarwinistischem Inhalt (beispielsweise: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben«) und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen erfragt (beispielsweise: »Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen«) erfragt. Den Befragten wurden die Aussagen von einem Interviewer mit folgenden Worten präsentiert: »Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir, ob Sie völlig zustimmen, eher zustimmen, eher ablehnen oder völlig ablehnen.« Sie hatten dann die Möglichkeit, ihre Zustimmung, bzw. Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken (»stimme voll und ganz zu«, »stimme überwiegend zu«, »teils/teils«, »lehne überwiegend ab«, »lehne völlig ab«).

Die Befragung wurde im Auftrag der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut USUMA in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt. Die Zufallsauswahl der Haushalte erfolgte nach dem *random-route*-Verfahren, wobei die im Haushalt zu befragende Zielperson ebenfalls nach dem Zufallsprinzip (nach dem sogenannten Schwedenschlüssel) ermittelt wurde. Aus jedem Haushalt wurde somit nur eine Person befragt. Die Repräsentativität wurde durch die Ziehung von ADM-Stichproben gesichert.¹⁷ Die Grundgesamtheit in der von uns durchgeführten Erhebung stellte die deutschsprachige, in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung ab 14 Jahren dar. Die Ausschöpfungsquote der Bruttostichprobe betrug in der Erhebung ca. 68 Prozent. Sie ist damit annähernd mit den entsprechenden

¹⁷ Siehe Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (Hrsg.): Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung. Opladen 1999.

Quoten anderer bevölkerungsrepräsentativer Umfragen (wie z. B. ALLBUS oder Wohlfahrtssurvey) vergleichbar. Für die Höhe der Ausschöpfung sind neben qualitätsneutralen (Wohnung unbewohnt, keine Person der Grundgesamtheit im Haushalt) vor allem systematische Ausfälle (im Haushalt trotz zweimaligen Besuchs niemanden angetroffen / Haushalt verreist, Haushalt verweigert Auskunft, Zielperson trotz dreimaligen Besuchs nicht angetroffen, Zielperson krank / nicht in der Lage, dem Interview zu folgen, Zielperson verweigert Interview) verantwortlich. Merkmale der Stichprobe sind *Tabelle 1* zu entnehmen.

Ergebnisse

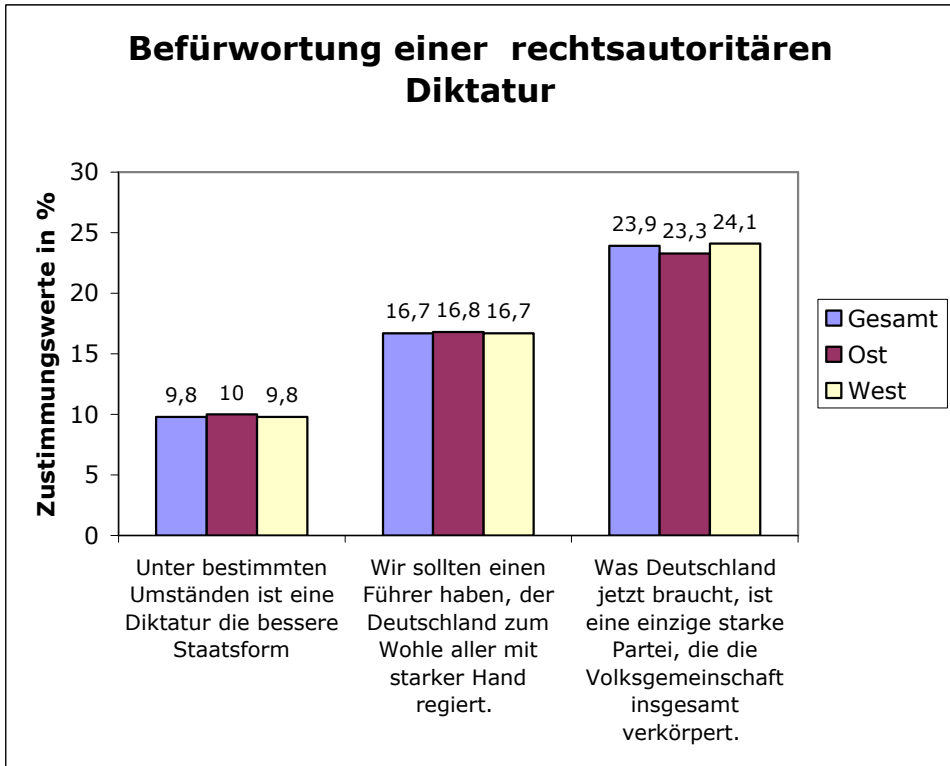
Zur besseren Darstellbarkeit wurden die Antwortmöglichkeiten »stimme voll und ganz zu« und »stimme überwiegend zu« zusammengefasst. In den abgebildeten Diagrammen werden die Prozentangaben derjenigen angegeben, die den Aussagen jeweils »voll und ganz« oder »überwiegend« zugestimmt haben. Die fehlenden Prozentangaben verteilen sich auf die hier nicht dargestellten Antwortmöglichkeiten »teils/teils«, »lehne überwiegend ab« und »lehne völlig ab«. Die den Probanden vorgelegten Aussagen werden den Skalen zugeordnet abgebildet.

Tabelle 1 – Soziodemographische Angaben zur Repräsentativerhebung 2004

		Gesamt (N=2.473)	in Prozent
Geschlecht	männlich	1.171	47,4
	weiblich	1.302	52,6
Alter	Mittelwert Range (von – bis)	48,1 14 – 99	
Wohnort	Ost	573	23,2
	West	1.900	76,8
Familien- stand	verheiratet, gemeinsam lebend	1.299	52,5
	verheiratet, getrennt lebend	26	1,1
	ledig	587	23,7
	geschieden	258	10,4
	verwitwet	303	12,3
Bildung	ohne Abschluss	36	1,5
	Hauptschulabschluss (8. Klasse)	1.112	45
	mittlere Reife/Realschule	678	27,4
	POS/10. Klasse	162	6,6
	Fachschule	70	2,8
	Abitur	177	7,2
	abgeschlossenes Hoch-/ FH-Studium	171	6,9
	Schüler/in	67	2,7
Erwerbs- tätigkeit	vollzeitbeschäftigt (≥ 35 Stunden)	899	36,4
	teilzeitbeschäftigt (15–34 Stunden)	189	7,6
	teilzeitbeschäftigt (≤ 14 Stunden)	49	2,0
	Zivildienstleistende/ Erziehungsurlaub	37	1,3
	Arbeitslose	168	6,8
	Rentner	754	30,5
	nicht berufstätig	185	7,5
	in Berufsausbildung	35	1,4
	in Schul-, Hochschul- ausbildung	157	6,4
Haushalts- einkommen (Netto, N=2.361)	< 750 Euro/Monat	105	4,5
	750 bis 1.250 Euro/Monat	507	21,5
	1.250 bis 2.000 Euro/Monat	911	38,6
	> 2.000 Euro/Monat	838	35,5

Diagramm 1 sind die Aussagen und die Zustimmungswerte zur »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur« zu entnehmen

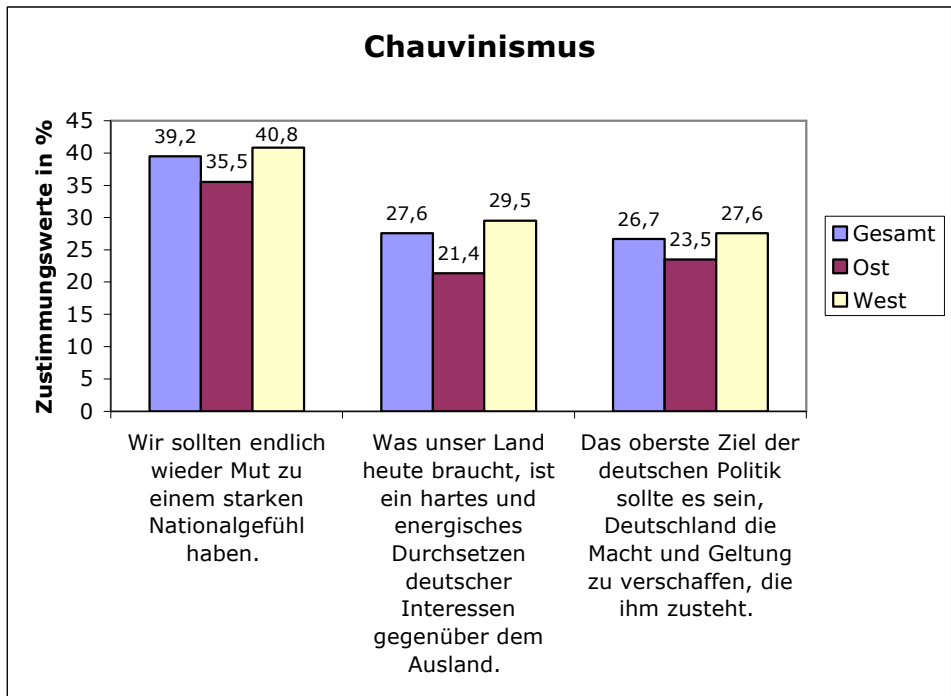
Diagramm 1



Insgesamt stimmten beispielsweise 9,8 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass eine Diktatur unter Umständen »die bessere Staatsform« sei, jeweils zu fast gleichen Teilen aus Ost- und Westdeutschland. Die Ost/West-Unterschiede sind marginal.

Die Zustimmungswerte zu Aussagen der Skala »Chauvinismus« sind *Diagramm 2* zu entnehmen.

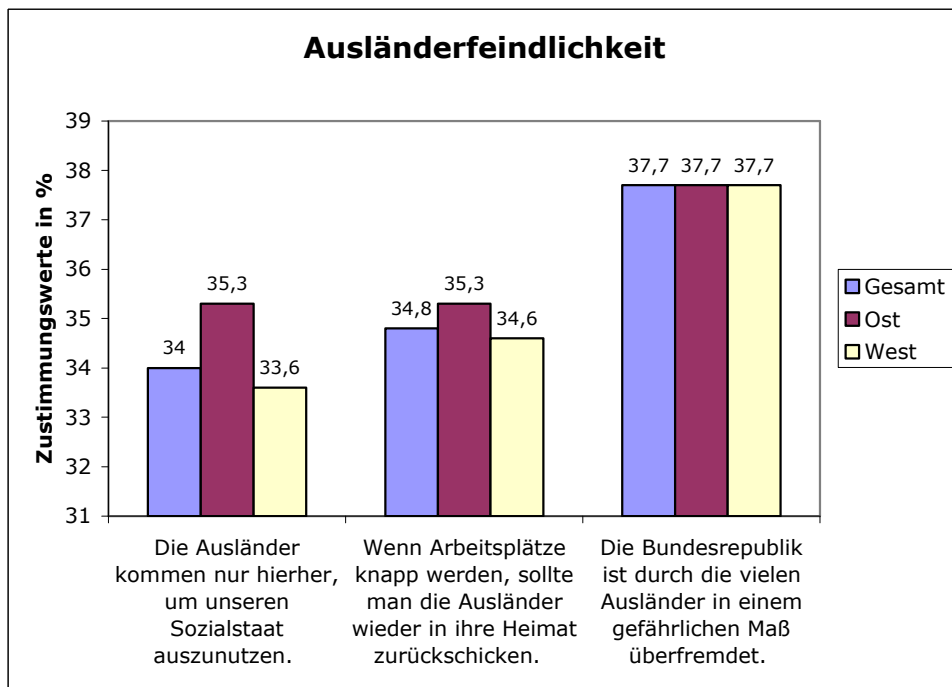
Diagramm 2



39,2 Prozent der Deutschen sind demnach der Ansicht, dass »wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten«. Hohe Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen sind ein klassisches Merkmal rechtsextremer Einstellungen.

Die Ergebnisse zur Skala »Ausländerfeindlichkeit« sind *Diagramm 3* zu entnehmen.

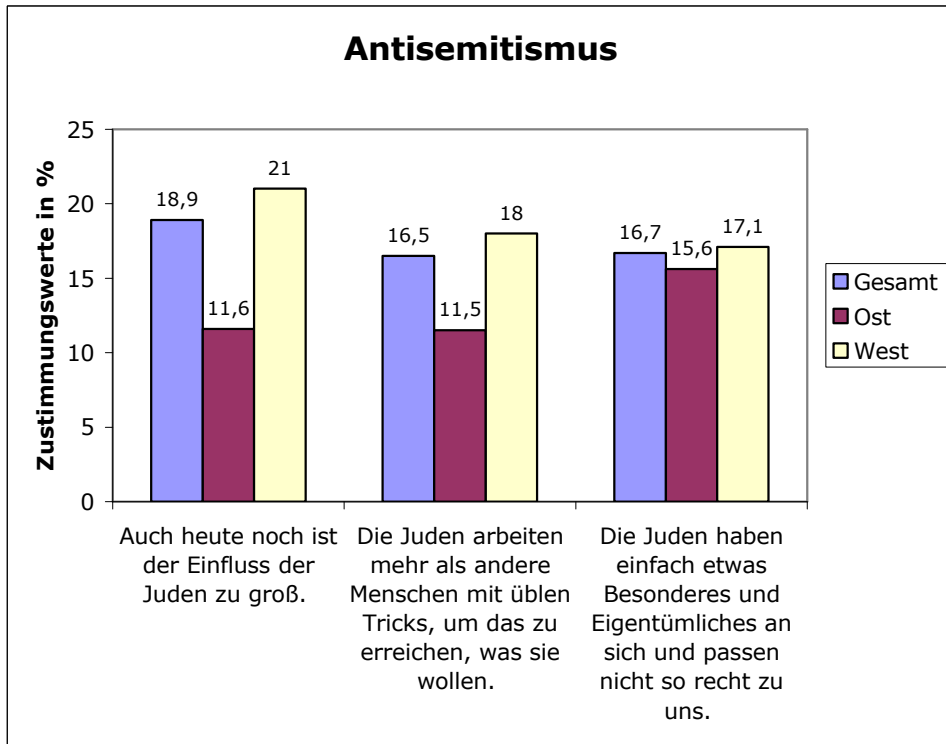
Diagramm 3



Der geringe Ost/West-Unterschied der bisher vorgestellten Skalen trifft hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit interessanterweise nicht zu. So sind mehr Ost- als Westdeutsche der Meinung, Ausländer kämen nur nach Deutschland, »um unseren Sozialstaat auszunutzen«.

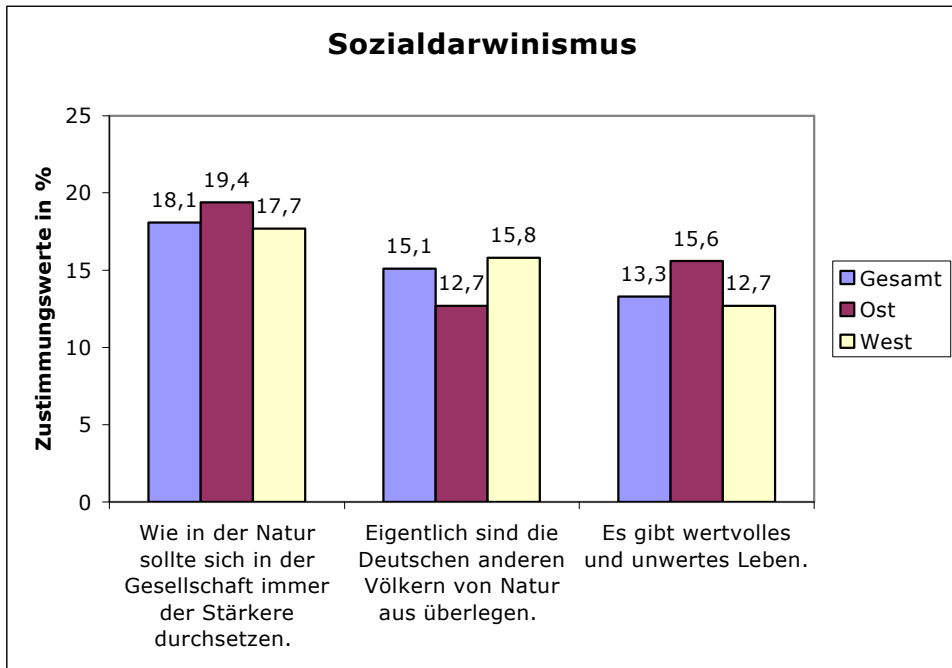
Ein weiteres Identifikationsmoment rechtsextremer Einstellungen ist der Antisemitismus. Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen ist in *Diagramm 4* dargestellt, wobei deutlich wird, dass die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen in Westdeutschland durchgängig höher ist als in Ostdeutschland.

Diagramm 4



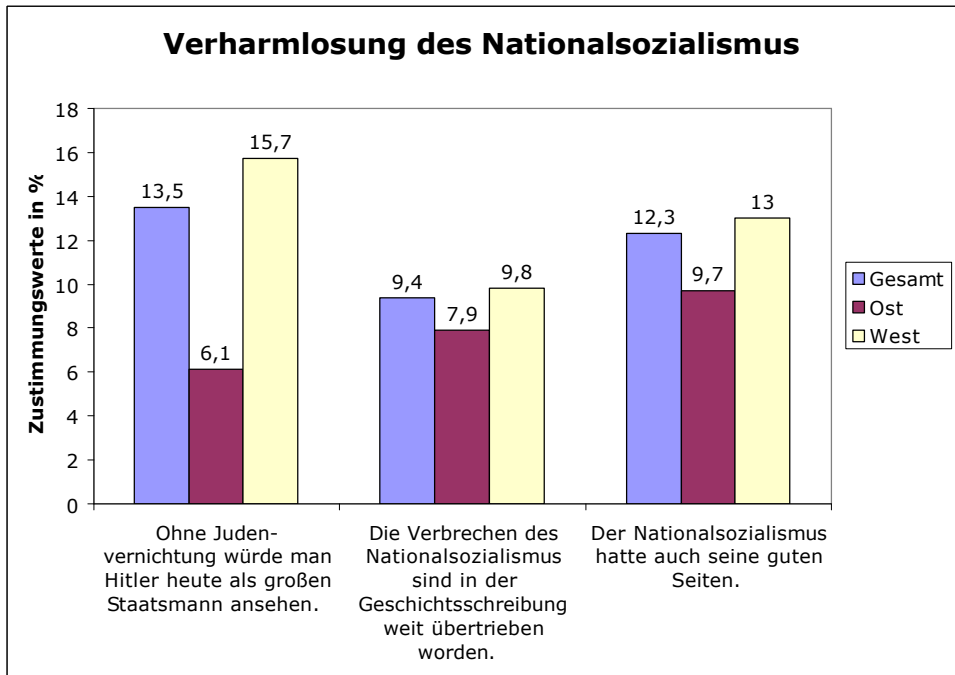
Der Sozialdarwinismus, die Übertragung eines kausalen Darwinismus auf die Gesellschaft zur Rechtfertigung aggressiver und ausgrenzender Handlungen gegenüber Schwächeren, wurde in unserer Erhebung ebenfalls mit drei Fragen abgebildet. Die Ergebnisse sind in *Diagramm 5* dargestellt.

Diagramm 5



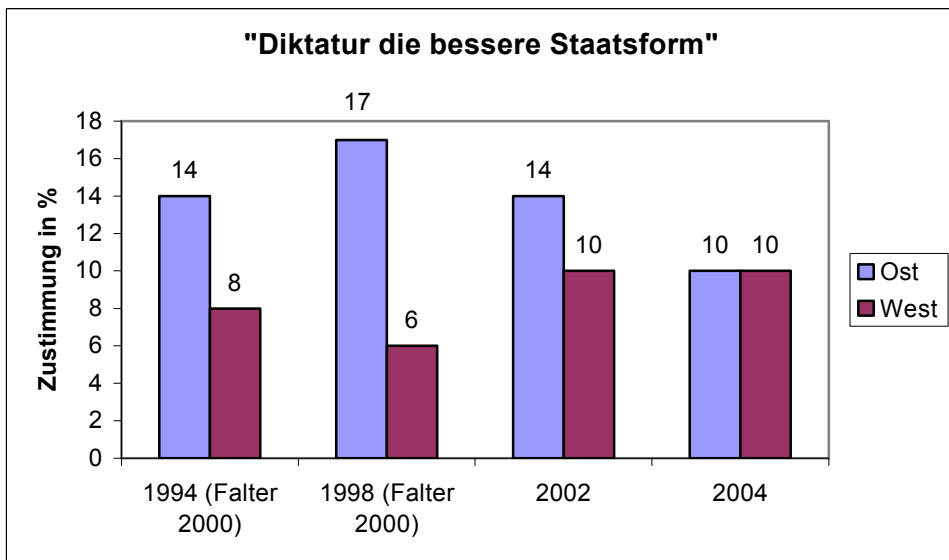
Große Ost/West-Differenzen finden wir auch in der »Verharmlosung des Nationalsozialismus« (Diagramm 6). Hierbei zeigen sich ebenfalls generell im Westen höhere Zustimmungswerte zu den einzelnen Aussagen.

Diagramm 6



Fassen wir die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen zusammen, sind insbesondere die zu mehr als ein Viertel hohen ausländerfeindlichen Einstellungen auffällig. Auch der Chauvinismus ist in der untersuchten repräsentativen Stichprobe sehr deutlich. Jeder zehnte Deutsche stimmt außerdem antisemitischen Aussagen ausdrücklich zu. In der Zusammenschau fällt ferner auf, dass die Werte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht so deutlich zu unterscheiden sind. Westdeutschland zeigt sich antisemitischer und chauvinistischer, ist aber weniger sozialdarwinistisch eingestellt. Hier hat in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden, wie den *Diagrammen 7, 8, 9 und 10* zu entnehmen ist (die Werte sind, anders als in den *Diagrammen 1 bis 6*, zum Zweck des Vergleichs mit dem von Jürgen W. Falter erhobenen Daten gerundet¹⁸).

Diagramm 7



8 Die Daten von 1994 und 1998 stammen aus: Jürgen Falter: Rechtsextremismus in Deutschland. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994–2000. In: Perspektive Nr. 7(2000) (Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz). S. 7–27. Die Daten von 2002 und 2004 stammen aus unserer Arbeitsgruppe; für die Daten aus 2002 siehe Oliver Decker / Oskar Niedermayer / Elmar Brähler: Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland.

Diagramm 8

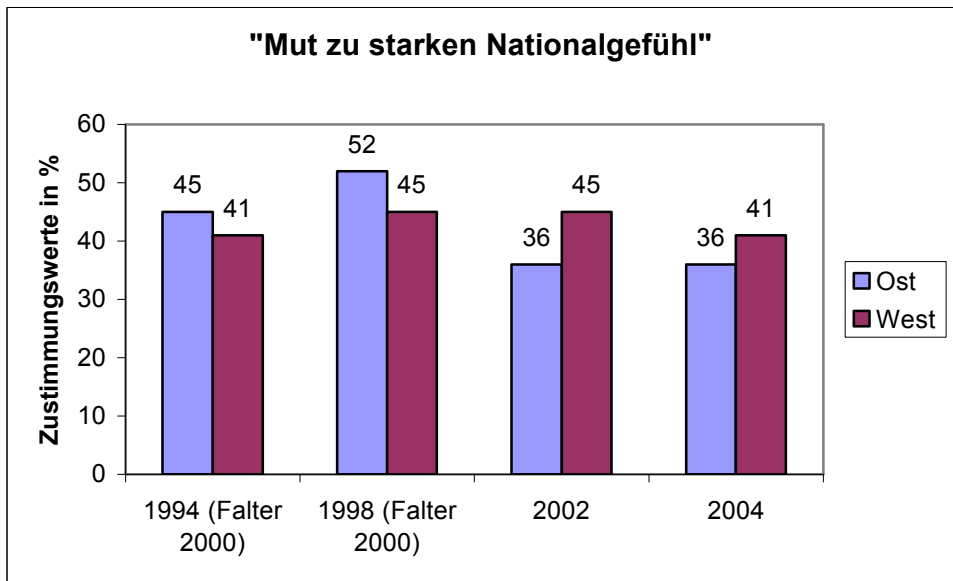


Diagramm 9

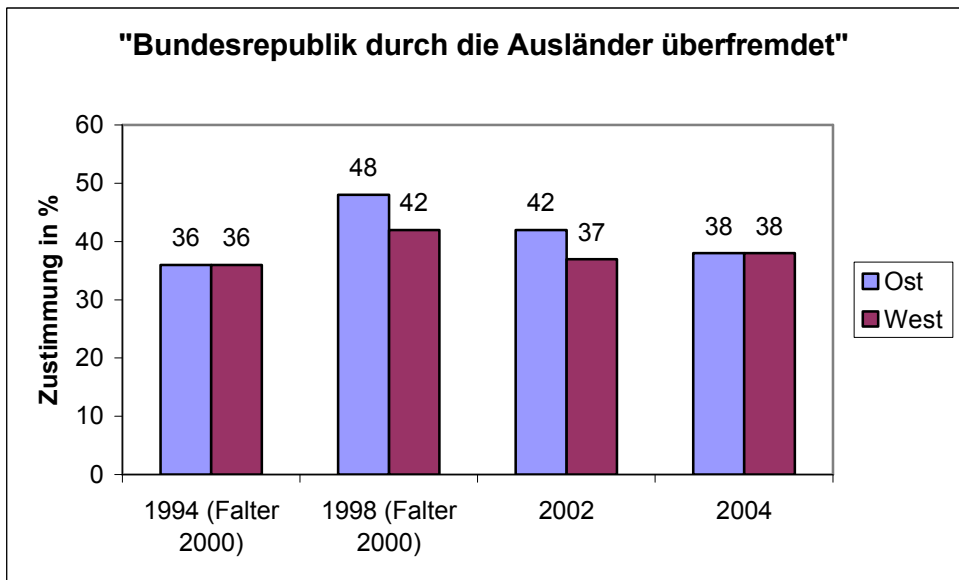
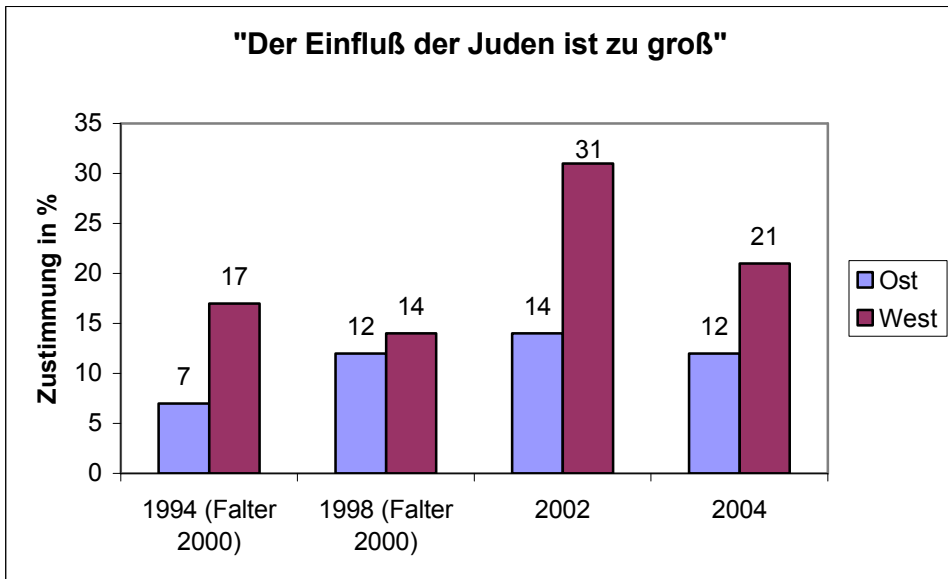


Diagramm 10



Sowohl die Zustimmung zu einer Diktatur, als auch zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen hat seit 1994 in Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen. In Westdeutschland stagnierten die Zustimmungswerte im selben Zeitraum oder zeigten eine geringe Zunahme. Antisemitismus scheint in beiden Landesteilen ein Sonderfall zu sein: Die Schwankung in Westdeutschland ist bei der Aussage deutlich zu verzeichnen. Während in Ostdeutschland die Zustimmungen von sieben Prozent 1994 bis auf zwölf Prozent heute zunahm, »explodierte« die Zustimmung im Westen förmlich auf 31 Prozent im Jahre 2002. Dabei war das Niveau von 1994 mit 17 Prozent bereits deutlich höher als im Osten. Mit 21 Prozent ist die Zustimmung zu dieser antisemitischen Aussage im Westen immer noch deutlicher ausgeprägt.

Den Tabellen 2, 3 und 4 sind die Zustimmungswerte in Abhängigkeit von Geschlecht, Erwerbsstatus und formalem Bildungsgrad zu entnehmen. In allen Skalen zeigen die Männer eine deutlich ausgeprägtere rechtsextreme Einstellung als die befragten Frauen. Dabei nähern sich die Frauen in der Ausländerfeindlichkeit den Männern an, erreichen aber auch hier nur annähernd die männlichen Zustimmungswerte. Interessant ist, dass die Zustimmung bei Arbeitslosen deutlich höher ist als bei den anderen Gruppen. Aber auch hier fallen die in allen Gruppen hohen Zustimmungswerte auf, während Befragte mit allgemeiner Hochschulreife deutlich niedrigere Zu-

stimmungswerte zu verzeichnen haben, als die Vergleichsgruppe ohne Abitur.

Tabelle 2 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom Geschlecht

	Männer	Frauen
Befürwortung Diktatur	8	5
Chauvinismus	21	17
Ausländerfeindlichkeit	26	25
Antisemitismus	13	7
Sozialdarwinismus	8	5
Verharmlosung Nationalsozialismus	6	3

Tabelle 3 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus

	Ausbildung/ Wehrdienst	erwerbstätig	arbeitslos	Hausfrau/ Hausmann	Ruhestand
Befürwortung Diktatur	5	5	9	5	8
Chauvinismus	17	17	19	14	23
Ausländerfeindlichkeit	22	23	31	23	30
Antisemitismus	8	8	13	7	13
Sozialdarwinismus	5	7	10	3	6
Verharmlosung Nationalsozialismus	2	4	7	2	6

Tabelle 4 – Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Abhängigkeit vom formalen Bildungsgrad, Vergleich Repräsentativerhebung 2002 und 2004

	Abitur		ohne Abitur	
	2002	2004	2002	2004
Befürwortung Diktatur	3	4	8	7
Chauvinismus	9	9	21	21
Ausländerfeindlichkeit	12	14	27	27
Antisemitismus	2	5	14	11
Sozialdarwinismus	1	2	6	7
Verharmlosung Nationalsozialismus	1	2	5	5

Auswertung

Die hohen Zustimmungswerte zu den meisten rechtsextremen Aussagen sind bemerkenswert. Die größte Zustimmung haben bundesweit ausländerfeindliche Aussagen, denen immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausdrücklich zu stimmen. Ein weiterhin großer Anteil der deutschen Bevölkerung stimmt Aussagen mit chauvinistischen Inhalten zu. Hinzu kommt die Gruppe der Personen, die angeben, den Aussagen zwar nicht zustimmen zu können, sie aber auch nicht ablehnen zu wollen: Eine Modifikation der Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit kann angenommen werden. Das gilt auch für die antisemitischen Aussagen: Der Antisemitismus fällt mit zehn Prozent ausdrücklicher Zustimmung geringer aus als die Ausländerfeindlichkeit, ist jedoch mehr als ein Randphänomen.

Die Zustimmungswerte sind nicht in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen hoch. Auf der Ebene der einzelnen Aussagen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Geschlecht, Bildungsgrad und sozialer Lage ausmachen, aber auch Veränderungen im Antwortverhalten im Vergleich zu unserer Erhebung im Jahre 2002 sind festzustellen.

Im Ost/West-Vergleich sind noch immer deutliche Einstellungsunterschiede zu verzeichnen. Diese treten hervor, wenn viele Westdeutsche Hitler als »großen Staatsmann« sehen, den heutigen Einfluss »der Juden« als zu groß bewerten und ein starkes Nationalgefühl einfordern. Betrachten

wir die Zustimmungswerte zu den Aussagen nach Skalen, sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht ganz mehr so deutlich ausgeprägt. Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. Als positiver Trend soll festgehalten werden, dass die Zustimmungswerte insgesamt abgenommen haben. Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen zu erkennen sind.

Im Vergleich zur Repräsentativerhebung von 2002 lässt sich für Ostdeutschland ein Trend ausmachen: Die Zustimmungswerte zu Aussagen, dass eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sei und dass eine »Überfremdung« durch Ausländer drohe, haben abgenommen. Ähnliches gilt für die westdeutsche Zustimmung zur Forderung, »Mut zu einem starken Nationalgefühl« zu haben, sie fällt geringer aus. Am deutlichsten ist im Westen die Abnahme des Antisemitismus: Sahen 2002 noch 31 Prozent einen »großen Einfluss der Juden«, so sank die Zahl 2004 um zehn Prozentpunkte auf auf 21 Prozent.

Diese Abnahme kann zum einen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme und antisemitische Aussagen nach wie vor relativ hohe Zustimmung zu verzeichnen haben. Zum anderen sollten bei der Interpretation die vor zwei Jahren noch manifest geäußerten antisemitischen Aussagen von einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung berücksichtigt werden. Die nun im Verhältnis dazu geringeren Zustimmungswerte binnen zwei Jahren können nicht beruhigen, sprechen sie doch eher für eine Latenz des Antisemitismus als für einen grundsätzlichen Einstellungswandel.

Betrachten wir Einflussfaktoren auf das Zustimmungsverhalten: Der deutliche Einfluss des Bildungsgrades auf die Zustimmung ist in bisherigen Studien bestätigt worden: Menschen mit höherem Schulabschluss stimmen rechtsextremen Aussagen seltener zu als jene, die einen niedrigeren Schulabschluss besitzen. Allerdings hat sich dieser Unterschied in der Befragung 2004 deutlich verringert. Der Anteil der Menschen mit Abitur als Schulabschluss, die den Aussagen zustimmen, hat deutlich zugenommen, insbesondere hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit. Frauen stimmten auch in dieser Erhebung rechtsextremen Aussagen weniger zu, als Männer. Einzig bei der Ausländerfeindlichkeit liegen die Geschlechter gleich auf.

Für die These, dass höhere Zustimmungswerte bei sogenannten Modernisierungsverlierern anzutreffen sind, kann durch die Befragung gestützt werden. Arbeitslose haben bei allen Skalen eine deutlich rechtsextremere Einstellung, als die anderen Bevölkerungsgruppen. Die hohe Zustimmung bei der Rentnern korrespondiert mit dem Alterseffekt, den wir ausmachen

konnten. Unterteilen wir die Untersuchungsgruppe in Altersgruppen, so zeigen die über sechziger Jährigen die höchste Zustimmung.

Die vorliegenden Daten lassen in einem Punkt aufmerken: Die Zunahme rechtsextremer Einstellung in der Gruppe mit höherem Bildungsabschluss ist deutlich. Personen mit Abitur hatten bisher stabil niedrige Zustimmungswerte. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Untersuchungen bestätigen, zeigt er einen Forschungsbedarf an. Bisher wurde Bildung als deutlicher Schutzfaktor gegen rechtsextreme und antisemitische Einstellungen bewertet. Sollte sich diese Annahme als falsch erweisen, gilt es die Ursachen für den Einstellungswechsel aufzuklären.

Einen ersten Hinweis geben die hohen Zustimmungswerte der sogenannten Modernisierungsverlierer. Die wirtschaftliche Krise und der strukturelle Umbau des Sozialstaats erfasst nun auch Schichten der Bevölkerung mit höherem Bildungsabschluss. Der bundesdeutsche Mittelstand ist von sozialer Deklassierung bedroht, wie sie bisher in der Breite nur Angehörigen bildungsferner Schichten drohte. Sollte hier eine Ursache für die Zunahme des Rechtsextremismus zu finden sein, würde dies die These stützen, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus stabile Einstellungsmuster sind, die bei sozialen Krisen aus der Latenz heraustreten.

III.

Der Umgang mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen

Friedemann Affolderbach

Rechtsextreme Kräfte in Kommunen am Beispiel Wurzen und Ressourcen demokratischer Kultur

Im folgenden Beitrag möchte ich einige praktische Erfahrungen meiner Arbeit als Berater von Politik, kommunalen Verwaltungen, Wirtschaft und sozialer Arbeit zu Fragen und Problemen des Rechtsextremismus darstellen.

Nach einem kurzen allgemeinen Blick auf Rechtsextremismus und die Stadt Wurzen werde ich auf dem Hintergrund einer im Rahmen unserer Arbeit angefertigten Studie zu Rechtsextremismus in der Stadt Wurzen, skizzieren wie sich Rechtsextremismus in der Wahrnehmung verschiedener Wurzener Bürgerinnen und Bürger darstellt und danach fragen, welche Ressourcen demokratischer Kultur ein Engagement gegen Rechtsextremismus begünstigen können.

1. Unser Ausgangspunkt die Stadt Wurzen

In der Stadt hat sich seit längerem eine breite Szene der extremen Rechten etabliert. Im öffentlichen Raum wird dies z. B. erkennbar durch ein entsprechendes Tattoostudio im Zentrum, einen Laden und Versandhandel für Klammotten und Musik, welcher von der extremen Rechten betrieben wird, Proberäume von rechtsextremen Bands, diverse Kneipentreffpunkte und das Bemühen, Immobilien in der Stadt zu erwerben.

Zeitungsberichte und die überregionale öffentliche Darstellung der Problematik z. B. im Fernsehen skandalisierten die Situation und geben Ausschnittsweise ein entsprechendes Zeugnis und versuchen so alltägliche Erfahrungen von Diskriminierung, Bedrohung, Gewalt durch Akteure der extremen Rechten zu beschreiben. Um das angesprochene Klima genauer fassen zu können möchte ich zwei Interviewpassagen aus der von uns angefertigten Studie zu Rechtsextremismus in Wurzen zitieren. Diese beziehen sich zwar auf die Erinnerungen zu Ereignissen in Wurzen vor

ca. acht Jahren, skizzieren aber deutlich, welche Auswirkungen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen auf das Gemeinwesen haben können:

»Herr Fischer: Es gab mal eine Frau Z. von der LVZ¹ oder vom Wurzener Tageblatt. Weiß ich gar nicht so genau. Von der LVZ. Die ist bedroht worden, ganz klar, von Faschos. Also keine Artikel mehr zu verfassen. Und dann ist es noch mal einem Herrn S. passiert. Da stand dann ganz groß im Faschohaus hinten [an der Wand] dran, nachdem sie das geräumt hatten: Vielen Dank. [...] Weil der nämlich die Frechheit, in Anführungsstrichen, besessen hat, über Nazisachen zu berichten in Wurzen.«²

»Herr Krüger: Hier gegenüber war eine Diskothek, und wenn Sie abends ab 20 Uhr bis vielleicht 24 Uhr sich in der Gegend hier aufgehalten haben, Sie dachten, Sie sind in einer Kaserne. Mit brauner und schwarzer Uniform wurde vorgefahren. Wir hatten die Situation an der Schule, neu eingeweiht, die Rechten machen große Diskothek, Führungspersonlichkeiten der NPD, in schwarz, weißes Hemd, Lederschlips, dreißig Mann, geordnet, erbitten Einlass. Das war die Situation. [...] Es waren unwahrscheinlich viele Jugendliche, die dem Rechtsextremismus ein Ohr [...] liehen. [Und] dann der Ausbau der Käthe-Kollwitz-Straße zum Jugendzentrum mit Reparaturmöglichkeiten vom Fahrrad bis zum Auto, mit Kulturveranstaltungen, die organisiert wurden von der NPD ...«³

Im Kontext dieser Entwicklung hatte der Stadtrat in Wurzen seit mehreren Jahren ein Mitglied der NPD. Seit der Kommunalwahl im letzten Jahr sind es drei. Dies ist eine neue Situation, da die NPD mit drei Abgeordneten den Status einer Fraktion bilden und so den Zugang zu Ausschüssen, dem öffentlichen Sprechen im Stadtrat und das Recht hat, eigene Anträge und Anfragen ins politische Geschehen einzubringen.

Als Konsens der übrigen Parteien im Umgang mit der NPD im Parlament galt bisher das Ignorieren der Abgeordneten und eine Verweigerung der Zusammenarbeit und das Vermeiden einer öffentlichen Debatte zu rechtsextremen Entwicklungen in der Stadt.

In jüngster Zeit schien dieser Konsens gebrochen zu sein, da die CDU seit der Kommunalwahl 2004 ihre Mehrheit verloren hat und bei einer wich-

1 »Leipziger Volkzeitung«.

2 Friedemann Affolderbach / Andrea Fischer-Tahir: Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen. Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Wurzen 2004. S. 13. Auslassungen FA.

[URL: http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/11Wurzen_lang.pdf]

3 Ebenda.

tigen Entscheidung zu Sparbeschlüssen⁴ der Stadt Wurzen die Mehrheit der Stimmen für die CDU nur mit der NPD möglich war.

Dieses Abstimmungsergebnis führte zu einer breiten öffentlichen Aufregung, die die CDU unter Druck setzte und dazu veranlasste nach alternativen Möglichkeiten zu suchen, um zukünftig bei knappen Mehrheitsentscheidungen nicht wieder auf die NPD angewiesen zu sein.

Als Ergebnis präsentierte sich ein so genanntes »Bündnis der Demokraten«, bestehend aus CDU und SPD. Diese stellten einen gemeinsam vereinbarten Maßnahmeplan⁵ vor und gaben an, zusammen das Ziel zu verfolgen »gemeinschaftlich Mehrheiten zu erringen, ohne linke oder rechte Randparteien«⁶ bei parlamentarischen Entscheidungen berücksichtigen zu müssen.

Zwei Punkte möchte ich am geschilderten Beispiel hervorheben:

Ignorieren und Aussitzen statt öffentlicher Auseinandersetzung

Auffällig ist die Abwesenheit der Politik in der Öffentlichkeit und das Vermeiden einer Debatte bzw. die direkte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Die politischen Vertreter und VertreterInnen beobachten das Geschehen aus der Distanz und werden erst aktiv, wenn die Situation zu eskalieren scheint. Eine Ignoranz rechtsextremer Akteure ist dabei ein scheinbar bewährtes politisches Mittel und verhindert in unserem Falle die Schärfe der eigenen Positionen zu Fragen politischer Entscheidungsprozesse, die so eine NPD begünstigt ins politische Geschehen einbindet. In unserem Beispiel zeigt sich dabei die NPD nicht als selbstpropagierte Gralshüterin sozialer Gerechtigkeit, sondern unterstützt finanzielle Kürzungen, die zu Einschränkungen im öffentlichen Leben der Menschen in Wurzen führen werden.

Erst ein öffentlicher Protest nötigt die Politik zum Handeln. Dieser Protest richtet sich allerdings nicht gegen die Kürzungsmaßnahmen in der Stadt Wurzen, sondern skandalisiert die Herbeiführung einer Entscheidung durch eine Stimmenmehrheit mit Hilfe der NPD. Neben dem tatsächlichen

4 Betrifft Stadtratssitzung in Wurzen vom 06.10.04. Die dort beschlossenen Sparbeschlüsse sehen umfangreiche Personalkürzungen, Gebührenerhöhungen für Kleingartenpächter und Verwaltungsgebühren vor. Diese sollen einen Kredit des Landes refinanzieren, der für die Sanierung der örtlichen Schwimmhalle notwendig ist.

5 Dieser Maßnahmeplan ist ein Vorhaben, festgelegt für den Zeitraum bis zum Jahr 2009 und enthält unter »Absatz II. Politische Ziele, Punkt 1. Tolerantes und Weltoffenes Wurzen«, durchaus bemerkenswerte Überlegung zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerlichen Engagements, um so rechtsextreme Hegemoniebestrebungen einzugrenzen.

6 Vgl. »Schwarz-roter Schulterschluß«. Siehe »Leipziger Volkszeitung. Regionalausgabe Muldentaler Kreiszeitung« vom 23.02.05.

Problem der Anwesenheit der NPD im Parlament, verhindert ein so geführter Diskurs auch eine transparente, öffentliche Debatte über den Sinn und Unsinn von politisch gewollten finanziellen Belastungen der Menschen und den zusätzlichen Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Leben.

Als Reaktion auf diese Entwicklung bilden CDU und SPD ein »Bündnis der Demokraten«. Konkret heißt dies, dass neben der NPD auch die im Stadtrat vertretene PDS von CDU und SPD als Bündnispartner ausgeschlossen wird. In einer solchen Verfahrensweise erfährt die Politik der PDS eine Gleichstellung mit rechtsextremen Diskursen. In unserem Fall führt dies auch zu einer Relativierung der Hegemoniebestrebungen durch die extreme Rechte⁷ in Wurzeln. Die Deutung des Problems Rechtsextremismus reduziert sich auf einen linken und rechten Rand in der Gesellschaft und konstruiert gleichzeitig eine »politisch gute« Mitte. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der extremen Rechten und im Speziellen mit der NPD wird so vermieden.

Rechtsextreme Positionen und Normalität

Das Beispiel beschreibt auch eine politische Situation deren Besonderheit die Normalität von rechtsextremen Orientierungen und deren Verankerung im Gemeinwesen widerspiegelt. Normalität meint hier neben der Unauffälligkeit persönlicher politischer Haltungen und Einstellungen auch die Akzeptanz von alltäglichen Erscheinungsformen wie Symbolik und Codes der extremen Rechten, die Duldung der Besetzung öffentlicher Räume, wie z. B. Jugendeinrichtungen, oder auch die Etablierung gewerblicher Strukturen mit Verbindungen zur extremen Rechten. Eine Analyse der politischen Situation bleibt aus und verkennt dabei möglicherweise die Komplexität rechtsextremer Ideologie und ihre Verschränkung mit allgemeinen gesellschaftlichen Diskursen.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird Rechtsextremismus als das Zusammenwirken verschiedener Diskursebenen beschrieben, zu denen im Kern der Sozialdarwinismus, ein Diskurs um Körper, Gesundheit und Geschlecht, sowie ein Volksdiskurs zählen⁸. Nach Wilhelm Heitmeyer meint diese Diskurse eine Ideologie der Ungleichheit der Menschen und die grundsätzliche Akzeptanz von Gewalt.⁹ Auf Grundlage dieser Diskurse lassen

7 Diese Hegemoniebestrebungen beschreibt der Verfassungsschutzbericht aus Sachsen für das Jahr 2003 deutlich.

8 Siehe Wieland Elfferding: Funktion und Struktur des Rassismus. In: Nora Räthzel: Theorien über Rassismus. Hamburg 2000. S. 43–54.

9 Siehe dazu Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Situation. Weinheim und München 1995.

sich zwei verschiedenen Arten von Rechtsextremismus erfassen. Die eine Form lässt sich als Sehnsucht nach einem autoritären Staat beschreiben, der z. B. als Schutzwall gegen die Auswirkungen der Globalisierung zu mobilisieren sei. Im Rahmen dieser Idee spielt z. B. die Rückbesinnung, Romantisierung und Glorifizierung eines vermeintlich solidarischen Lebens in der DDR eine Rolle und dient der Konstruktion einer nationalen Gemeinschaft, die im Ergebnis eine Politik der Ausgrenzung von Nichtdeutschen und die Ablehnung von »Müßiggängern« bedeutet. Die andere Form findet sich bei der »Neuen Rechten«. Diese präsentiert einen »modernisierten Rechtsextremismus« der sich auf Vorstellungen des Neoliberalismus bezieht. Gestützt auf die Idee, dass der Stärkere sich durchsetzt, sollen alle diejenigen »Nutzniesser« ausgeschlossen werden, die ein Hindernis darstellen, den Standort Deutschland zu sichern und zu entwickeln. Zu diesen Menschen, die unter den so genannten »sozialen Ballast« fallen, zählt die »Neue Rechte« Asylsuchende, Migrantinnen, Migranten und deren Nachkommen, Arbeitslose und Menschen, die wenig oder keinerlei Wert für die marktwirtschaftliche Produktion haben. Die Forderung nach mehr Markt und uneingeschränktem Wettbewerb wird innerhalb dieses Diskurses an die Einschränkung und Abschaffung von Demokratie gebunden.¹⁰

Im Bezug auf unser Fallbeispiel scheinen mir diese zugespitzten Überlegungen insofern bedeutsam, dass wenn die extreme Rechte ideologisch Räume besetzt, dies nicht nur in einer anwesenden NPD im Stadtrat ihren Ausdruck findet, sondern im alltäglichen Leben Diskurse geführt werden und Ereignisse stattfinden, die mit darüber entscheiden, ob die extreme Rechte im lokalen Rahmen an Deutungsmacht gewinnen kann.

Hierfür können wir Beispiele in der schon erwähnten Studie zu Rechtsextremismus in Wurzen finden. In unserer Untersuchung befragten wir verschiedene Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wurzen zu ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen im Bezug auf Rechtsextremismus.

Bei ihren Überlegungen und Antworten ging es dabei weniger um die Organisation und Struktur rechtsextremer Kräfte in ihrer Kommune, als vielmehr um persönliche, bzw. berufsbezogene Erfahrungen und Auseinandersetzungen, sowie möglichen Handlungsoptionen. Dieser recht alltagspraktische Zugang zum Thema ermöglicht uns einen Einblick in das subtile Wirken rechtsextremer Erscheinungsformen, welche ich im folgenden in *vier Punkten* zusammenfassen will.

¹⁰ Siehe George Steinmetz: Die (un-) moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus. In: Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 203(1994)1. S. 186–200.

2. Wahrnehmungen zu rechtsextremen Erscheinungsformen in Wurzeln

Symbolik

Die von uns interviewten Personen sprachen von allgemein bekannten Dingen, wie rechtsextremen Symbolen, z. B. Abzeichen und Codes oder einer entsprechenden Haartracht und Kleidung.

Als besonders interessant erwiesen sich zwei Beobachtungen.

»Herr Krüger: Die Haartracht und die Jacke. Die Kleidung. Die Jacke. Daß man jetzt zum Beispiel bei uns in der Schule das Sachsen-Gau-Zeichen gesehen hätte, das nicht. Aber die Jacke als solches symbolisiert das. In der weiteren Entwicklung wurde die Jacke dann zurückgedrängt. Dann kamen die Lonsdale-T-Shirts. Gut, die ist bei einigen noch zu sehen, hat aber nachgelassen. Aber es gab Tendenzen, da sind die Jungs zur Abiturprüfung gekommen, mit ´ner Bomberjacke. Frisch. Wie sonntags. Weißes Hemd und Lederschlips. So haben die die Prüfung auch gemacht.

Frage: Ohne die Jacke auszuziehen?

Herr Krüger: Ja. Frisch geschnitten, Haartracht. Und da ist aber keiner schlechter als drei rausgegangen.«¹¹

Wie die Interviewpassage zeigt, können rechtsextreme Erscheinungsformen Wandlungen unterliegen und diese den plakativen Charakter eindeutig zuzuordnender Symbolik verlassen. Die hier beschriebene veränderte Ästhetik bedient Vorstellungen von Sauberkeit, Fleiß und Klugheit, die in diesem Zusammenhang rechtsextreme Einstellungen als akzeptable Wertvorstellungen erscheinen lassen.

In einem zweiten Beispiel wird eine andere Dimension aufgemacht:

»Frau Blume: [W]ir haben da echt auch Probleme gehabt mit unserem Jungen. Der ist irgendwie in so einen Freundeskreis geraten. Haare, ´ne Jacke und Stiefel mußten getragen werden. Und da war das Schlüsselerlebnis, daß sie ihn mal zusammengeschlagen haben. Der hätte nie für möglich gehalten, daß er mal Dresche kriegt wegen seiner Kleidung. Aber wenn die achtzehn sind, dann kann ich bestimmte Dinge nicht mehr verbieten. Der ist dann halt aus diesem negativen Erlebnis schlau geworden. [...] Der hat sich nie richtig mit der rechten Szene identifiziert, der fand das nur geil, was die alle anhatten ...«¹²

11 Friedemann Affolderbach / Andrea Fischer-Tahir: Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen. S. 27.

12 Ebenda.

Neben dem Unbehagen der Eltern im Umgang mit dem Geschmack des Heranwachsenden und dessen rechten Freundeskreis ist interessant, dass der Junge Opfer physischer Gewalt wird, auf Grund einer symbolischen Handlung, dem Tragen von Kleidung, die andere als »rechts« ausmachen. Er hat nicht damit gerechnet »Dresche zu kriegen«, was wiederum darauf hindeutet, dass er überzeugt war, mit einem entsprechenden Outfit einem dominanten Trend zu folgen. Dies kann ein Hinweis auf kulturelle Hegemonie rechtsextremer Akteure sein.

In einem weiteren Punkt beschrieben die Interviewpartnerinnen und Partner die

Symbolische oder symbolbeladene Besetzung von Räumen.

Genannt wurden an Wände gesprühte Codes, die Organisation von Freizeitangeboten für Jugendliche durch rechtsextreme Kräfte, das Betreiben von privaten Treffs oder Gaststätten als Anlaufpunkte für die rechte Szene und die Präsenz in öffentlichen Räumen, wie zum Beispiel bei Volksfesten.

Eine Besetzung von Räumen durch rechtsextreme Akteure kann aber auch dort stattfinden, wo Themen von Interesse sind, deren Widersprüchlichkeit sich durch rechte Ideologie auflösen lässt, so z. B. das Thema soziale Ungerechtigkeit, wie folgende Interviewpassage belegt:

»Frau Baumgarten: Na mich hat einer angesprochen, wo es um die Großdemo ging nach Berlin, zum Sozialabbau. Wo ich genau weiß, dass das einer von den jungen Leuten ist, die da [bei der NPD?] anhängig sind.... Ich hatte da so einen [...] Button. Und da hat der mich angesprochen, das erste Mal. Und da sagt der: ›Was ist denn das?‹ Und ich sag: ›Wir gehen zu der Demo. Wir sind gegen Sozialabbau.‹ Und der sagt: ›Ihr auch? Wir auch.‹«¹³

Ein dritter in den Interviews angesprochener Schwerpunkt lässt sich als die

Durchsetzung von Deutungen umschreiben.

Wahrgenommen wurde Rechtsextremismus als Versuch, eigene Deutungen zum Beispiel bezüglich der Geschichte des Nationalsozialismus oder bezüglich religiöser Fragen, wie Christentum contra Heidentum, durchzusetzen. Die Interviewten sprachen von erlebten direkten Provokationen und davon, wie *rechte* Akteure eigene Kompetenzen in Diskussionen und Ge-

13 Ebenda. S. 29.

sprächen unter Gleichaltrigen sowie mit Schul- und Religionspädagogen herausstellten. Auch dazu ein Beispiel:

»Herr Weinblatt: Ich hab mal auf'm Zeltplatz mit Skinheads Fußball gespielt. So richtig mit vielen. Und das war erst mal ein Problem, denen die Springerstiefel abzugewöhnen, weil (*lachend*) das ja wirklich wehtat. Aber das war wirklich spannend. Das waren richtig religiöse, also heidnisch religiöse Leute. Die waren halt so tätowiert und die haben gesagt: ›Ich trinke Met aus den Totenschädeln meiner toten Feinde und lass mich von hundert Jungfrauen im Walhalla bedienen.‹ [...] Und [...] die sind auf einen zugekommen. Die wussten, dass wir [von der] Kirche sind. Und die haben gesagt: ›Ich glaub an Odin. An was glaubst du?‹«¹⁴

Neben dem Verweis auf eine eigenständige rechte religiöse Kompetenz, die offensiv zur Anfrage an einen Christen ins Spiel gebracht wird, präsentiert diese Passage auch Vorstellungen körperlicher Stärke, Kampfesmut und Ehre, die sich als Attribute einer besonderen Männlichkeit lesen lassen. In diesem Zusammenhang spielte auch das Thema Gewalt in unseren Gesprächen eine besondere Rolle.

Gewalt als Regel

Einige Eltern berichteten von den Gewalterfahrungen ihrer Kinder und reflektierten diesbezüglich ihre Erfahrungen. Ein Vater erzählte z. B. folgendes:

»Herr Holm: Mein Sohn ist [...] zusammengeschlagen worden. [...] Von Rechten. Damals im Wurzener Stadtbad. Nachmittags in einem vollbesetzten Stadtbad, wo niemand was gesehen hat.«¹⁵

Dieses Beispiel gibt einen Hinweis auf die mögliche Wirkung von Gewalt. Personen, die eigentlich Zeugen sein könnten, sind eingeschüchtert, sehen weg oder haben sich an ein bestimmtes Maß von Gewalt gewöhnt, so dass dies kein besonders aufregendes Ereignis ist. Gewalt setzt sich so als Normalität, als Regel fest.

Andere Interviewte erzählten aus professionsbezogener Sicht von Formen gewaltsamen Handelns von rechts. Dabei wurde deutlich, dass seitens der Rechten zum einen das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt, zum anderen eigene Regeln der sozialen Interaktion durchgesetzt und der eigene Machtanspruch herausgestellt werden.

Diese hier knapp skizzierten vier Schwerpunkte weisen zahlreiche Schnittstellen zu den erwähnten rechtsextremen Diskursen auf. Neben der

14 Ebenda. S. 31.

15 Ebenda. S. 32.

Akzeptanz von Gewalt und der Ungleichheit von Menschen, lassen sich ideologische Formen und Konstruktionen von Körperlichkeiten, völkischer Ideen etc. entdecken.

Die in den Interviews präsentierten Formen und Wahrnehmungen zu Rechtsextremismus mündeten in zahlreiche Überlegungen, was und wie vor allem diesen Entwicklungen entgegen getreten werden kann.

Im wesentlichen Bezogen sich die Vorschläge zu Handlungsoptionen auf repressive und präventive Maßnahmen, strafrechtliche Möglichkeiten, pädagogische und sozialpädagogische Möglichkeiten, die Diskussion von Möglichkeiten und Grenzen in Gewaltsituationen und die Berücksichtigung von ethnischen Minderheiten. Zwei Themenbereiche wurden von fast allen Interviewten sehr ausführlich angesprochen. Dazu zählen gesellschaftspolitische Möglichkeiten und kulturelle Handlungsformen als Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Auf diese Punkte möchte ich noch kurz genauer eingehen

Im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Möglichkeiten wurde Demokratie als besondere Handlungsoption betont. Zwei Grundtendenzen lassen sich in diesem Feld ausmachen. Die erstere betont die verfassungsrechtliche und parlamentarische Ebene. Eine zweite hingegen thematisiert Begegnungen im Alltag, die sich auch als Form demokratischer Kultur beschreiben lassen.

3. Demokratische Kultur als Handlungsoption

Wie sich eine Vorstellung dieser demokratischen Kultur aus dem Munde eines Akteurs aus Wurzeln anhört, möchte ich wie folgt zitieren:

»Herr Krüger: Also, entscheidend für mich ist der Respekt. Dass ich den andern respektiere, und dass ich auch respektiert werde. Vielleicht so rum: Damit man eine Basis erst mal hat, um sich überhaupt zu verständigen [und] um dann [zu sehen], wo steht der und wo stehe ich. Um den andern auch erkennen zu lassen, das ist meine Meinung, [...] muss ich ihn erst mal respektieren, erst mal mit ihm ins Gespräch kommen. Und das jetzt ins Große übertragen, das ist Demokratie für mich. Mit den Spielregeln leben können und auch, dass ich im Rahmen derer das gestalten kann, dass ich die Regeln auch verändern kann, wenn das und das nicht geht. Aber mit angemessenen Mitteln.«¹⁶

Die im Zitat vorgebrachten Ideen wie gegenseitiger Respekt, gegenseitiges Zuhören gelten als Basis, um die Meinung eines anderen, des Gegen-

16 Ebenda. S. 61.

übers zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen. Wichtig ist auch, dass es Regeln gibt, die aber keine unumstößliche Größe darstellen, sondern auf Grundlage eines gemeinsamen Prozesses als veränderbar gelten. Durch die Betonung einer kommunikativen Auseinandersetzung baut er einen Kontrast, zeigt eine Alternative zu gewalttätigen und zwanghaften Formen des Zusammenlebens auf.

Intuitiv berührt der Sprecher so den Kern eines liberalen Verständnisses von demokratischer Kultur.

In diesem Zusammenhang ist die Förderung demokratischer Kultur als eine Entwicklung von »selbstbestimmter, kooperativer Handlungsfähigkeit«¹⁷ zu verstehen. Wenn demokratische Kultur in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als wirkungsvolle Gegenstrategie diskutiert wird, ist sie nicht als eine statische Größe aufzufassen, sondern als Prozess zu verstehen, der in den Traditionen von Aufklärung und Demokratisierung steht und unabschliessbar ist. Dafür können Punkte benannt werden, die als Merkposten und Meilensteine zur Orientierung beitragen.

In Anlehnung an Thaa¹⁸ möchte ich vier Punkte herausstellen, die für eine Arbeit gegen Rechts von Bedeutung sind:

- Demokratische Kultur stellt einen »Raum der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung« dar, der die Vielfalt an Initiativen, Gruppierungen, Vereinigungen und Bewegungen zu einer Kommunikation, zur Bildung von Netzwerken verhilft und so Politik an »die Lebenswelt der Bürger zurück bindet«. Es handelt sich also um einen Raum der die Auseinandersetzung um »kollektive Orientierungen«, um Werte und Weltanschauungen befördert.
- Demokratische Kultur versteht sich als ein Raum zur Integration und Beteiligung von Minderheiten und soll deren Belange zu einer Artikulation verhelfen, da »diese in Parteien und Verbänden nur unzureichend repräsentiert sind«.
- Demokratische Kultur soll »Konflikte zivilisieren« und »aktiven Bürgersinn« entwickeln. Dies heißt, im Raum demokratischer Kultur werden Konflikte gewaltfrei ausgehandelt. Diese Erfahrung bildet gleichzeitig die Grundlage die Rechte des Gegenüber anzuerkennen und öffnet so den Weg, gemeinsam gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren und kollektive Handlungsformen zu entwickeln.

17 Uwe Hirschfeld: Globalisierung und die Konjunktur des Rechtsextremismus. In: Uwe Hirschfeld / Ulfried Kleinert: Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig 2000. S. 53ff.

18 Siehe Winfried Thaa: Zivilgesellschaft. Von der Vergesellschaftung der Politik zur Privatisierung der Gesellschaft. In: Widersprüche. 76(2000). S. 9–18.

- Demokratische Kultur soll »durch vielfältige Formen kollektiver Selbstorganisation Solidarität fördern und zur sozialen Sicherheit beitragen.«

Diese Form der Zusammenschlüsse und Netzwerkbildung von Menschen ermöglicht einen von »staatlichen Bürokratien und von der Konkurrenz des Marktes« mündigen Kreis von Menschen, in dem Lösungen für soziale und gesellschaftliche Probleme diskutiert und entwickelt werden können.

Rufen wir uns den eingangs beschriebenen Rechtsextremismus ins Gedächtnis, ist ein Mehr an Demokratie eine gute Basis diesen einzuschränken und ihm zu begegnen. Berücksichtigen wir dabei die von der extremen Rechten bedienten Diskurse, ergeben sich auch Anknüpfungspunkte und Ressourcen für ein wirkungsvolles kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus. Erinnerung sei hier an den Volksdiskurs, mit dem die extreme Rechte die Idee einer sich von anderen abgrenzenden Nation konstruiert und in diesem Zusammenhang Begriffe wie Heimat an die Romantisierung nationalsozialistischer Vorstellungen von Blut und Boden knüpft. Diese Ideologien fallen z. B. im ländlichen Raum auf fruchtbaren Boden und zeigen das Bedürfnis der Menschen nach Identifikation mit ihrem Ort und ihrer Geschichte. In der Rahmung linker Politik orientiert an demokratischer Kultur lassen sich diese Themen aufgreifen und alternative Möglichkeiten z. B. des Gedenkens an Ereignisse in unserer Geschichte, oder Formen zur Entwicklung einer demokratischen Stadtidentität entdecken.

Diesbezüglich unterbreiteten die Interviewpartnerinnen und Partner verschiedene Vorschläge. Sie wollen Wurzen als einen Ort der Geschichte und als einen Ort des Gedächtnisses verstanden wissen. In Wurzen finden sich widersprüchliche Momente von Erinnerungspolitik und Erinnerungsarbeit. Ein Schwerpunkt dabei ist die Zeit des Nationalsozialismus. Ein Interviewpartner wies auf die Möglichkeit hin, zum Gedenken an die vertriebenen jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wurzen Tafeln an privaten Häusern anzubringen und somit lokale Bezüge deutlicher zu machen.

Dies wäre z. B. ein Vorhaben welches auf gleichberechtigter Beteiligung und Kooperation einen Baustein zur Gestaltung demokratischer Kultur und der Entwicklung einer demokratischen Stadtidentität bilden könnte.

Katrin Framke

Auseinandersetzung mit den extremen Rechten in den Kommunen

Anders als es der Titel »Auseinandersetzung mit den extremen Rechten in den Kommunen« suggeriert, kann es bei einem ernst zu nehmenden antifaschistischen Ansatz nicht darum gehen, sich nur mit den extremen Rechten, d. h. mit aktiven Nazis auseinander zu setzen. Vielmehr muss antifaschistische Kritik und Praxis beim kapitalistischen System selbst ansetzen, denn nur so kann rechtsextremen Einstellungen und Potenzialen dauerhaft der Boden entzogen werden. Für die Kommunen bedeutet dies zunächst, sich ganz pragmatisch und als tägliche Aufgabe auf rechtsextreme Einstellungen und aktive Nazis zu konzentrieren, um diese einzudämmen.

Gibt es erfolgreiche Berliner Strategien und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und aktiven Nazis, die für Sachsen nutzbar wären? Ja, weil rechtsextreme Einstellungen kein ostdeutsches und schon gar kein Jugendproblem sind, sondern im gesamten Bundesgebiet, in allen Altersgruppen und sozialen Gruppierungen anzutreffen sind. Ja, weil aktive Nazis in Berlin und Sachsen sich ähnlich organisieren und vergleichbare Aktionsformen und Instrumente für die Umsetzung ihrer politischen Ziele nutzen. Nein, weil Berlin kein Flächenstaat ist und weil es weitere Besonderheiten gibt, auf die ich hier aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann.

Ein wichtiger Unterschied besteht jedoch in den politischen Rahmenbedingungen. In Sachsen sitzt die NPD in Kommunalvertretungen und im Landtag und es regiert eine große Koalition aus CDU und SPD. In Berlin gibt es mit dem rot-roten Senat eine politische Konstellation, von der viele staatlichen Antifaschismus erwarten. Dabei richtet sich die Erwartungshaltung – auch bei Teilen des antifaschistischen Spektrums – darauf, das Problem mit administrativen Mitteln zu lösen. Ob Nazi-Organisationen oder Nazi-Demonstrationen – insbesondere von der mitregierenden PDS wird staatliches

»Durchgreifen« von oben erwartet. Die Wahrnehmung eigener Verantwortung durch aktives Tun soll durch staatliches Handeln ersetzt werden.

Diese Erwartungshaltung behindert teilweise eine Diskussion um notwendige gesellschaftliche Gegenstrategien von unten.

Wir können und müssen voneinander lernen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns intensiver darüber austauschen, mit welchen Strategien und Aktionsformen wir erfolgreich rechtsextreme Einstellungen und den Einfluss von Nazis in den Kommunen zurückdrängen können. Die politische und praktische Auseinandersetzung in den Kommunen ist das Herzstück aktiver Antifa-Arbeit. Hier leben, wohnen, arbeiten die Menschen mit rechtsextremen Einstellungen und aktive Nazis. Aktive Nazis organisieren und treffen sich hier; hier sind sie aktiv. Hier radikalisieren sie Positionen aus der Mitte der Gesellschaft, begehen Straftaten und verbreiten ihre völkische Propaganda. In den Kommunen wird die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und aktiven Nazis sehr konkret und für manche sogar sehr persönlich. Hier, in den Kommunen, leben aber vor allem wir, die wir aktiv gegen rechtsextreme Einstellungen und aktive Nazis handeln können. Wir tragen dafür Verantwortung, dass es in unseren Kommunen keine rassistischen Überfälle gibt und keine völkische Stimmung, die das möglich macht.

Berlin ist immer wieder im Zusammenhang mit Nazi-Aufmärschen an herausragenden Orten wie dem Brandenburger Tor in die Schlagzeilen geraten. Als wir in diesem Jahr den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus feiern konnten, versuchte die Jugendorganisation der NPD-JN am 8. Mai erneut, durch das Brandenburger Tor zu marschieren unter dem Motto »Schluss mit dem Schuldult«. Während Antifa-Gruppen und aktive antifaschistische Menschen auch aus der PDS versuchen, Nazis grundsätzlich und beständig den öffentlichen Raum und die Strasse streitig zu machen, werden im gesellschaftlichen Diskurs meist andere Probleme ausgemacht. In Sorge um das Ansehen der Stadt, ja der gesamten Bundesrepublik im Ausland gab es auch in Berlin den Aufstand der Anständigen. Politiker vieler Parteien riefen dazu auf, Gesicht zu zeigen. Noch heute reklamieren insbesondere politische Parteien die Verhinderung des NPD-Aufmarsches am 8. Mai dieses Jahres, an der sich Zehntausende Menschen und unzählige Institutionen beteiligten, als politischen Erfolg für sich. Vor dem 8. Mai und danach haben jedoch unzählige größere und kleinere Nazi-Demonstrationen und –aktionen in Berlin stattgefunden, ohne dass es gelungen ist, dauerhaft ein handlungsfähiges breites Bündnis bzw. Tausende Berlinerinnen und Berliner zu mobilisieren. So konnten beispielsweise vor drei Wochen in Berlin mehr als 500 Nazis weitgehend ungehindert durch die Mitte der Stadt marschieren.

Rechtsextreme Einstellungen und Nazi-Aktivitäten werden auch in Berlin oft nur dann ein gesellschaftliches Thema, wenn sie einigermaßen spektakulär sind und dadurch Öffentlichkeit erfahren. Die Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen und aktiver Nazis sowie ihrer Aktivitäten muss jedoch als dauerhafte Herausforderung und Aufgabe verstanden werden.

Gute Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und aktiven Nazis haben wir in Berlin mit der Erarbeitung und Umsetzung Kommunalen Aktionspläne auf Bezirksebene gemacht. Diese Kommunalen Aktionspläne sind darauf gerichtet, tatkräftiges demokratisches Engagement der Bürgerinnen und Bürger herauszubilden und Interventionsstrategien gegen kulturelle Dominanz und Hegemonie von Nazis vor Ort zu entwickeln. Zentrale Politik- und Handlungsfelder sind dabei

- die Kinder- und Jugendhilfe,
- die Familien- und Gesundheitsförderung,
- die Schulen,
- die politische und kulturelle Bildung,
- der öffentliche Raum und die öffentliche Sicherheit,
- Wohnen und das Wohnumfeld sowie die soziale Infrastruktur,
- Arbeitsmarktsituation und- strategien sowie die Ausbildungsförderung,
- das zivilgesellschaftliche Engagement, d. h. Beteiligung und Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im weitesten Sinne,
- die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit Lichtenberg/Hohenschönhausen sowie mit Pankow haben zwei Berliner Bezirke mit solchen Aktionsplänen in Berlin den Anfang und erste Erfahrungen gemacht. In beiden Bezirken stellt die PDS die Bürgermeister. Welche Möglichkeiten bieten solche lokalen Aktionspläne und welche Grenzen zeichnen sich ab?

Ich werde dies am Beispiel Lichtenberg-Hohenschönhausen verdeutlichen weil dieser Bezirk – ähnlich wie das Bundesland Sachsen – eine stigmatisierte Region ist. Obwohl die PDS in diesem Bezirk seit Jahren eine solide Mehrheit und eine engagierte PDS-Bürgermeisterin hat, und obwohl die PDS hier beständig Direktmandate bei Wahlen gewinnen kann, wird der Bezirk öffentlich vielfach als »rechts« stigmatisiert. Dies hat seinen Ausgangspunkt bereits Anfang der 90er Jahre. Damals nahm die Parteizentrale der »Nationalen Alternative« (NA) unter Ingo Hasselbach ihren Sitz in der Lichtenberger Weitlingstrasse und führte gemeinsam mit der Kameradschaft »Sozialrevolutionäre Nationalisten« u. a. einen militanten Kampf gegen die im gleichen Bezirk stark vertretene linke Hausbesetzerszene. Das Cafe Germania, ein bekannter Treffort der Nazis, das vor einigen Jahren vor allem auch aufgrund antifaschistischer Proteste geschlossen werden

musste, hatte hier seinen Sitz. Auch heute hängt die Stigmatisierung als »rechter« Bezirk vor allem damit zusammen, dass dieser Bezirk oft im Zusammenhang mit Nazi-Aktivitäten in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerät. Viele der Nazi-Aufmärsche werden in diesem Bezirk angemeldet bzw. hierher verlegt. Wenn es um Tatorte rechter Gewalt und die Wohnorte rechter Gewalttäter geht, wird der Bezirk an vorderster Stelle genannt. Die im März durch den Innensenator verbotene Kameradschaft Tor und ihre nach wie vor aktiven Mitglieder fühlen sich in diesem Bezirk zu Hause. Die bereits zu DDR-Zeiten gegründeten »Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft« – eine militante Naziorganisation mit engen Verbindungen ins Rockermilieu – haben in Hohenschönhausen ihr Clubhaus. Eng verwoben mit den Vandalen ist die bekannte ostdeutsche Nazi-Band Landser. Die im März diesen Jahres vom Bundesgerichtshof zur kriminellen Vereinigung erklärte Band »Landser« hatte lange Zeit ihre Proberäume in Lichtenberg. Sowohl die Band Landser, als auch die »Vandalen« gehören zur Struktur des verbotenen Nazinetzwerkes »Blood&Honour«

Seit Jahren versucht der Bezirk Lichtenberg/Hohenschönhausen rechts-extremen Einstellungen und Nazi-Aktivitäten eine offensive Strategie entgegenzusetzen. Entscheidende Voraussetzung dafür war und ist, dass es dort im Vergleich zu anderen Bezirken ein hohes Problembewusstsein gibt und die Probleme auch benannt werden. Vor zwei Jahren wurde durch das Zentrum Demokratische Kultur ein »Aktionsplan für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« für den Bezirk Lichtenberg erarbeitet. Neben Handlungspotentialen und Handlungsstrategien für politisch-soziale Fach- und Verwaltungsinstitutionen nimmt das gesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern unter dem Stichwort zivilgesellschaftliches Engagement einen zentralen Platz bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus als gesamtgesellschaftlichem Problem ein.

Eine grundlegende Voraussetzung für antifaschistisches Engagement in den Kommunen - die Wahrnehmung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Erscheinungsformen durch politisch-soziale Fach- und Verwaltungsinstitutionen ist im Bezirk Lichtenberg/Hohenschönhausen gegeben.

Eines von mehreren Beispielen im Bezirk ist die Lichtenberger Netzwerkstelle »Lichtblicke«, die kontinuierlich als Ansprechpartnerin für die Aufnahme und Bündelung von Wahrnehmungen zur Verfügung steht. Gemeinsames Ziel ist es, die rechtsextreme Dominanz einzudämmen, sowie Demokratie und Toleranz zu fördern.

Mit Hilfe des »Netzwerks für Demokratie und Toleranz«, einem Zusammenschluss von ca. 30 Trägern und Initiativen im Bezirk, dem Newsletter

»Lichtblitze« sowie durch Präsenz in unterschiedlichen Gremien können Informationen und Einschätzungen zeitnah weitergeleitet werden. Das Netzwerk stellt eine bunte Mischung aus Jugendclubs, Nachbarschaftszentren, Schulen und politischen Initiativen dar. Licht-Blicke bietet Fortbildungen, Projekte und Veranstaltungen und hilft bei der Umsetzung von Ideen und Aktionen. Licht-Blicke fördert den Austausch zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und stellt den Kontakt zu Initiativen, Einrichtungen oder ReferentInnen her.

Ein wichtiger Schritt ist die öffentliche und offene Thematisierung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, ihrer Erscheinungsformen und Aktivisten. Eine unverzichtbare, engagierte und vielfältige Arbeit leisten hier die ehrenamtlichen Initiativen »Unabhängige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger Hohenschönhausen« (uab), die »Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg« sowie die Antifa Hohenschönhausen. So hat die Antifa Hohenschönhausen in Kooperation mit der Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg eine Wanderausstellung erarbeitet unter dem Titel »Motiv.rechts – Eine Dokumentation über die Rechten und ihre Strukturen in Lichtenberg-Hohenschönhausen«.

In dieser nunmehr zweiten aktualisierten Ausstellung werden neue Fakten, Ereignisse, Berichte und Hintergründe zu neonazistischen Bestrebungen im Bezirk zusammengefasst und präsentiert. Dabei werden Strategie und Theorie der subkulturellen Rechten, die Symbolik rechter Vereinigungen und das Auftreten im Bezirk veranschaulicht. Zudem wird eine ausführliche und aktualisierte Chronik rechtsextremer Bestrebungen und Straftaten seit Anfang der 1990er Jahre präsentiert. Begleitend zur Ausstellung wird ein aktualisierter, bebildeter Katalog mit sämtlichen veröffentlichten Fakten herausgegeben. Die aus 16 Tafeln bestehende Wanderausstellung wechselt ihre Standorte alle zwei bis drei Wochen und wird im Laufe des Jahres in Bibliotheken, Kulturzentren, öffentlichen Gebäuden und Schulen Lichtenbergs zu sehen sein.

Mehrfach ist diese Ausstellung angegriffen worden. Als die Ausstellung im April diesen Jahres im Lichtenberger Rathaus gezeigt wurde, stahlen Nazis eine Tafel. Bei der entwendeten Tafel handelt es sich thematisch um Informationen und Bildmaterial zum Thema Freie Kameradschaften und Aktionsorientierten Rechtsextremismus in Lichtenberg-Hohenschönhausen. Insbesondere die mittlerweile verbotene Kameradschaft Tor und deren Mädelsgruppe und jüngere neonazistische Kameradschaftszusammenhänge wurden auf dieser Tafel in textlicher und fotografischer Form dokumentiert. Bereits einen Tag vor dem Diebstahl fanden sich neonazistische Aufkleber der Kameradschaft Nordost im und um das Rathaus herum. Im Juli drangen nach Beschreibungen von Angestellten fünf Nazis in die Räumlichkeit

ten der Anna-Seghers-Bibliothek am Prerower Platz im Bezirk Lichtenberg ein und zerstörten ver mummt vor den Augen mehrerer Angestellter vier Tafeln. Parallel dazu sprühte ein Täter »C18« an die Wand. Bei »C18« handelt es sich um die Abkürzung für »Combat 18«, einer terroristischen Neonaziorganisation aus Großbritannien, die für mehrere Bombenattentate verantwortlich sind.

Das große Interesse an der Ausstellung aber auch die Angriffe von Nazis zeigen, dass mit dieser Ausstellung der Nerv der lokalen neonazistischen Struktur getroffen wurde. Gerade die Tatsache, dass sich lokale extrem rechte Zusammenhänge durch diese Ausstellung massiv gestört fühlen, macht deutlich wie notwendig die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus in Lichtenberg-Hohenschönhausen ist.

Die Infrastruktur aktiver Nazis spielt auch in Lichtenberg/Hohenschönhausen eine strategische Rolle innerhalb der rechtsextremen Szene. Immobilien, gastronomische Einrichtungen und auch privat genutzte Objekte sind zumeist in Nachbarschaften angesiedelt und als fest stehende Orte greifbar. Gerade dadurch eignen sie sich als Kristallisationspunkte für zielgerichtete demokratische Aktivitäten.

Die 1998 und 1999 durchgeführte Kampagne gegen das »Café Germania« in Lichtenberg-Nord wurde vor allem von Lichtenberger BürgerInnen und antifaschistischen Gruppen initiiert und getragen sowie berlinweit unterstützt. Über eine länger währende Kampagne wurde die Existenz und Struktur der Nazi-Szene im Bezirk thematisiert und z. B. durch Verteilen von Informationsmaterial, Veranstaltungen und gezielten Demonstrationen eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit erzielt. Als Nazi-Treffpunkt wurde das Cafe Germania zunehmend unattraktiv und musste letztlich aus ökonomische Gründen geschlossen werden.

Die Kampagne hatte mehrere positive Effekte mit Langzeitwirkung.

1. Die Präsenz und die Neuansiedlung von Nazi-Infrastruktur wurde an diesem Ort nachhaltig verhindert.
2. Die kurz vor Kampagnenbeginn als Bündnis gegründete Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg konnte über den Erfolg der Schließung des Cafes gefestigt werden. Der Kreis der dort mitwirkenden Personen und Gruppen erweiterte sich. Die Initiative, ein Zusammenschluss von verschiedenen Vereinen, Trägern und Einzelpersonen, engagiert sich seitdem kontinuierlich und gegen rechtsextreme Einstellungen und aktive Nazis in Lichtenberg.

Am Beispiel der Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg wird die große Bedeutung von tragfähigen und dauerhaft arbeitenden Bündnissen deutlich. Durch Bündnisse dieser Art, die sich ja oft anlassbezogen gründen, wird das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern öffentlich und

dauerhaft wahrnehmbar. Klar wurden und werden im Bündnis Themen und Ziele formuliert, um so gezielte Aktivitäten zu entwickeln und die Handlungsbereitschaft der Akteure zu verstetigen. Nicht trennendes sondern gemeinsames wurde und wird über unterschiedliche politische Positionen hinweg in den Vordergrund gestellt. Von allen wird der Straßenterror der Nazis, ihre Gewalt- und Propagandadelikte und ihr öffentliches Auftreten und ihre Agitation, z.B. Infostände und Demonstrationen als unerträglich angesehen. Daher kann die Antwort auf diese Aktivitäten nur die gemeinsame Aktion mit all jenen sein, die sich dagegen wehren wollen. Grundkonsens in solchen Bündnissen muss das gemeinsame Vorgehen gegen rechtsextreme Einstellungspotentiale und aktive Nazis und ein Eintreten gegen jede Art von Rassismus und Antisemitismus sein. Im Bündnis muss sich darüber verständigt werden wann, wo und wie den Nazis entgegenzutreten ist. Das Beispiel der Initiative gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg zeigt auch, wie wichtig es ist Bündnisse dort zu verankern, wo Menschen arbeiten und leben.

Die Erfahrungen mit Bündnissen in Lichtenberg/Hohenschönhausen aber auch in ganz Berlin machen eines deutlich. Die PDS ist ein unverzichtbarer Partner bei der Arbeit in der antifaschistischen Bündnisarbeit. Zwei unabdingbare Grundsätze sollten jedoch für die PDS unverhandelbar sein.

1. Bündnisse sollten nicht um jeden Preis geschlossen werden. Im Berliner Bündnis »Europa ohne Rassismus« arbeitet z. B. die Berliner CDU nicht mit. Um sie »ins Boot zu holen« wäre es notwendig, antifaschistische Positionen dermaßen zu verwaschen und Grenzen zu verwischen, dass Positionen der PDS als sozialistischer Partei nicht mehr erkennbar wären. Die Berliner Erfahrungen zeigen auch - dies wurde insbesondere bei der Organisation eines Festes für Toleranz und Demokratie am 8. Mai am Brandenburger Tor deutlich - dass die Berliner CDU sowohl was den Aufruf als auch die Aktivitäten betraf, Dissens und immer neue Forderungen an die Bündnispartner in den Vordergrund stellte. Ein solches Agieren untergräbt die Handlungsfähigkeit eines Bündnisses nicht nur, sondern macht sie schlicht unmöglich. Übrigens weigert die CDU sich bis heute, ihren vereinbarten finanziellen Beitrag für das Fest am 8. Mai zu bezahlen.
2. Für die PDS sind Antifa-Gruppen natürliche Bündnispartner. Antifa-Gruppen leisten permanente Informations- und Aufklärungsarbeit, haben umfangreiche Erfahrungen mit verschiedenen Aktionsformen, verfügen über eine Struktur, die schnelle Mobilisierungen möglich macht. Mitglieder von Antifa-Gruppen sind oft einem hohen persönlichen Risiko durch die Anti-Antifa-Arbeit der Nazis ausgesetzt. Antifa-Gruppen vertreten radikale Positionen und manchmal auch eine eigene Rechtsauffassung. Die PDS

sollte keine Berührungängste mit diesen Gruppen haben sondern vielmehr Diskussions- und Kooperationsbereitschaft signalisieren sowie kritische Solidarität zeigen. Unabdingbar für die Kenntnisnahme der PDS als antifaschistischer Partei ist es, ihre Aktivitäten im außerparlamentarischen Raum zu verstärken. Ein einseitiger Trend hin zu einer Bündnispolitik, die überwiegend auf in den Parlamenten vertretene Parteien gerichtet ist, ist abzulehnen. Hier sollte die PDS ihre Verantwortung wahrnehmen und einer Kriminalisierung und Distanzierung gegenüber Antifagruppen aktiv entgegenwirken und auch inhaltlich wieder stärker mit ihr zusammenarbeiten.

Adelaide Grützner

Stadtentwicklung und Rechtsextremismus. Überlegungen am Beispiel Leipzig

Aufgeschreckt durch den Einzug der NPD in den sächsischen Landtag unterbreitete die Leipziger Stadtverwaltung dem Stadtrat im April 2005 eine Informationsvorlage mit dem Thema »Stadtentwicklungspolitische Konsequenzen aus den Ergebnissen der sächsischen Landtagswahl 2004«. Unter Federführung des Dezernats Stadtentwicklung und Bau wird der löbliche Versuch unternommen, die NPD-Wahlergebnisse für die Leipziger Ortsteile differenziert zu betrachten und Schlussfolgerungen für eine integrierte Stadtentwicklung zu ziehen. Nach ersten Diskussionen im Ältestenrat musste die Vorlage jedoch zurückgezogen werden, weil weder der Analyseteil noch die vorgeschlagenen Maßnahmen den Anforderungen der Stadträte entsprachen. Ungeachtet dessen wird die Diskussion in den Fraktionen fortgesetzt.

Die PDS-Fraktion hat dazu eine Arbeitsgruppe gebildet und sich auf einer Klausurberatung u. a. auch mit diesem Thema beschäftigt. Eine Schlussfolgerung ist z.B. die Erarbeitung einer Studie zum Thema »Entwicklung der Rahmenbedingungen für sozialen Stadtumbau in Leipzig bis 2020«.

Doch zurück zu den Leipziger NPD-Wahlergebnissen 2004.

Auch wenn die gesamtstädtischen Ergebnisse unter dem Landesdurchschnitt lagen, so wurde doch deutlich, dass in bestimmten Stadtgebieten – Leipziger Osten, Leipziger Westen und Grünau – hohe Stimmenanteile erreicht werden konnten. Es sind die Stadtgebiete mit den größten Entwicklungsproblemen im sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Bereich, die aufgrund der komplexen Problemsituation bereits zu Handlungsschwerpunkten der Stadtentwicklung erklärt worden sind und wo bereits integrierte Förderprogramme laufen.

Die Korrelationsmatrix im Wahlbericht¹ zeigt deutlich positive Zusammenhänge zwischen NPD-Wahl und dem Anteil von Sozialhilfeempfängern und dem Anteil von Arbeitslosen sowie deutlich negative Zusammenhänge zwischen NPD-Wahl und dem Anteil Christen, dem Anteil an Hochschulabsolventen und dem Haushaltsnettoeinkommen.²

Dieses Ergebnis wiederholt sich im Wahlbericht der OBM-Wahl 2005.³

Die beliebte These, dass es Zusammenhänge zwischen dem NPD-Wahlergebnis und dem Ausländeranteil im jeweiligen Stadtteil gibt, kann durch die Wahlanalyse nicht bestätigt werden: das Korrelationsfeld »NPD – Anteil Ausländer« ist leer!

Auch kleinräumliche Untersuchungen führen zu anderen Schlüssen.⁴

Stadtteile / Stadtbezirke mit dem höchsten Ausländeranteil in Leipzig

Stadtteil	Ausländeranteil	absolut	Wahlergebnis NPD
Mitte	12,5 %	6519	3,0 %
Ost	6,6 %	5568	6,8 %
Süd	5,2 %	3473	3,8 %
Alt-West	5,0 %	2722	7,0 %
Nord	5,0 %	3395	4,8 %
Stadtbezirk			
Zentrum	22,8 %	525	4,4 %
Zentrum-Ost	11,4 %	400	2,1 %
Zentrum SO	14,6 %	1830	4,4 %
Zentrum-N	13,6 %	1038	3,1 %
Neustadt-NSF	14,8 %	1430	10,0 %
Volkmarsdorf	13,3 %	1110	14,5 %

1 Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Landtagswahl am 19. September 2004 – amtliche Endergebnisse. S. 27.

2 Siehe ebenda.

3 Siehe Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Oberbürgermeisterwahl am 10. April 2005. Amtliche Endergebnisse.

4 Siehe Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen. Ortsteilkatalog 2004.

Vergleichbare Ausländeranteile führen zu verschiedenen Wahlergebnissen kommen also als Begründung für NPD-Erfolge nicht in Frage.

Der exemplarische Vergleich mehrerer sozialer Indikatoren am Beispiel der Stadtbezirke Zentrum-Südost und Volkmarsdorf ergibt andere Aufschlüsse:

	Zentrum-Südost	Volkmarsdorf
Ausländeranteil	14,6 %	13,3 %
Ausländer absolut	1830	1110
NPD-Wahlergebnis	4,4 %	14,5 %
Arbeitslosenquote	11,7 %	22,4 %
Sozialhilfeempfänger auf 1000 Einwohner	73	211
Wohngeldempfänger	10,8 %	16,3 %

Als Fazit aus den aufgeführten Zahlen ergibt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen NPD-Wahlergebnis und sozialer Benachteiligung.

Eine weitere wichtige Frage ist die nach dem Zusammenhang von NPD-Wahlergebnis und Bildungsbenachteiligung.

Aus einer Befragung zum Rechtsextremismus aus dem Jahre 2004 von Prof. Elmar Brähler wissen wir: alle Komponenten des rechtsextremen Einstellungspotenzials sind stark bildungsabhängig, d. h. Personen mit höherer Bildung weisen diese Einstellungen in weit geringerem Maße auf als Personen mit niedriger Bildung.

Auf Leipzig bezogen können Aufschlüsse zum Thema »Bildungsbenachteiligung« dem Bericht »Zur gesundheitlichen Situation Leipziger Schulanfänger 2003« entnommen werden⁵: Rückstellungsraten verdeutlichen z.B., in welchen Regionen der vorschulische Förderbedarf besonders hoch ist. Im Leipziger Osten liegen diese im Durchschnitt bei 12 Prozent (mit Schwankungen zwischen den verschiedenen Schuleinzugsgebieten von 4,1 bis 31,6 Prozent).

Weitere beunruhigende Befunde aus diesem Bericht:

- Zunahme der Schüler in Sprachheilschulen und Förderschulen für Lernbehinderte trotz rückläufiger Schulanfängerzahlen

5 Siehe Stadt Leipzig / Gesundheitsamt (Hrsg.): Zur gesundheitlichen Situation Leipziger Schulanfänger 2003. Leipzig 2004.

- Wesentlicher Schwerpunkt der Diagnosen: Sprachentwicklungsverzögerung und -störungen, die von großer prognostischer Bedeutung für die Schullaufbahn sind.

Als Schlussfolgerung für den Einsatz städtischer Entwicklungsprogramme und gebündelter Ressourcen heißt das: Kinder mit sozialen Risiken müssen die wichtigste Zielgruppe sozialkompensatorischer Maßnahmen sein.

Soziale Brennpunkte sind die Folge lokaler Desintegrationsprozesse. Schulen und Kitas sind nicht in der Lage, soziale und kulturelle Benachteiligungen zu kompensieren. Das grundsätzliche strukturelle Problem besteht in der Ressourcenzuweisung (Mittel und Stellen) fast ausschließlich nach der Quantität der »Schülerpopulation« – damit wird durch formale Gleichbehandlung die faktische Ungleichheit zementiert. Durch zeitlich begrenzte Programme und Fördermittel können die Probleme etwas gemildert werden – das Strukturproblem bleibt bestehen.

Deshalb ist der in der Ratsvorlage artikulierte Handlungsbedarf unbedingt zu unterstreichen: Stadterneuerung muss als fachübergreifende Gemeinschaftsaufgabe und Schwerpunkt städtischer Aktivitäten begriffen werden. Städtische Aktivitäten und Mittel müssen noch stärker raumbezogen gebündelt werden.

Es geht um verstärkte Investitionen in die Menschen anstelle einer alleinigen Konzentration auf Investitionen in Straßen, Plätze und Gründflächen.

Diese Einschätzungen decken sich mit langjährigen Erfahrungen aus der Praxis integrierter Stadtteilentwicklung aus den alten Bundesländern. So schätzen Akteure aus Essen nach 20-jähriger Arbeit in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ein, »dass es nicht ausreicht, einige Jahre lang ... besondere Problemlagen zu bearbeiten in der Hoffnung, dass sich daraus wie von selbst strukturelle Veränderungen ergeben. Angesichts der komplexen Probleme, etwa der drohenden Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen aus der städtischen Gesellschaft, wird es auch künftig nicht gelingen, die häufig zitierten selbsttragenden Strukturen in einem etwa fünfjährigen Modellzeitraum zu schaffen. Bürgerschaftliches Engagement und integrierte Stadt(teil)entwicklung benötigen dauerhaft unterstützende personelle und materielle Rahmenbedingungen. Um die Modellphase zu beenden und Regelstrukturen für eine integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik zu etablieren, müssen Konzepte der Verwaltungsreform um die räumliche Dimension erweitert werden. Verwaltungshandeln muss sich stärker an städti-

schen Räumen, d.h. an Bezirken, Stadtteilen und den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern orientieren.«⁶

Ausgehend von diesen Analysen hat die Arbeitsgruppe der PDS-Fraktion Thesen zur kommunalen Handlungsorientierung gegen Rechtsextremismus entwickelt.

Sozialen und politischen Ursachen des Rechtsextremismus entgegenwirken

Die Stadt muss sich gegen die weitere finanzielle Austrocknung der Kommunen und weitere Belastungen der Menschen zur Wehr setzen.

Die Demokratie vor Ort ist zu stärken, indem die Ortschaftsverfassung auch in den Stadtbezirken angewandt wird. Damit wird es möglich, aus der genauen Kenntnis der Situation im Stadtbezirk bzw. der Ortschaft konkrete Maßnahmen zu beantragen, in der Ratsversammlung dazu zu sprechen und die zur Verfügung gestellten Mittel nicht nur zur Brauchtumpflege, sondern auch gezielt besonders für die Jugendarbeit zur Zurückdrängung des Neofaschismus einzusetzen

Durch ein kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm muss der Arbeitslosigkeit insbesondere benachteiligter Gruppen (Jugendliche, Frauen, AusländerInnen) entgegengewirkt werden.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind besonders in Stadtteilen mit geballten sozialen Problemlagen personell und materiell besser auszustatten.

Es werden Maßnahmen verstetigt, die geeignet sind

- Ghettobildungen im Wohnbereich zu verhindern
- Soziale Kommunikation zwischen deutschen und ausländischen EinwohnerInnen zu fördern (Förderung ausländischer Kulturvereine, Ausländerberatungsstellen, mehrsprachiger Sozialatlas, Gemeindedolmetscher, Sprachkurse).

Staffelung von Tarifen und Gebühren öffentlicher Leistungen vorrangig nach sozialen Gesichtspunkten.

Sicherstellung einer regelmäßigen Sozial-, Mieter- und Schuldnerberatung.

6 Gaby Grimm / Gabriele Micklinghoff / Klaus Wermker: Raumorientierung der Verwaltung. In: Soziale Stadt. Info 6. Oktober 2001. S. 14.

Aufklärung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Weiterentwicklung der Fachstelle »Extremismus und Gewaltprävention« zu einer Fachstelle, die sich mit den Ursachen, Problemen und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neofaschismus befasst (Arbeit in den Bereichen Sozialpolitik, Bildungsarbeit, Politikvorbereitung und -beratung).

Aufgaben u. a.:

- Beratung der Kommunen bei der Erarbeitung antifaschistischer Konzepte
- Aufklärung über den Neofaschismus im außerschulischen Bereich
- Erarbeitung antifaschistischer Konzeptionen u. a. für Jugendeinrichtungen und Schulen
- Beratung betroffener BürgerInnen

Herbeiführung eines Stadtratsbeschlusses, der neofaschistischen Organisationen die Benutzung städtischer Räume, Einrichtungen, Straßen und Plätze untersagt – einschließlich öffentlicher Werbeflächen.

Die Behörden werden beauftragt, aufmerksam neofaschistische, ausländerfeindliche und rassistische Aktivitäten zu beobachten und alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, diese Aktivitäten zu unterbinden.

Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Liste der Objekte, die Stätten des antifaschistischen Widerstandes, jüdischen Lebens oder der Gewaltherrschaft der Faschisten waren. Weiter sollte ein Gestaltungskonzept für die so genannten Stolpersteine und Hinweistafeln entwickelt werden, so dass für jedes von ihnen die Kosten der Herstellung und Anbringung bekannt sind. Für den Fall, dass Grundstückseigentümer nicht bereit sind, eine Tafel für ihr Haus zu erwerben und anzubringen, sollte davor ein Stolperstein auf städtischem Grund gesetzt werden, wobei ein Sponsor für die Übernahme der Kosten zu gewinnen ist. Stätten des antifaschistischen Widerstandes, jüdischen Lebens oder der Gewaltherrschaft der Faschisten sind in einer Denkmalliste aufzuführen, wobei diese zu ergänzen ist mit den Festlegungen, wer für ihren Erhalt und die Pflege ihrer Umgebung verantwortlich ist.

Bildung

Positionen für eine antifaschistisch orientierte Bildungsarbeit in Schulen und Berufsschulen bzw. im Sport- und Freizeitbereich:

1. Leipzigs Schulen und Berufsschulen sind in die Pflicht zu nehmen, die am Humanismus orientierten Werte des Antifaschismus nicht nur im Geschichtsunterricht an die Kinder und Jugendlichen zu vermitteln. Dazu

- gehören die Erziehung zur Menschenwürde, Toleranz und Friedensliebe. Schwerpunkt sind dabei die Mittelschulen und Berufsschulen.
2. Unterstützung von Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer und Erzieher zum Themenkomplex Faschismus – Antifaschismus, einschließlich der Auseinandersetzung mit solchen Lehrern, die rechtsextremes Gedankengut bei Jugendlichen tolerieren oder sogar fördern.
 3. Soziokulturelle Zentren, Jugendklubs usw. sind so mit Mitteln und Personal auszustatten, dass dem Einfluss der Neonazis begegnet werden kann. Zur Förderung von Projekten, die sich vor allem an Schulen mit den Folgen von Krieg und Faschismus auseinandersetzen, jüdisches Leben in Leipzig erforschen oder das Tragen des Namens eines antifaschistischen Widerstandskämpfers zum Ziel haben sind die finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen. Exkursionen von Schulklassen und Jugendgruppen zu Orten des antifaschistischen Widerstandes oder Gedenkstätten der Naziverbrechen sind in geeigneter Weise zu unterstützen. Beginnend mit dem Jahr 2006 sind entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen, Landesmittel zu beantragen
 4. Gezielt sind die Möglichkeiten der politischen Bildungsarbeit durch die parteinahen Stiftungen und Vereine zu nutzen (Zeitzeugen einbeziehen). Ehrenamtliche Tätigkeit bei der politischen Bildung der Kinder und Jugendlichen ist zu fördern, entsprechende Mittel zur Entschädigung des dabei entstehenden Aufwandes und zur Anerkennung besonderer Leistungen sind in den Haushalt einzustellen.
 5. Viele Leipziger Kinder und Jugendliche sind in Sportvereinen organisiert. Hier sollte neben der Herausbildung von Charaktereigenschaften wie Ehrgeiz, Kampfgeist, Kollektivität und Fairness auch das Ziel stehen, als Freizeit- oder Leistungssportler gegen Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und rechtsextremes Gedankengut aufzutreten. Die Leipziger Sportvereine sind aufgerufen, Courage gegen rechte Gewalt zu zeigen und keine Mitglieder mit rechtsextremer Auffassung in ihren Vereinen zu dulden.
 6. Deutschlandweit bekannte Initiativen, wie z. B. das Leipziger Courage-Konzert am 30. April am Völkerschlachtdenkmal, sind weiterhin zu unterstützen und möglichst auszubauen. Versuchen zur Etablierung von Neonazi-Konzerten in und um Leipzig muss von den Verantwortungsträgern bereits im Vorfeld entschieden entgegen getreten werden.

Handlungsempfehlungen für unsere Landtagsabgeordneten

Schule ist Ländersache. Deshalb sollten sich unsere Mitglieder des Landtages dafür einsetzen, dass

1. das Fach Geschichte nicht zum Wahlfach wird, sondern für alle Schüler obligatorisch ist und bei der Gestaltung der Lehrpläne besonders sorgfältig auf die Ereignisse im Zusammenhang mit der Entstehung des Faschismus und seinen Folgen eingegangen wird;
2. in einem gesonderten Unterrichtsfach Wissen über die wichtigsten Religionen vermittelt wird, so dass bei den Schülern das Verständnis für andere Völker und Kulturen wächst;
3. die gesetzlichen Grundlagen für den Umgang mit Denkmälern, für die der Freistaat als Eigentümer oder Betreiber die Verantwortung hat, so gestaltet werden, dass ihre Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus wesentlich und bewusst verstärkt wird.

Dieter Chitralla

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Leipzig

In zahlreichen Beiträgen, die gestern und heute gehalten wurden, ist bereits sehr detailliert auf Wesen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in den neuen Ländern und speziell in Sachsen und Leipzig eingegangen worden.

Ich konzentriere mich in meinen Ausführungen aus der Sicht des Bundes der Antifaschisten e. V. – Sitz Leipzig vor allem auf folgende zwei Schwerpunkte:

1. Die Schaffung und Erhaltung von Bündnissen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und
2. die Arbeit mit Jugendlichen, um sie vorbeugend über rechtsextremistisches Gedankengut aufzuklären.

Zum 1. Schwerpunkt – Bündnis bzw. Bündnisse gegen den Rechtsextremismus. Ich möchte dazu unsere Positionen darlegen, die langjährige Erfahrungen vor allem in der Abwehr von Worch-Aufmärschen in unserer Stadt widerspiegeln.

- Der BdA braucht und sucht Bündnispartner. Er ist offen für breiteste Bündnisse, ist selber überparteilich und agiert über Weltanschauungsgrenzen hinweg, wenn es um die Abwehr von Neonazismus geht.
- Wir streben die Einbeziehung der Stadt Leipzig mit ihren Bürgern an. Darunter verstehen wir einerseits das Engagement der Stadtverwaltung und des Stadtparlaments mit seinen Fraktionen, und andererseits das Engagement der Leipziger Bürger in Parteien, in Gewerkschaften, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Vereinen unterschiedlichster Art, auch derjenigen von Künstlern und Sportlern. Dabei gilt es durch uns folgendes zu respektieren: Nicht alle von denen, die wir für unser Bündnis gegen den Rechtsextremismus gewonnen haben bzw. noch gewinnen möchten, wollen auch als Antifaschisten bezeichnet werden. Sie

wollen »nur« als Demokraten, als Humanisten angesehen werden, die gegen Neonazismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit uns gemeinsam aktiv sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich eine Frage, die sich viele der hier Anwesenden bestimmt nicht bloß einmal gestellt haben: Warum gelingt es uns nicht, hier in Leipzig solche Massen von Menschen auf Straßen und Plätze zu bringen, um ein klares quantitatives Übergewicht gegenüber rechtsextremen Demonstranten zu schaffen, wie es gerade in westdeutschen Städten immer wieder, aber auch am 8. Mai 2005 in Berlin, gelang?

Was machen wir falsch bzw. was machen die Initiatoren von Anti-Nazi-Bündnissen woanders besser, um Aufmärsche eines Worch von vornherein zu verhindern oder die Stadtverwaltung zu einem Verbot dieser Veranstaltungen zu bewegen? Offensichtlich wird jedoch nach dem gegenwärtigen Stand die Stadtverwaltung in Leipzig erneut – wie in den letzten Jahren – keinen Versuch unternehmen, die Worch-Demo am 3. Oktober zu verbieten. Ihre Strategie liegt vor allem darin, Worch eine andere Marsch-Route zuzuweisen und Auflagen zu erteilen. Für uns ist es unverständlich, warum es diesen Versuch eines Demo-Verbots durch die Stadtverwaltung auch aufgrund des bestehenden Gefahrenpotenzials nicht geben soll. Vielleicht sollte auch unter dem Gesichtspunkt der in diesem Jahr verabschiedeten Gesetzlichkeiten zur Verhinderung rechtsextremer Aufmärsche, wie z. B. von der Jugendorganisation der NPD am 8. Mai in Berlin, in der Stadtverwaltung Leipzig noch einmal nachgedacht werden. Wie die Diskussion auf unserer Konferenz sowohl gestern als auch heute zeigte, gibt es auch unter uns unterschiedliche Meinungen zur Problematik »Verbote von Neonazi-Aufmärschen« durch Stadtverwaltungen und Verwaltungsgerichte. Ich persönlich plädiere dafür, dass Stadtverwaltungen *auf jeden Fall den Versuch* machen sollten, Neonazi-Aufmärsche zu verbieten – auch wenn später Gerichte die Verbote aufheben sollten.

Eine Antwort für ein Allheilmittel bei der wirksamen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird es ohnehin nicht geben. Aber wir sollten weiterhin fragen, wo wir selber mit unseren eigenen Schwächen möglicherweise Neonazis stark machen. Dazu gehören zweifelsohne Fehler und Schwächen in der Bündnisarbeit gegen den Rechtsextremismus.

Dabei gibt es aus unserer Sicht auch viele positive Ansätze in der Vergangenheit mit Initiativen, Bündnissen und Gesprächsrunden, an denen der BdA teilgenommen hat. Dazu gehören vor allem – ohne eine wertende Reihenfolge vorzunehmen –

- Leipzig Courage zeigen!
- Unsere Stadt hat Nazis satt!
- Leipziger Freiheit gegen braune Gewalt!

- Gesprächsrunden des Leipziger Friedenszentrums.
- Gesprächsrunden der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention beim Jugendamt der Stadt Leipzig.
- Gesprächsrunden, eingeladen von den Pfarrern Führer und Wolff.
- Beratungen mit der AG Gedenkmärsche des Netzwerkes für Demokratische Kultur in Wurzten.
- Beratungen mit dem Organisationsbüro Ostermarsch Leipzig e. V.

Worin sehen wir jedoch die *Schwächen* unserer Bündnisse?

- Unsere Bündnisse sind zu instabil und nicht flexibel genug.
- Sie sind oft nur eine *Reaktion* auf geplante Aktionen von Neonazis, wie z. B. die Aufmärsche von Worch, der nächste wahrscheinlich in wenigen Tagen am 3. Oktober.
- Es gibt eine gewisse Intoleranz der Bündnispartner untereinander (mit Vorbehalten, persönlichen Differenzen), was mitunter in persönlichen Diffamierungen und im Verlassen von Beratungen gipfelte.

Wir sind der Auffassung, dass es ungeachtet vorhandener unterschiedlicher Auffassungen in erster Linie gilt, den *kleinsten gemeinsamen Nenner* für ein breites Bündnis zu suchen und letztlich auch zu finden. Allerdings sind wir auch gegen Bündnisse um jeden Preis – da kann ich den anderen Referenten aus Berlin, Thüringen oder Wurzten eindeutig zustimmen.

Der BdA Leipzig ist immer wieder auf der Suche nach Bündnispartnern und hat in der Vergangenheit dazu das *persönliche Gespräch* gesucht, so u. a. mit

- dem Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee,
- dem Pfarrer Christian Führer von der Nikolaikirche,
- dem ehemaligen Stadtpräsidenten und früherem Fraktionsmitglied der Grünen Friedrich Magirus,
- Gewerkschaftern wie Edda Möller und Bernd Günther.

Jedes dieser Gespräche war interessant und erfolgreich – trotzdem ist es nicht gelungen, den von uns angestrebten »Runden Tisch gegen rechte Gewalt« unter Federführung des designierten Koordinators – Professor Cornelius Weiss – zu installieren. Am Rande einer Veranstaltung von Courage e. V. konnten wir in einem kurzen Gespräch mit Professor Weiss unser Anliegen vorstellen und fanden seine Zustimmung, doch die vielen Verpflichtungen als Landtagsabgeordneter erlaubten es zeitlich nicht, diese Aufgabe beim Runden Tisch wahrzunehmen. Der BdA bedauert dies um so mehr, da Professor Cornelius Weiss bei seinen Auftritten als Alterspräsident und als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sehr eindrucksvoll und klar die NPD-Vertreter mit deren rechtsextremen Positionen in die Schranken verwies.

Ich komme nun zum 2. Schwerpunkt meiner Ausführungen, der zugleich Schwerpunkt unserer Arbeit als Bund der Antifaschisten ist, nämlich die Arbeit mit Jugendlichen.

Wir sind der Auffassung, dass eine *erfolgreiche Geschichtsarbeit* über Faschismus und Antifaschismus reale Chancen bietet, ein Abdriften von Jugendlichen in die rechte bzw. rechtsextremistische Szene zu verhindern. Wir sagen den Anwesenden nichts Neues, dass es schwieriger ist, Mitglieder von neonazistischen Gruppierungen zum Aussteigen zu bewegen als vorbeugend auf potentielle Adressaten einzuwirken und den oder anderen gar nicht erst in die Fänge der Neonazis geraten zu lassen.

Wir setzen daher verstärkt auf *Prävention*, auch wenn wir wissen, dass wir in der Regel nur an interessierte und aufgeschlossene junge Leute herankommen, die von sich aus Fragen zur Geschichte von Faschismus und Antifaschismus über den Schulunterricht hinaus stellen. Sie lernen an den Gymnasien und lehnen in ihrer Mehrheit rechtsextreme Positionen ab.

Die Mehrzahl der Schüler jedoch, die von den Mittelschulen, sowie die meisten Lehrlinge erreichen wir nicht bzw. noch nicht. Hier liegt nicht nur für uns als BdA, sondern für alle, denen eine Erziehung der Jugend zu Humanismus, Frieden und Antifaschismus am Herzen liegt, eine echte Herausforderung, der wir uns unbedingt stellen müssen.

Warum sollten dabei nicht einige der Erfahrungen für Mittelschüler und Lehrlinge genutzt werden, die wir als BdA bisher – vor allem an Gymnasien – gesammelt haben? Ich möchte darauf etwas näher eingehen:

- Begleitung (einschließlich Vorbereitung) von *Klassenfahrten zu KZ-Gedenkstätten* durch Kameraden des BdA – als Beispiel die Fahrt einer Klasse der Nachbarschaftsschule (NASCH) mit Wolfgang Günther nach Buchenwald im Mai 2004.
- *Teilnahme von Schülern und Jugendlichen an Busfahrten des BdA zu Gedenkstätten* (Oktober 2002 nach Dachau; 10. April 2005 zu den Feiern anlässlich des 60. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald sowie am 11.9. nach Berlin zum Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg).
- Angebot eines *alternativen Stadtrundganges des BdA durch die Leipziger Innenstadt*, den es seit November 2001 gibt und an dem bisher Schüler aus Leipzig, Dresden und Hannover teilgenommen haben; wer sich vorab oder im Nachhinein über einzelne Stationen des Rundganges informieren möchte, kann dies bei einem virtuellen Rundgang auf unserer Website unter www.vvn-bda-leipzig.de tun.

Ein Höhepunkt bei den bisherigen Führungen war im Oktober 2001 ein anschließendes Gespräch von Hannoveraner Gymnasiasten mit dem damaligen Landesvorsitzenden und heutigen Ehrenvorsitzenden des LV VVN-

BdA Sachsen, Professor Hans Lauter. Seine Schilderungen über das als Häftling im Gestapo-Gefängnis hier in Leipzig, im Zuchthaus Waldheim und als »Moorsoldat« im Emsland Erlebte waren Ausdruck lebendiger Geschichtsarbeit, die es leider in einigen Jahren in dieser Form nicht mehr geben wird. Dann können nur noch die Zeitzeugen der Zeitzeugen berichten. Für die antifaschistische Geschichts- und Erinnerungsarbeit ergeben sich damit neue Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Vielfältige Anregungen dazu gab es vor gut einem Jahr auf der zentralen Geschichtskonferenz des Bundesverbandes VVN-BdA in Buchenwald, auch unter dem Gesichtspunkt, dem sich gerade in den vergangenen Jahren auf dem Büchermarkt und auf den Bildschirmen dominanten Geschichtsrevisionismus wirkungsvoll zu begegnen.

– *Besuch von Ausstellungen*, wie zum Beispiel die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die vom 8.6. bis zum 30.9. 2002 hier in Leipzig auf dem Gelände der Alten Messe gezeigt wurde und von zahlreichen Schulklassen auch dank eingegangener Spenden besucht werden konnte. Dass ein einmaliger Besuch der mit einer Fülle von Informationen gespickten Ausstellung noch längst nicht bereits vorhandene rechtsextreme Gedanken vertreibt, bewies die Auswertung von Besuchereinträgen. Diese Einträge reichten von Betroffenheit, Zustimmung und methodischen Hinweisen zur Präsentation solcher Dokumente bis hin zu übelsten Beschimpfungen der Ausstellungsverantwortlichen aus Hamburg. Der reaktionäre Einfluss so mancher Großväter mit ihren Kriegserlebnissen auf die Enkel – auf den bereits gestern in einigen Beiträgen hingewiesen wurde –, wurde deutlich beim Leugnen von Verbrechen durch Wehrmachtsangehörige und gipfelte in der Aussage »Mein Opa war kein Mörder!«.

Es war schon wichtig, dass diese Dokumentation, auf die bereits auf ihren Stationen durch die Bundesrepublik – von Protesten aus dem rechtsextremen Lager begleitet – in den Medien aufmerksam gemacht worden war, ebenfalls hier in Leipzig zu sehen war.

Weniger von den Medien beachtet, jedoch auch mit einem guten Besuch durch Schüler, gab es in den Räumen der Leipziger Stadtbibliothek am Leuschnerplatz von Ende Januar 2005 für 4 Wochen die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« vom Bundesverband VVN-BdA und IG Metall zu sehen. Wer sie noch nicht kennen sollte, dem möchte ich sie sehr für die Arbeit mit Jugendlichen empfehlen. Sie kann beim Bundesverband VVN-BdA in Berlin bestellt und gegen eine Gebühr ausgeliehen werden.

– *Unterstützung für Schülerarbeiten* in den Leistungskursen Geschichte zur Thematik Faschismus, Antifaschismus und Antisemitismus durch Be-

reitstellung von Literatur aus unserer »Bibliothek des Antifaschismus« sowie durch Vermittlung und Organisation von Zeitzeugengesprächen – Beteiligung des BdA und seiner Mitglieder an Buchlesungen für Schüler, wie zum Beispiel mit den Zeitzeugen Sally Perel aus Israel und Wladimir Gall aus Rußland, die auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des »Haus des Buches e. V.« regelmäßig stattfinden.

Gerade in der jetzigen Zeit der Reizüberflutung durch die Mediengesellschaft ist es u. E. schwierig, sich auf einige wenige geeignete Kunstobjekte der Widerspiegelung von Faschismus und Antifaschismus zu beschränken. Möglicherweise sind viele Jugendliche mehr mit Action in Büchern und Filmen zu erreichen, als mit den so genannten »leisen Tönen«. Der Jugend von heute jedoch generell weniger Emotionen zuzugestehen, wäre eine falsche Einschätzung. Bei den bereits erwähnten Buchlesungen mit Sally Perel und Wladimir Gall konnten wir uns selbst überzeugen. Die Filme, Bücher bzw. Buchlesungen, Theaterstücke usw., egal ob sie aus »früheren Zeiten« stammen oder neue Produktionen sind, sollten wir Älteren möglichst gemeinsam mit den Jugendlichen erleben und diskutieren.

Hierzu gehören neben Buch- bzw. Filmklassikern wie »Nackt unter Wölfen«, »Das siebte Kreuz«, »Die Abenteuer des Werner Holt«, »Ich war neunzehn«, »Schindlers Liste« auch neuere Filmproduktionen wie zum Beispiel »Sophie Scholl – Die letzten Tage« oder »Napola – Elite für den Führer«.

Am Schluss noch eine Anregung aus aktuellem Anlass:

Wir fordern die Lehrer und Pädagogen auf, sich stärker für eine antifaschistische und damit humanistische Bildung und Erziehung ihrer Schüler einzusetzen: sowohl hinsichtlich der Prävention als auch in ihrer klaren abgrenzenden Haltung zu Aktivitäten von Neonazis an den Schulen und überhaupt in den Städten und Gemeinden, egal ob in Berlin, in Leipzig, in Wurzen oder anderswo.

Wenn sich schon die Justiz sehr schwer tut, rechtsextreme Musik-CDs aufgrund ihrer menschenfeindlichen Inhalte zu verbieten, sollten doch zumindest unsere Lehrer in diesen Tagen genügend Courage zeigen und gegen eine Verbreitung dieser so genannten »Schulhof-CD« der NPD vorgehen.

Die Geschichte unseres Volkes im 20. Jahrhundert hat gezeigt, wie Menschenverachtung zum Faschismus führen kann – die Millionen ermordeter Juden, Sinti und Roma und anderer Opfergruppen mahnen wie die zig Millionen Toten des von Nazi-Deutschland ausgelösten 2. Weltkrieges.

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen.

Nachtrag zum Worch-Aufmarsch am 1. Oktober 2005:

Entgegen seinem Vorhaben, am 3. Oktober vom Leipziger Hauptbahnhof über den Ring und die Karl-Liebknecht-Straße nach Connewitz zu ziehen, verlegte der Hamburger Neonazi Christian Worch seinen Aufmarsch auf den 1. Oktober. Sowohl das Verwaltungsgericht Leipzig als auch das sächsische Obergericht in Bautzen bestätigten diesmal die durch die Leipziger Stadtverwaltung veränderte Demonstrationsroute und lehnten den Einspruch Worchs ab.

Im Vorfeld des Worch-Aufmarsches hatten sich mehrere Aktionsbündnisse formiert. Dazu gehörte ein von der Stadtökumene initiiertes breites Bündnis »Mit weißer Rose gegen braune Gewalt«, dem neben den Kirchenvertretern der Oberbürgermeister Leipzigs, Leipzig Courage zeigen, Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Einzelpersonen angehörten und die ein breites Medienecho fanden.

Den Aufmarsch Worchs verhindert haben jedoch letztlich ca. 1500 Gegendemonstranten, die den Neonazis am Friedrich-List-Platz den Weg versperrten. Hunderte bildeten bei strömendem Regen eine friedliche Sitzblockade, die die Polizei im Unterschied zum 1. Mai diesen Jahres nicht auflöste. 200 Neonazis mussten somit nach rund 500 Metern ihr Ziel Connewitz aufgeben.

Der friedliche Verlauf des Protestes am 1. Oktober 2005 macht allen Nazi-Gegnern Mut, irgendwann keine Worch-Aufmärsche mehr in Leipzig zu haben.

Gerd Wiegel

Mobile Beratung in Thüringen

Die Mobile Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus ist eine durch das Bundesprogramm CIVITAS finanzierte Initiative zur Stärkung demokratischer Strukturen in Ostdeutschland, die alle diejenigen im Bundesland Thüringen unterstützen soll, die sich mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinandersetzen. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus stärkt damit die Akteure der Zivilgesellschaft, die sich aktiv mit rechtsextremen Erscheinungen im kommunalen Raum auseinandersetzen. Dies können Initiativen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereine oder auch kommunale Verantwortungsträger sein. Mobile Beratung, wie es sie in allen ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlins gibt, unterscheidet sich damit von früheren Programmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, die vor allem auf die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen setzte. Die Kritik an diesen Ansätzen »akzeptierender Jugendarbeit« kann hier nicht wiederholt werden, die Ausrichtung der aktuellen Programme ist jedoch eine weitgehende Reaktion auf diese Kritik.

Stärkung bürgerschaftlichen Engagements

Das Thema Rechtsextremismus unterliegt starken Schwankungen, was seine öffentliche Wahrnehmung angeht. Gibt es nach spektakulären Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien oder medial beachteten rassistischen Übergriffen regelmäßige öffentliche Debatten über das Problem, so verschwindet es meistens ebenso rasch wieder aus dem Focus der Öffentlichkeit. Nach einer größeren Welle rechter Gewalttaten in den Jahren 1999 und 2000 und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit für das Thema, beschloss die rot-grüne Bundesregierung ein Programm mit dem Titel »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« aufzulegen, dass dem Erstarcken

der extremen Rechten längerfristig etwas entgegensetzen sollte. Die schon im Titel des Programms anklingende Verortung des Problems bei der »Jugend« wird dem Thema nicht gerecht, dennoch gelang es unter diesem Titel Strukturen zu etablieren, die zur Stärkung antifaschistischen Engagements in Ostdeutschland beitragen. Neben den Mobilien Beratungsstellen wurden Beratungen für Opfer rechtsextremer Gewalt und so genannte Netzwerkstellen zur Vernetzung kommunaler Aktivitäten installiert.

Die Beschränkung dieser Strukturen auf die ostdeutschen Bundesländer bringt die Frage mit sich, ob das Problem der extremen Rechten damit hauptsächlich als ein ostdeutsches festgeschrieben wird? Alle Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungsmustern und Ideologiemomenten zeigen, dass hier eine weitgehende Angleichung zwischen Ost und West zu verzeichnen ist, die Ausweitung der Programme auf die ganze Bundesrepublik also wünschenswert ist (vgl. Beitrag Decker / Brähler in diesem Band). Dennoch gibt es Indikatoren dafür, dass es eine Spezifik des Rechtsextremismus in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands gibt, und zwar seine alltagskulturelle Verankerung, die teilweise zu einer Hegemonie rechtsextremer Jugendkultur und rechtsextremer Einstellungsmuster geführt hat.

Dem hier vorgestellten Ansatz liegt eine zweite Prämisse zugrunde, mit der wiederum die Beschränkung auf Ostdeutschland gerechtfertigt wird. Zivilgesellschaftliches, bürgerschaftlich-demokratisches Engagement sei nötig, um der extremen Rechten langfristig zu begegnen. Die hauptsächlich oder gar alleinige Fixierung auf den Staat sei hier nicht erfolgversprechend. Ob es einen Mangel an zivilgesellschaftlichem, demokratischem Engagement in Ostdeutschland gibt, ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Ein breites Netz von Initiativen, Vereinen und Projekten hat zumindest auf Grund der politischen Entwicklung eine weniger lange Tradition. Relativ schnell erfolgt bei thematischen Veranstaltungen zum Problem Rechtsextremismus der Ruf nach dem starken Staat, der das Problem gefälligst zu lösen hat. Insofern ist die Ermunterung und Unterstützung von »Bündnissen gegen rechts« und ähnlicher Initiativen ein völlig richtiger Ansatz – nicht nur im Osten. Partizipation und Demokratie sind Barrieren gegen rechts, allerdings nur dann, wenn sie mit Leben gefüllt sind.

Wer gehört zur Zivilgesellschaft?

Den vom Bund unterstützten Programmen gegen Rechtsextremismus liegt ein häufig sehr emphatisch benutzter Begriff von Zivilgesellschaft zugrunde, geradezu so, als sei diese aus sich heraus demokratisch, humanistisch und tolerant. Dies führt ganz praktisch zu manchen Enttäuschungen in der

Arbeit, wenn sich nämlich erweist, dass Partizipation und Einbezug der Bürger und Bürgerinnen zu Ergebnissen führen können, die ganz im Sinne der extremen Rechten sind. Bürgerversammlungen zum Thema »Flüchtlingsheim in unserem Stadtteil« können zum Déjà-vu-Erlebnis werden, wenn nämlich Volkes Meinung von den anwesenden Nazis auf den Punkt gebracht wird.

Für Antonio Gramsci, einen wichtigen Theoretiker der Zivilgesellschaft, zeichnet sich jede fortgeschrittene kapitalistische Gesellschaft durch eine entwickelte Zivilgesellschaft aus, die »zwischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang steht.« Zu dieser Zivilgesellschaft gehören private Organisationen und Institutionen wie Schulen, Universitäten, Massenmedien, Kirchen, Vereine, Gewerkschaften, Initiativen usw. Für Gramsci steht diese Zivilgesellschaft jedoch nicht als quasi demokratisches, bürgerliches Korrektiv der ökonomischen und politischen Gesellschaft gegenüber, sondern ist Teil von dieser. Das heißt, auch die Zivilgesellschaft spiegelt die widersprüchlichen Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft wider, ist also selbst Schauplatz politischer Kämpfe und unterschiedlicher Interessen. Hier kommt dann die Frage der Hegemonie ins Spiel.

Legt man diese an Gramsci orientierte Definition der Zivilgesellschaft zugrunde, dann gehört die extreme Rechte in vielen Teilen Ostdeutschlands – und nicht nur dort – auch dazu. Die extreme Rechte ist Ausdruck von Stimmungen und Meinungen, die in der Gesellschaft vorhanden sind und damit Teil, aus unserer Sicht negativer Teil, der Zivilgesellschaft.

Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Ideologiemomente der extremen Rechten bis weit in die Mitte der Gesellschaft auf nachhaltige Resonanz stoßen (vgl. die Untersuchungen von Heitmeyer u. a., Brähler, Decker, den Thüringen Monitor u. a.). Wenn wir von rechten Dominanzkulturen sprechen, dann geht es nicht um eine optisch sichtbare Mehrheit von »Stiefelnazis«, sondern um ein gesellschaftspolitisches Klima in Ort, Stadt, Region, dass durch die Inhalte der extremen Rechten geprägt ist. Dieser Entwicklung muss man auf dem nämlichen Feld begegnen – eben der Zivilgesellschaft, die immer eine umkämpfte ist.

Kleine Schritte, große Hürden – Die Arbeit Mobiler Beratung

Die alltägliche Arbeit Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus lässt sich auf zwei wesentliche Bereiche zuspitzen: Beratung und Wissensvermittlung. Letzteres besteht in der Information über aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus in allen seinen Facetten. Nach wie vor ist das Bedürf-

nis nach Informationen sehr groß und ein großer Teil der Arbeit von MOBIT besteht aus Fortbildungen für die unterschiedlichsten Gruppen: Von der Landtagsfraktion über Schulen und Polizei bis zur Initiative oder den Johannitern.

Dieser punktuellen Arbeit steht die Beratung als langfristiger Prozess gegenüber. Initiativen, Vereine, Kommunen werden über einen längeren Zeitraum in ihrer Arbeit unterstützt, dessen Ausgangspunkt zumeist ein konkretes Problem mit Rechtsextremismus ist. Zwei Beispiele sollen hier Möglichkeiten und Grenzen Mobiler Beratung veranschaulichen.

Seit dem Winter 2003 eskalieren die Probleme einer kleinen Stadt in Südthüringen mit der örtlichen Naziszene. Es kommt vermehrt zu Übergriffen, etwa auf den örtlichen Döner-Imbiss oder ein vietnamesisches Restaurant; Jugendliche, die nicht zur rechten Szene gehören, werden angepöbelt und geschlagen, der zentrale Marktplatz ist fest in der Hand der Rechten. Ein Klima der Angst hat sich breitgemacht, alle kennen das Problem aber niemand will es öffentlich benennen. Angriffe werden nicht zur Anzeige gebracht. Ein sehr kleine Gruppe engagierter Menschen aus dem Kreis der evangelischen Kirche wendet sich an MOBIT, um den Rechtsextremismus öffentlich zu thematisieren. Zunächst gelingt es der Mobilen Beratung nicht, der relativ isolierten Gruppe eine bessere Stellung in der Kommune zu verschaffen. Die gemeinsam vorbereitete Veranstaltung findet zwar mit Bürgermeister und Ordnungsamt statt, Rechtsextremismus soll, so will es diese Seite, jedoch nicht zum Thema gemacht werden. Bei den wenigen engagierten Leuten entsteht nach der Veranstaltung der Eindruck, nicht die extreme Rechte sei das Problem der Kommune, sondern ihre Thematisierung dieses Problems. Rückzug und Schweigen sind die unmittelbare Folge. Dass damit die Geschichte nicht zu Ende ist liegt an der öffentlichen Thematisierung des Rechtsextremismus im Ort durch die Presse und am erstaunlichen Lernprozess des Bürgermeisters, der nach und nach zum wichtigsten Bündnispartner der aktiven Menschen im Ort wird. Nicht zuletzt der öffentliche Focus von außen auf die grassierende Naziszene im Ort zwingt zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Kommune holt sich Unterstützung von außen, MOBIT ist ein Teil davon. In öffentlichen Veranstaltungen, Schulworkshops, Demonstrationen und Mahngängen macht eine unübersehbare Minderheit der Einwohner deutlich, dass ihre Stadt nicht zum Tummelplatz der extremen Rechten werden soll. War der Ort noch vor einem Jahr negatives Beispiel für eine Kommune mit einer rechten Dominanzkultur, so hat sich diese Bild jetzt weitgehend gewandelt: Das kontinuierliche demokratische Engagement wird in Thüringen heute als positives Beispiel einer sich wehrenden Kommune dargestellt.

Ganz anders sieht dagegen bis heute die Situation in einer Kommune im östlichen Thüringen aus. Auch hier gibt es immer wieder rechtsextreme Vorfälle, ohne dass dies zu einem größeren Thema im Ort geworden wäre. Seit jedoch der bundesweit bekannte Rechtsextremist Jürgen Rieger eine große Immobilie mitten in der Stadt gekauft hat, wird der Ort mit dem Problem der extremen Rechten identifiziert. Im April 2005 fand hier im Anschluss an einen Landesparteitag der NPD ein bundesweit beworbenes Rechtsrock-Konzert statt, das mehr als 1.500 Nazis aus der ganzen Bundesrepublik anzog. Die mittelstädtische Kommune droht zu einem Zentrum rechtsextremer Aktivitäten zu werden, denn Riegers Immobilie bietet sich ideal als Veranstaltungsort für große Events der Szene an.

Der Versuch von MOBIT, dieses Thema möglichst offen in der Stadt zu verhandeln, schlug zunächst fehl. Die erste Sorge der Stadtväter galt den möglichen Investoren, die mit einem solchen Thema verschreckt werden könnten. Die wenigen engagierten Bürgerinnen und Bürger haben einen schlechten Stand im Ort, gelten sie doch als Querulanten die unbequeme Themen in die Öffentlichkeit tragen wollen. Hoffnungsvoll stimmt einzig ein neu gegründetes Initiativbündnis von jungen Leuten, die sich sehr kompetent und ideenreich zum Thema zu Wort melden. Hier kann die Unterstützung eines Beratungsteams genutzt werden. Auf Betreiben von CIVITAS wurde eine Stelle vor Ort geschaffen, die die Aktivitäten gegen die extreme Rechte bündeln und unterstützen soll – allein, die Kommunalpolitiker der Union zeigen wenig Interesse an einer kompetenten Unterstützung. Man will das Thema lieber aussitzen oder es hinter verschlossenen Türen behandeln, der Mut zum offensiven Umgang ist bisher nicht vorhanden. Damit stellt sich ein wichtiger Zugang Mobiler Beratung als verschlossen dar. Um so wichtiger ist es, die vorhandenen Antifaschisten in ihrer Arbeit zu unterstützen, verbunden mit dem Ziel, eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema zu erreichen.

Möglichkeiten und Grenzen Mobiler Beratung

Die beiden vorgestellten Beispiele zeigen recht gut Möglichkeiten und Grenzen Mobiler Beratung, die für eine Bewertung der Programme gegen Rechtsextremismus unbedingt in den Blick genommen werden müssen. Durch ihre Anlage als langfristig begleitende Unterstützung kann Mobile Beratung nicht nur punktuell Prozesse in Gang setzen sondern Aktivitäten vor Ort begleiten und die meist wenigen Aktiven in ihrer Arbeit beraten. Im idealen Fall entsteht in einem längeren Arbeitsprozess ein vertrautes Verhältnis, wobei die Rolle als externer Experte immer wichtig ist. Nur so kann

Mobile Beratung zwischen verschiedenen Gruppen vermittelnd wirken und von allen als kompetent anerkannt werden. Als positiv hat sich auch ein Ansatz erwiesen, der nicht zuerst die extreme Rechte sondern die demokratischen Gegenkräfte in den Blick nimmt. Die Ermunterung und Unterstützung derer, die den Kampf gegen Rechtsextremismus und den Einsatz für Menschenrechte, Partizipation und Demokratie zu ihren Anliegen machen, hat sich für die positive Veränderung des politischen Klimas in den Kommunen als sehr produktiv erwiesen. Mobile Beratung kann dazu beitragen, dass zunächst sehr kleine und isolierte Gruppen mit ihrem Thema in der kommunalen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden. In Gang gesetzt werden so politische Lernprozesse in denen die Menschen die Erfahrung machen, dass ihr Engagement etwas bewirkt.

Dieser Ansatz »von unten« hat aber auch eine Kehrseite: Ein Projekt wie MOBIT kann aufgrund seiner Beschreibung als »neutraler«, beratender Akteur das Thema Rechtsextremismus nicht von sich aus in eine Kommune tragen, egal wie brennend es vor Ort ist. Es bedarf eines Ansprechpartners, der sich des Themas annimmt. Hier zeigt sich eine Leerstelle des Ansatzes, denn es ist keineswegs gewährleistet, dass in den Zentren der extremen Rechten demokratische und antifaschistische Menschen aktiv sind. So profitiert Mobile Beratung oft auch von den Anstößen, die andere von außen geben: sei es die Presse, die den Finger in die Wunde legt, seien es Antifa-Gruppen, die auf lokale Szenen erst aufmerksam machen.

Nicht ersetzen kann Mobile Beratung die politische Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und mit ihren Erfolgsbedingungen. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen können von hier aus nicht beeinflusst werden. Insofern wird ein Programm wie CIVITAS immer nur an den »Symptomen« ansetzen können. Wenn Politik jedoch als Prozess angesehen wird, der von den Menschen an der Basis beeinflusst werden kann, dann bietet Mobile Beratung einen Baustein für eine emanzipatorische Veränderung.

Autorenverzeichnis

Friedemann Affolderbach

Netzwerk für Demokratische Kultur
Bahnhofstr. 19
04808 Wurzen

Prof. Dr. Elmar Brähler

Prodekan der Medizinischen Fakultät
Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie
Universitätsklinikum Leipzig AöR
Philipp-Rosenthal-Str. 55
04103 Leipzig

Prof. Dr. Werner Bramke

Löhrstr. 14
04105 Leipzig

Dr. Dieter Chitralla

Zingster Str. 29
04207 Leipzig

Dr. Oliver Decker

Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie
Universitätsklinikum Leipzig AöR
Philipp-Rosenthal-Str. 55
04103 Leipzig

Dr. Petra Drauschke

Hoerstenweg 51
13125 Berlin

Kathrin Framke
Abgeordnetenhaus von Berlin
Die Linksfraction. PDS
Niederkirchner Str. 5
10111 Berlin

Dr. Ruth Geier
Mölkauer Str. 78
04288 Leipzig

Dr. Adelaide Grützner
Str. am Park 16
04209 Leipzig

Dr. Horst Helas
Mehrower Allee 41
12687 Berlin

Christina Kaindl
Dieffenbachstr. 72
10967 Berlin

Dr. Norbert Madloch
Karl-Vesper-Str. 3
10369 Berlin

Prof. Dr. Peter Porsch
Erlenweg 3
04683 Klinga

Gerd Wiegel
MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen
Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus
Brühl 23
99867 Gotha